ifo SCHNELLDIENST

17
2018

13. September 2018
71. Jahrgang

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2018
Was denken die Deutschen zu Geschlechterthemen und Gleichstellung in der Bildung?
Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Elisabeth Grewenig, Sarah Kersten und Katharina Werner

Denken Jugendliche anders über Bildungspolitik als Erwachsene?
Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Elisabeth Grewenig, Sarah Kersten und Katharina Werner

DATEN UND PROGNOSEN

Ökonomenpanel: Volkswirte blicken auf ihre Profession
Manuela Krause, Johannes Blum und Niklas Potrafke

ifo Konjunkturprognose Herbst 2018:
Überauslastung hält an bei zunehmenden weltwirtschaftlichen Risiken
Timo Wollmershäuser

IM BLICKPUNKT

ifo Konjunkturumfragen August 2018
Klaus Wohlrabe

ZUR DISKUSSION GESTELLT

Verwerfungen auf dem Energiemarkt – USA gegen Nord Stream 2: Weg zur amerikanischen Energiedominanz?

Hubertus Bardt und Thilo Schaefer, André Wolf, Georg Zachmann, Kirsten Westphal

ifo INSTITUT
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Dr. Marga Jennewein.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.
Erscheinungsweise: zweimal monatlich.
Bezugspreis jährlich:
Institutionen EUR 225,–
Einzelpersonen EUR 96,–
Studenten EUR 48,–
Preis des Einzelheftes: EUR 10,–
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
http://www.cesifo-group.de

ifo
SCHNELLDIENST 17/2018

ZUR DISKUSSION GESTELLT

Verwerfungen auf dem Energiemarkt – USA gegen Nord Stream 2: Weg zur amerikanischen Energiedominanz? 3

Das Nord-Stream-2-Projekt soll in zusätzlichen Pipelines mehr Energie aus Russland direkt nach Deutschland transportieren, und zwar ohne den Transit durch Polen und durch die Ukraine. Den USA ist dieses Projekt ein Dorn im Auge, und die US-Regierung hat sogar über Sanktionen für europäische Firmen, die sich am Bau der Gaspipeline beteiligen, nachgedacht. Befürchtet sie, dass durch das Pipelineprojekt eine verstärkte Abhängigkeit der EU von Russland entstehe, die die Energiesicherheit in Europa untergrabe? Oder soll der Vorstoß dazu dienen, den amerikanischen Produzenten Marktanteile auf den globalen Energiemärkten zu sichern? *Hubertus Bardt und Thilo Schaefer,* Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, legen dar, dass die derzeitige Energieversorgung Deutschlands als breit diversifiziert bezeichnet werden kann. Russisches pipelinegebundenes Gas mache ein Drittel des deutschen Gasmarkts aus, das entspreche weniger als 7% des Primärenergieverbrauchs. Versorgungsicherheit sei selbst bei einer vergleichsweise hohen Abhängigkeit gegeben, da eine wechselseitige Abhängigkeit beider Handelspartner vorliege. Denn die Erlöse aus den Gaslieferungen Russlands für Deutschland und Europa seien für den russischen Staatshaushalt zu wichtig. Damit seien gute Voraussetzungen für eine stabile Fortsetzung der Lieferungen gegeben. Die Konsequenzen für Polen und die Ukraine seien kritischer zu bewerten, da beide Länder mit sinkenden Transitgebühren rechnen müssten. *André Wolf*, HWWI, plädiert dafür, die Vorteile von Nord Stream 2 trotz des Drucks seitens der USA zu nutzen. Das Projekt impliziere nicht nur eine signifikante Kostenersparnis, sondern ermögliche es Deutschland auch, in Zeiten einer wieder zunehmenden politischen Entfremdung zwischen Russland und dem Westen, auf wirtschaftlicher Ebene die Beziehungen aufrechtzuerhalten. *Georg Zachmann,* Bruegel, sieht die Entwicklung der Importnachfrage nach Erdgas in der EU als ungewiss an. Bei steigender Importnachfrage könnten sowohl Nord Stream 2 als auch Flüssiggas helfen, die europäische Versorgung sicherzustellen. Bei sinkender Nachfrage könnte aus europäischer Sicht auf Nord Stream 2 und die damit verbundenen Nachteile verzichtet werden. Deshalb wäre es im gemeinsamen Interesse der EU, eine Entscheidung über den Bau von Nord Stream 2 zu verschieben, bis mehr Klarheit über die zukünftige Nachfrage der EU nach Erdgas besteht. Für *Kirsten Westphal,* Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, sind die Verwerfungen auf den Energiemärkten auch Ausdruck zunehmender strategischer Konkurrenzen und Rivalitäten. Deutschland und die EU könnten zwischen Russland und USA aufgerieben werden und in ihrer Stellung global empfindlich verlieren. Nord Stream 2 binde dabei zu viel Aufmerksamkeit und verstelle den Blick auf die schrumpfenden europäischen Handlungsmöglichkeiten. Denn weder über ihren Bau oder den Baustopp würden die sicherheitspolitischen Probleme gelöst.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Was denken die Deutschen zu Geschlechterthemen und Gleichstellung in der Bildung?
Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2018 15
Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Elisabeth Grewenig, Sarah Kersten und Katharina Werner

Die #MeToo-Debatte hat Geschlechterthemen verstärkt in die öffentliche Aufmerksamkeit gebracht. Die Grundlagen für die Einstellungen zu Geschlechterthemen und Gleichstellung werden im Kindes- und Jugendalter gelegt. Damit sind Geschlechterdifferenzen auch im Bildungssystem zentrale Themen. Das ifo Bildungsbarometer 2018, der jährlichen repräsentativen Umfrage bei über 4 000 Erwachsenen in Deutschland, hat die Meinung der Deutschen zu diesem Themenfeld erhoben. Die große Mehrheit der Deutschen – 74% der Frauen und 66% der Männer – finden es positiv, dass eine öffentliche Debatte über sexuelle Belästigung geführt wird. Dabei sehen 45% der Frauen und 30% der Männer sexuelle Belästigung in Deutschland als ernsthaftes Problem an. Drei-Viertel-Mehrheiten sind dafür, dass Themen wie Gleichstellung, Gewalt und Machtmissbrauch von Männern gegenüber Frauen und sexuelle Belästigung im Schulunterricht behandelt werden. Im Gegensatz zum Arbeitsmarkt, wo mehrheitlich von einer Bevorzugung von Männern ausgegangen wird, sehen deutliche Mehrheiten der Frauen und Männer an den Schulen und Universitäten generell keine geschlechtsspezifische Bevorzugung. Mehrheitlich sind die Deutschen dafür, dass Lehrkräfte in ihrer Aus- und Fortbildung lernen, wie sie bei ihrer Unterrichtsgestaltung bes-

ser auf Geschlechterunterschiede eingehen können. In Mathematik und Sprachen wird getrenntgeschlechtlicher Unterricht von deutlichen Mehrheiten abgelehnt, geteilter ist die Meinung in Sport. Für verpflichtende Geschlechterquoten bei Führungspositionen in Unternehmen finden sich sowohl bei Frauen als auch bei Männern relative, aber keine absoluten Mehrheiten. Für verpflichtende Geschlechterquoten in der Politik, bei Universitätsprofessuren und bei der Studienplatzvergabe gibt es bei Frauen ebenfalls deutliche relative (aber keine absoluten) Mehrheiten, hingegen nicht so sehr bei Männern. Sowohl Männer als auch Frauen sind mehrheitlich der Meinung, dass Mütter junger Kinder, nicht hingegen Väter, ihre Berufstätigkeit reduzieren sollten.

Denken Jugendliche anders über Bildungspolitik als Erwachsene? 31
Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Elisabeth Grewenig, Sarah Kersten und Katharina Werner

Bisher hat das ifo Bildungsbarometer alljährlich die erwachsene Wahlbevölkerung befragt, welche Meinung sie zu bildungspolitischen Themen hat. In diesem Jahr wurden zusätzlich auch Jugendliche als die aktuellen Nutzer des schulischen Bildungssystems zu ausgewählten Themen befragt. Bei dem Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Stichprobe von über 1 000 Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren mit der Erwachsenenstichprobe ergeben sich interessante Übereinstimmungen und Unterschiede darin, was Jugendliche und Erwachsene über die Bildungspolitik denken. Wie die Erwachsenen sind die Jugendlichen mehrheitlich für die Einführung von deutschlandweit einheitlichen Abschlussprüfungen, für deutschlandweit einheitliche Vergleichstests in verschiedenen Jahrgangsstufen, gegen die Abschaffung von Schulnoten und für Klassenwiederholungen bei schlechten Leistungen. Die große Mehrheit der Jugendlichen ist gegen geschlechtergetrennten Unterricht in Mathematik und Sprachen. Beim Sportunterricht ist die Meinung geteilter, mit einer leichten Mehrheit für geschlechtergetrennten Unterricht insbesondere unter den Mädchen. Deutliche Mehrheiten der Mädchen, aber auch der Jungen sind dafür, dass Themen wie Gleichstellung von Mann und Frau, Gewalt und Machtmissbrauch von Männern gegenüber Frauen und sexuelle Belästigung im Unterricht behandelt werden.

DATEN UND PROGNOSEN

Volkswirte blicken auf ihre Profession 46
Manuela Krause, Johannes Blum und Niklas Potrafke

Zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise wurden in der Juli-Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten befragt, wie sich ihrer Meinung nach die Bedeutung der VWL gewandelt hat und inwieweit die Disziplin seit dem Ausbruch der Finanzkrise selbst einen Wandel erfahren hat. Eine Mehrheit der befragten Ökonomen nimmt ein zunehmendes Hinterfragen der Modelle und der Modellannahmen in der Lehre seitens ihrer Studierenden, nicht aber in der Forschung seitens der Peers bzw. Referees wahr.

ifo Konjunkturprognose Herbst 2018:
Überauslastung hält an bei zunehmenden weltwirtschaftlichen Risiken 50
Timo Wollmershäuser (für das Projektteam)

Nach einer kurzen Verschnaufpause zu Jahresbeginn hat die deutsche Wirtschaft wieder an Schwung gewonnen. Für das laufende und das kommende Jahr ist mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von jeweils 1,9% zu rechnen, bevor sich die Konjunktur im Jahr 2020 allmählich abschwächen dürfte.

IM BLICKPUNKT

ifo Konjunkturumfragen August 2018 auf einen Blick:
Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Sommerhoch 60
Klaus Wohlrabe

Der ifo Geschäftsklimaindex ist im August gestiegen. Die Unternehmer waren erneut mit ihrer aktuellen Geschäftslage etwas zufriedener und korrigierten auch ihre Erwartungen deutlich nach oben. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Sommerhoch.

Verwerfungen auf dem Energiemarkt – USA gegen Nord Stream 2: Weg zur amerikanischen Energiedominanz?

Das Nord-Stream-2-Projekt soll in zusätzlichen Pipelines mehr Energie aus Russland direkt nach Deutschland transportieren, und zwar ohne den Transit durch Polen und insbesondere auch ohne den Transit durch die Ukraine. Den USA ist dieses Projekt ein Dorn im Auge, und die US-Regierung hat sogar über Sanktionen für europäische Firmen, die sich am Bau der Gaspipeline beteiligen, nachgedacht. Befürchtet sie, dass durch das Pipeline-Projekt eine verstärkte Abhängigkeit der EU von Russland entstehe, die die Energiesicherheit in Europa untergrabe? Oder soll der Vorstoß dazu dienen, den amerikanischen Produzenten Marktanteile auf den globalen Energiemärkten zu sichern?

Hubertus Bardt und Thilo Schaefer***

Wettbewerb oder Abhängigkeit von russischem Gas? Nord Stream 2 in der Diskussion

Im Streit um Nord Stream 2, der auch durch die Intervention des US-Präsidenten am Rande des Nato-Gipfels im Juli 2018 wieder eine breitere öffentliche Beachtung gefunden hat, ist die Sicherheit der Energieversorgung Europas kritisch hinterfragt worden. Die Erweiterung der Pipelineverbindungen zwischen Russland und Deutschland, mit der Gas ohne den Transit durch Polen, aber insbesondere auch ohne den Transit durch die Ukraine nach Deutschland und von da aus in weitere EU-Länder transportiert werden kann, erhöht die Möglichkeiten des Gasimports aus Russland. Damit stellt sich die Frage, ob dadurch für die EU eine verstärkte Abhängigkeit, genauer eine einseitige Abhängigkeit von Russland entsteht oder verfestigt wird, die Russland in anderen politischen und sicherheitspolitischen Konflikten in eine dominierende Position bringen kann.

PREISWETTBEWERB DURCH INFRASTRUKTURVIELFALT

Der Import von Rohstoffen ist mehr als nur ein betriebswirtschaftliches Unterfangen von unternehmerischen Handelspartnern; er hat erhebliche volkswirtschaftliche Relevanz. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ergibt sich daraus, dass der Gasimport eine sichere und kostengünstige Versorgung wichtiger Verbraucher in Industrie, Stromerzeugung und im Wärmemarkt sicherstellen soll. Dabei ist Wettbewerb zwischen den Anbietern mit den jeweiligen Infrastrukturen notwendig, um ein möglichst kostengünstiges Angebot für die Verbraucher zu erreichen.

Die strukturellen Kostenunterschiede zwischen den Gaspreisen in den USA, Europa und Japan geben einen Hinweis auf die darunterliegenden Kostenstrukturen. Die USA mit ihrem stark durch die regionale Förderung aus schnell gewachsenen, unkonventionellen Quellen geprägten Markt weisen seit Jahren das mit Abstand niedrigste Gaspreisniveau auf. Dies war auch ursächlich für die verstärkte Nutzung von Erdgas in der Stromerzeugung. Für die USA führte dies zu niedrigeren Kohlendioxidemissionen. Die aufgrund der niedrigeren Nachfrage vergleichsweise günstigere Kohle fand hingegen andere Abnehmer und verschlechterte dort – beispielsweise in Deutschland – die Klimabilanz. Der deutlich höhere Gaspreis in Europa mit seiner pipelinegestützten Förderung aus den konventionellen Förderstätten vor allem in der Nordsee und in Sibirien machte zuletzt einen weniger gaslastigen Strommix attraktiv. Noch höher sind die Preise in Japan, das seine Gasversorgung auf Flüssiggas (LNG) stützt. Der zwischenzeitliche Gasboom, nachdem aufgrund der Reaktorkatastrophe von Fukushima zeitweise sämtliche Kernkraftwerke abgeschaltet waren, hatte die Preise nach 2011 auf ein noch höheres Niveau gehoben. Aber auch vorher und nachher waren die Preise für Erdgas höher als in Deutschland – vor allem die Verflüssigung, aber auch der Transport von Gas ist teuer.

Hubertus Bardt

Thilo Schaefer

* Dr. Hubertus Bardt ist Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
** Dr. Thilo Schaefer ist Leiter des Kompetenzfelds Umwelt, Energie, Infrastruktur am Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Um auf den europäischen Markt zu gelangen, muss mit bestehenden (und potenziellen neuen) Pipelineinfrastrukturen konkurriert werden. Nur ein dauerhaft großer Unterschied in den Produktionskosten macht einen signifikanten Export von Gas beispielsweise aus den USA nach Europa lohnenswert. An einem gut ausgebauten Pipelinenetz von Sibirien nach Europa haben US-amerikanische Anbieter, die Gas ausführen wollen, daher natürlich nur ein geringes Interesse. Europäische Verbraucher können hingegen von dem Wettbewerb zwischen pipelinegebundenen Gaseinfuhren und LNG-Einfuhren profitieren. Die Infrastrukturen sind für beides vorhanden. Wettbewerbliches Verhalten im netzgestützten Gasimport sowie der Wettbewerb mit Gasanbietern auf LNG-Basis kann für Europa eine vorteilhafte Position absichern, die auf einer sicheren Versorgung und überschaubar hohen Preisen beruht. Der Preisvorteil der USA, die das günstige Gas ohne die Kosten des LNG-Prozesses nutzen können, kann damit jedoch nicht ausgeglichen werden. Für zukünftig zusätzliche Importbedarfe, die sich aus Verbrauchssteigerungen sowie dem Rückgang der europäischen Förderung ergeben können, ist der Wettbewerb zwischen zusätzlichen Gasmengen entscheidend. Pipelinegas aus Russland auf der einen und LNG-Gas vom Weltmarkt auf der anderen Seite können im Wettbewerb kostengünstiger erworben werden, wenn für beide Optionen ausreichende Transportkapazitäten zur Verfügung stehen. Die Kapazitäten zur Rückwandlung von LNG in pipelinegeführtes Erdgas liegen in Europa bei über 200 Mrd. Kubikmeter im Jahr, wovon nur ein Bruchteil verwendet wird. Eine Verdoppelung der Transportkapazitäten der Ostseepipeline und damit ein Anstieg der Kapazitäten um 55 Mrd. Kubikmeter erhöht die freien Kapazitäten. Die europäischen Vorgaben zur Sicherung von Wettbewerb in diesen Infrastrukturen sollen dazu führen, dass der Wettbewerb wirkt und den Verbrauchern zu Gute kommen kann.

SICHERUNG DER VERSORGUNGSSICHERHEIT

Russland spielt mit seinen Gaslieferungen nach Westeuropa seit langem eine wichtige Rolle in der deutschen und europäischen Energieversorgung. Die großen Pipelineprojekte, mit denen die Gasbelieferung durch die Sowjetunion etabliert und umgesetzt wurden, datieren auf die frühen 1970er Jahre zurück. Die erste durch die Ukraine gehende Leitung wurde 1970 bis 1973 gebaut, die durch Weißrussland führende Pipeline in den 1990er Jahren. Die hohe Zuverlässigkeit der Versorgung trotz erheblicher politischer Spannungen im Kalten Krieg galt immer als beruhigendes Argument, sprach es doch für eine auf wirtschaftlichen Interessen basierende Lieferung, mit der auch für die Zukunft gerechnet werden konnte.

Ernsthafte Lieferkrisen gab es erst insbesondere in den Jahren 2008/2009. Hintergrund war hier nicht ein Lieferboykott Russlands gegenüber Deutschland oder eine fehlende Einigkeit über die abzurechnenden Preise zwischen russischen und deutschen Unternehmen. Die Versorgungsprobleme, die insbesondere die Balkanländer betrafen und hier zu Einschränkungen in der Brennstoffversorgung für die Hausheizungen und damit zu direkt spürbaren Auswirkungen für die Bevölkerung führten, beruhten auf dem damals schon vorhandenen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland. Die Pipelines, die ursprünglich direkt von der Sowjetunion über andere Länder des Warschauer Pakts in die Abnehmerländer führten, passieren nun auch Weißrussland beziehungsweise die Ukraine, die dies mit eigenen wirtschaftlichen Interessen verbindet. Die Transitgebühren waren für die Ukraine eine wichtige Einnahmequelle. Russland lieferte aber nicht nur Gas zum Transit an die Ukraine, sondern auch für den eigenen Konsum. Im politischen Streit um die West- oder Ostorientierung der Ukraine kam es zum Konflikt über die Höhe des Gaspreises und möglicher offener Rechnungen. Lieferkürzungen für den eigenen Verbrauch führten letztendlich zu einer verringerten Lieferung in die Europäische Union.

Der russisch-ukrainische Konflikt brachte eine Politisierung der Gaslieferung und -durchleitungen mit sich, die die Berechenbarkeit der Partner auf Basis rein wirtschaftlicher beziehungsweise kaufmännischer Entscheidungen erschwert. In dem Gasstreit war die EU zwar kein direkter Akteur, dennoch wurden Schäden der unzureichenden Lieferung beim Kunden billigend in Kauf genommen oder sogar eingesetzt, um den politischen Druck in dem außenpolitischen Konflikt zu erhöhen. Die Zuverlässigkeit der Gaslieferbeziehungen, die auf wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Relationen basiert, ist infrage gestellt worden.

In der Folge dieser Erfahrungen ist in der Europäischen Union die Frage der Sicherung der russischen Lieferungen und der damit möglicherweise verbundenen einseitigen Abhängigkeiten intensiv diskutiert worden. Die Sicherung und Diversifizierung der Gasversorgung erhielt eine höhere politische Priorität. Für die Begrenzung einer möglichen Abhängigkeit müssen drei Formen der Diversifizierung in den Blick genommen werden: Eine Vielfalt von Energiequellen und -rohstoffen, von Lieferländern und von Transportwegen reduziert die Bedeutung eines einzelnen Lieferweges. Zudem ist die Frage zu stellen, ob eine einseitige oder eine wechselseitige Abhängigkeit besteht, die weniger kritisch einzuschätzen ist und sogar stabilisierend wirken kann.

– Die Energieträger sind in Deutschland breit diversifiziert und über die letzte Dekade trotz der Energiewende ausgesprochen stabil. Erdgas kam 2017 auf einen Anteil von 24,7% am Primärenergieverbrauch. Eine Dekade zuvor waren es nur 1,2 Prozentpunkte weniger. Der größte Anteil entfällt mit gut einem Drittel auf Mineralöl. Deutliche Rückgänge gab es bei der Kernenergie (von 10,8 auf

6,1%) und der Steinkohle (14,2 auf 11,0%). Die Braunkohle ist mit rund 11% sehr stabil. Deutlich zugelegt haben die erneuerbaren Energien. Sie trugen 2007 noch unter 8% zum Primärenergieverbrauch bei, heute sind es 13,1%. Für einzelne Sektoren haben die Energieträger natürlich eine deutlich größere Bedeutung. Während die Stromerzeugung auf einer Vielzahl von Energieträgern basiert, ist der Verkehr weitestgehend auf Erdöl gestützt. Im Wärmemarkt spielt Erdgas eine besonders wichtige Rolle. Die nächsten Jahre werden mit dem vollzogenen Kernenergieausstieg und dem Ausbau der erneuerbaren Energien eine weitere Verschiebung mit sich bringen. Der Einsatz von Gas und Kohle hängt sehr von zukünftigen Preisrelationen der Brennstoffe und der Kohlendioxidemissionen ab.

– Deutschland bezieht seine Energieerträge aus zahlreichen Ländern. Kohle und Erdöl wird (soweit nicht bei der Braunkohle heimisch gefördert) am Weltmarkt gekauft und mit flexiblen Transportmitteln nach Deutschland gebracht. Schwieriger ist es beim Erdgas, das im Wesentlichen leitungsgebunden eingeführt wird. Deutschland bezieht sein Erdgas vor allem aus drei Quellen: Russland und Norwegen liefern jeweils knapp ein Drittel, die Niederlande ein Viertel. 7% des Verbrauchs werden aus heimischen Quellen gedeckt. Vor zehn Jahren waren sowohl die heimische Förderung als auch der Einsatz russischen Gases noch deutlich ausgeprägter. Norwegen und die Niederlande konnten diesen Rückgang durch deutlich steigende Marktanteile ausgleichen. Für die Zukunft kann das so nicht fortgeschrieben werden. Eine weitere Senkung der heimischen Förderung und ein zukünftiger Rückgang der Fördermengen in der Nordsee müssen durch stärkere Importe aus Russland und den Import von LNG-Gas oder durch Verbrauchsreduktion kompensiert werden.
– Die Vielfalt der Transportwege ermöglicht Wettbewerb zwischen Lieferanten und sichert den Transport zugleich gegen unvorhergesehene Hindernisse ab. Kohle und Öl werden über den Seeweg mit flexiblen Routen geführt. Der Ausbau der LNG-Infrastruktur in Europa schafft eine dauerhafte Alternative zur russischen Gasversorgung. Und mit Nord Stream kann zumindest ein Teil der Gasversorgung aufrechterhalten werden, auch wenn bestehende Transitsysteme infrage gestellt sind. Ein Ausbau der Ostseepipeline wird die Lieferkapazitäten weiter erhöhen. Die Ertüchtigung der europäischen Gasinfrastruktur, insbesondre die Möglichkeiten des Gastransports in beide Richtungen und der Ausbau der LNG-Terminals, haben infrastrukturell die Abhängigkeit von russischen Lieferanten deutlich verringert.

Die derzeitige Versorgung kann als breit diversifiziert bezeichnet werden. Russisches pipelinegebundenes Gas macht ein Drittel des deutschen Gasmarkts aus, was weniger als 7% des Primärenergieverbrauchs entspricht. Aufgrund der Öllieferungen ist die Bedeutung Russlands natürlich größer, hier ist aber der Wettbewerb aufgrund der geringeren infrastrukturellen Bedingungen intensiver und eine Verlagerung der Nachfrage einfacher möglich. Damit erscheint auch ein mögliches Ansteigen des russischen Anteils der Gasversorgung beherrschbar, auch wenn bisherige sichere Quellen aus den Niederlanden und Norwegen ihre Gaslieferungen reduzieren müssen.

Versorgungssicherheit ist selbst bei einer vergleichsweise hohen Abhängigkeit gegeben, wenn eine wechselseitige Abhängigkeit beider Handelspartner vorliegt. Dazu ist die Bedeutung der Gaslieferungen Russlands für Deutschland und Europa der finanziellen Bedeutung dieser Lieferungen für Russland und insbesondere den russischen Staatshaushalt gegenüberzustellen. Die Erlöse beziehungsweise Steuern aus der Öl- und Gaswirtschaft machten für Russland in der letzten Dekade bis zur Hälfte der Staatseinnahmen aus. Auch wenn niedrigere Preise zwischenzeitlich die Einnahmen schrumpfen ließen, zeigt sich doch die unverzichtbare Bedeutung der Energiewirtschaft für den russischen Staat. Deutschland beziehungsweise die EU sind die zentralen Abnehmer von Gas, der Versuch der Diversifizierung durch nennenswerte Gasexporte nach China war bisher nicht erfolgreich. Während sich Europa Optionen geschaffen hat, um Beschränkungen von Gaslieferungen aus Russland auszugleichen, kann Russland nicht ohne Weiteres alternative Einnahmequellen erschließen. Die Abhängigkeit Russlands von den Lieferungen nach Europa ist somit ebenfalls groß, wenn auch die negativen Auswirkungen von Lieferkonflikten in Teilen der EU schneller zu spüren sein dürften als in Russland. Insgesamt sind damit gute Voraussetzungen für eine stabile Fortsetzung der Lieferungen gegeben. Die Erweiterung der direkten Transportkapazitäten nach Europa und die damit verbundene Verteilung innerhalb Europas können diese Lieferungen absichern.

ROLLE DER AUSSENPOLITIK

Während eine verbesserte Pipelinestruktur die Möglichkeiten bietet, eine günstige Energieversorgung abzusichern, ohne sich in einseitige Abhängigkeiten zu begeben, sind die Konsequenzen für andere Länder kritischer zu bewerten. So hat Polen, wenn bestehende Leitungen weniger genutzt werden, mit sinkenden Transitgebühren zu rechnen. Die Anlandung der Pipelines in Deutschland führt zudem dazu, dass Polen nun mit Deutschland oder Weißrussland weiterhin auf ein Transitland angewiesen ist. Die verbesserten technischen Möglichkeiten der Versorgung Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder von Westen nach Osten konnten diese Bedenken nicht vollständig ausräumen.

Problematisch wäre die Fertigstellung von Nord Stream 2 für die Ukraine, die ihrerseits mit deutlich reduzierten Transitgebühren zu rechnen hätte. Eine Verlagerung des Gastransports von den ukrainischen Pipelines hin zu Nord Stream 2 könnte die Ukraine empfindlich treffen, wenn auch eine vollständige Substitution bei bestehenden Liefermengen kaum zu erwarten ist. Eine kurzfristige Verlagerung wäre ein wirtschaftliches Drohpotenzial Russlands in politischen Konflikten mit dem Nachbarland. Die Versorgung mit Gas zum Eigenverbrauch kann jedoch auch zukünftig gewährleistet werden, wenn diese weiterhin vom Westen in die Ukraine organisiert wird. Die Ukraine verliert jedoch eine Schlüsselstellung, die in den Gaskonflikten mit Russland vor zehn Jahren genutzt wurde. Eine Westorientierung der Ukraine sollte durch den Pipelinebau nicht infrage gestellt werden. Die Versorgung über den Westen verbunden mit Zusagen eines weiteren Gastransits von Russland in die EU und gegebenenfalls finanzielle Garantien der Abnehmerländer können sogar dazu beitragen, die Gasversorgungssicherheit als gemeinsames Ziel zu behandeln und damit die Bindungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union zu stärken.

*André Wolf**

Vorteile von Nord Stream 2 nutzen – trotz Druck aus Washington

Der geplante Ausbau der von Vyborg (Russland) durch die Ostsee bis nach Greifswald führenden Unterwasser-Gasleitung »Nord Stream« um zwei weitere Röhren, genannt »Nord Stream 2«, hat auf internationalem Parkett zu Kontroversen geführt, die über das Feld der Energiepolitik weit hinausstrahlen. Als Gegner des Projekts haben sich vor allem die USA sowie Polen und die Ukraine lautstark positioniert. Dabei wird vor allem die Warnung vor einer wachsenden energiepolitischen Abhängigkeit Europas von Russland geäußert. Insbesondere die Möglichkeit, über den Ostseetransport Gas an Russlands westlichen Nachbarn vorbei nach Deutschland und von dort aus an weitere westeuropäische Abnehmer zu liefern, wird als Schachzug Moskaus betrachtet, die Erpressbarkeit seiner westlichen Nachbarn zu erhöhen und Europa zugleich energiepolitisch zu entzweien. Es bleibt dabei nicht bei Protestbekundungen, die USA haben mehrfach gedroht, konkrete Sanktionen gegen europäische Partnerfirmen im Nord-Stream-2-Projekt zu erheben. Das 2017 vom US-Kongress verabschiedete Sanktionsgesetz, das in einer Unterklausel Nord Stream 2 sogar als expliziten Anwendungsfall auflistet, würde der US-Regierung hierfür die notwendige Handhabe geben.

Vor dem Hintergrund dieser Drohkulisse ist es wichtig, sich nüchtern die Vorteile des Investitionsprojekts vor Augen zu führen. Aus deutscher Perspektive liegen die Argumente auf der Hand: Der Ausstieg aus Atomkraft und Kohle macht Gas als komplementären Energieträger zur Ergänzung der regenerativen Stromerzeugung mittelfristig unverzichtbar. Angesichts mangelnder heimischer Ressourcen werden Deutschlands Gasimporte daher auch zukünftig weiter steigen. Russland spielt dabei als Handelspartner zweifellos eine wichtige Rolle. So wurde 2017 etwa 40% des in Deutschland verbrauchten Gases aus Russland bezogen. Das Nord-Stream-2-Projekt würde für diese Importe eine signifikante Kostenersparnis implizieren. Das betrifft zum einen die räumlichen Transportkosten, zum anderen aber auch die Einsparung von Transitgebühren, die im Fall des Landtransports Transitländer wie Ukraine und Polen erheben. Versorgungsrisiken, wie sie sich für Deutschland aus einer neuerlichen Zuspitzung des russisch-ukrainischen Dauerkonflikts ergeben könnten, würden so ebenfalls verringert. Und nicht zuletzt hält Deutschland hiermit in Zeiten einer wieder zunehmenden

* Dr. André Wolf ist Leiter des Forschungsbereichs Konjunktur, Weltwirtschaft und Internationaler Handel sowie des Forschungsbereichs Energie, Klima und Umwelt am Hamburgischen WeltWirtschaftsInsitut (HWWI).

politischen Entfremdung zwischen Russland und dem Westen auf wirtschaftlicher Ebene die Beziehungen aufrecht, noch dazu in einem Kernsektor der russischen Ökonomie.

Die Gegner des Projekts betrachten gerade diesen Punkt als bedrohlich. Deutschlands energiepolitische Abhängigkeit von Russland würde durch das Projekt weiter steigen, so die Argumentation. Schlimmstenfalls könne dies dazu führen, dass Deutschland und die EU als Ganzes politisch erpressbar werden und so den Westen in aktuellen und zukünftigen Konfrontationen mit Russland wie der Ukraine-Frage schwächen. Dies wiederum könnte eine wachsende Aggressivität der russischen Außenpolitik gegenüber den Nachbarstaaten sowie im arabischen Raum zur Folge haben. Dem ist entgegenzuhalten, dass Handelsbeziehungen naturgemäß Profiteure auf beiden Seiten kennen. Deutschland profitiert zunächst einmal im gleichen Maße von den Gaslieferungen wie Russland von den in diesem Zusammenhang geleisteten Geldzahlungen. Angesichts des Missverhältnisses zwischen Förderkapazitäten und heimischem Verbrauch ist Russlands Gassektor zudem auf große Exportmärkte angewiesen. Deutschland und die anderen westeuropäischen Länder sind in dieser Hinsicht als Großverbraucher kaum zu ersetzen. Von einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis kann somit keine Rede sein. Hinzu kommt, dass Deutschland beim Gasimport immer noch über Alternativen verfügt. Wenngleich Russland mit seinen 40% den wichtigsten Einzellieferanten darstellt, kommen die nächstwichtigsten Lieferanten Niederlande und Norwegen zusammengenommen auf etwa 50%. Und schließlich hat die technologische Entwicklung der vergangenen Jahre allgemein die Abhängigkeit Europas von einer kontinuierlichen Gasversorgung per Pipeline reduziert: Die Kapazität der Erdgaslagerstätten wurde deutlich ausgeweitet, über die Einrichtung neuer Flüssiggasterminals Bezugsalternativen geschaffen.

Auf der anderen Seite ist es offensichtlich, dass die USA neben geopolitischen Erwägungen in dieser Frage vorrangig die Interessen des heimischen Energiesektors im Auge haben. Die US-Administration macht keinen Hehl daraus, dass die Suche nach Exportmärkten für überschüssiges Fracking-Gas aus heimischer Förderung einen wichtigen Bestandteil ihrer energiepolitischen Strategie ausmacht. Es gilt in dieser Hinsicht, Russland als wichtigsten Konkurrenten auf dem internationalen Gasmarkt zu schwächen. Dies wurde auch unlängst in den Handelsgesprächen zwischen den USA und der EU-Kommission deutlich, im Rahmen dessen das unverbindliche Versprechen von EU-Kommissionspräsident Juncker, den Absatz von US-Flüssiggas in Europa zu fördern, offenbar wesentlich zur vorläufigen Befriedung des handelspolitischen Konflikts beigetragen hat. Der US-amerikanischen Regierung ist bewusst, dass eine Eroberung des europäischen Marktes durch US-Flüssiggas mittelfristig nicht erfolgreich sein kann. Zu teuer ist bislang noch der Seetransport mittels Tanker. Auch die technischen Versorgungsrisiken erscheinen derzeit noch größer als im Pipeline-Transport. Die chronische Unterauslastung der bereits existierenden LNG-Terminals in Europa spricht in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Deshalb wird der schwelende Ukraine-Konflikt genutzt, um strategische Außenpolitik mit Wirtschaftsinteressen zu verbinden. Ein solches Vorgehen ist freilich nicht neu und innerhalb der internationalen Arena auch sicher nicht auf die USA beschränkt.

André Wolf

Umso wichtiger erscheint es aus Sicht Deutschlands und der EU, dem transatlantischen Druck in diesem Fall nicht nachzugeben. Denn abgesehen von den erwähnten ökonomischen Vorteilen kann das Projekt auch aus geopolitischer Perspektive einen positiven Beitrag leisten. In einer zunehmend multipolaren Welt, in der die USA immer weniger als verlässlicher Partner betrachtet werden können, muss sich Europa darauf einstellen, die eigenen Interessen grundsätzlich autonom und im Bedarfsfall unter Eingehen wechselnder Bündnisse zu vertreten. Dafür ist es aber essentiell, die Brücken Richtung Osten nicht abzureißen. Denn welche rationalen Druckmittel sollte Europa gegenüber Russland dann zukünftig noch aufbringen können, um eine Antwort auf etwaige Völkerrechtsverletzungen zu geben? Ohne ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Integration steht auch die Diplomatie in Krisensituationen schnell ohne Arbeitsgrundlage dar. Es hat keinen Sinn für Europa, sich in dieser Hinsicht der wenigen Einflussmöglichkeiten zu berauben, die es noch hat.

Das bedeutet jedoch nicht, dass nicht zugleich auch eine weitere Diversifikation der europäischen Energieversorgung erstrebenswert ist. Der Zugang zu Flüssiggas über die Weltmeere, sei es aus Nordamerika oder anderer Exportländer wie Katar, kann hier langfristig ein wichtiger Baustein sein. Die Entscheidung, in welcher Form und Geschwindigkeit der Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur erfolgt, sollte aber strikt auf Grundlage der ökonomischen Rahmenbedingungen getroffen werden, und nicht zur Beschwichtigung in einem transatlantischen Interessenkonflikt dienen.

*Georg Zachmann**

LNG und Nord Stream 2 im Kontext unsicherer Gasimportnachfrage der EU

Georg Zachmann

Die Entwicklung der Importnachfrage nach Erdgas in der EU ist ungewiss. Bei steigender Importnachfrage könnten sowohl Nord Stream 2 als auch verflüssigtes Erdgas (LNG) helfen, die europäische Versorgung sicherzustellen. Bei sinkender Nachfrage besteht jedoch das Risiko, dass Gazprom seine Exportüberkapazitäten strategisch nutzen könnte. Deshalb wäre es im gemeinsamen Interesse der EU, eine Entscheidung über den Bau von Nord Stream 2 zu verschieben, bis mehr Klarheit über die zukünftige Nachfrage der EU nach Erdgas besteht.

RELEVANT IST DIE EU-EBENE

Für die Bewertung von Nord Stream 2 ist es entscheidend, ob die Analyse für Deutschland allein oder für den gesamten europäischen Gasmarkt durchgeführt wird. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Diskussion um die Gasimportabhängigkeit Deutschlands von Russland.

Betrachtet man die Verträge deutscher Versorger mit Gazprom, so importiert Deutschland mehr Gas, als es benötigt, da Gasimporteure wie RWE Gas an Kunden in anderen Ländern, wie bspw. in der Ukraine, weiterverkaufen. Betrachtet man den tatsächlichen physischen Weg der einzelnen Gasmoleküle, so ist die deutsche Abhängigkeit von Russland noch relativ moderat. Gaszuflüsse aus Nord Stream 1 werden nach Österreich und Tschechien weitergeleitet, während Deutschland selbst überproportional viel Gas aus den Niederlanden verbraucht.

Betrachtet man jedoch Deutschland als eine große »Wanne«, in die Erdgas aus eigener Produktion und aus Importen hineinfließt, sich dort vollständig mischt und ununterscheidbar wieder herausfließt, zeigt sich ein anderes Bild: Nach dieser Rechnung bezog Deutschland im Jahr 2017 56% seiner Einfuhren aus Russland, davon flossen 68% durch die Pipeline Nord Stream 1, 30% durch Leitungen in Weißrussland und 2% durch Leitungen in der Ukraine.

Letztere Betrachtungsweise entspricht am ehesten dem Idealbild des gemeinsamen Binnenmarktes – auch wenn die Messung nationaler Importabhängigkeiten hier insgesamt wenig sinnvoll erscheint. Bei dieser Betrachtungsweise würde sich der Anteil russischer Erdgasimporte im deutschen Marktgebiet, mit dem Bau von Nord Stream 2, auf bis zu 67% erhöhen.

Aufgrund der Gastransportkosten und möglicher Transportengpässe wird Nord Stream 2 unterschiedliche Wirkungen auf die Gaspreise in den einzelnen Mitgliedstaaten haben. So argumentiert des Regional Centre for Energy Policy Research (REKK, dass Nord Stream 2 zu einer Senkung der Gasimportpreise in Deutschland führen kann, während die Preise in Zentralosteuropa eher steigen werden. Auch das Energiewirtschaftliche Institut (ewi), Köln, prognostiziert heterogene Effekte, die allerdings für alle Importeure positiv sind, da das ewi annimmt, dass Nord Stream 2 zusätzliche russische Exporte ermöglicht.

Aufgrund der engen Verzahnung Deutschlands im europäischen Energiebinnenmarkt ist nur eine europäische Betrachtung der Effekte von Nord Stream 2 sinnvoll.

IST NORD STREAM 2 ZUR ABDECKUNG MÖGLICHER GASNACHFRAGESPITZEN NOTWENDIG

Ein Hauptargument für Nord Stream 2 ist eine steigende Importnachfrage nach Erdgas in der EU, da die eigene Produktion insbesondere in der Nordsee sehr schnell fällt, während die Erdgasnachfrage in manchen Szenarien nur sehr langsam zurückgeht. Diese Entwicklung ist aber nicht zwingend, sondern eine Folge europäischer Energie- und Klimapolitik. Das Pariser Klimaschutzabkommen sieht vor, dass in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts keine zusätzlichen Treibhausgasmengen der Atmosphäre mehr zugeführt werden dürfen. Für die EU würde das bedeuten, dass wohl schon vor 2050 die Verbrennung von fossilen Brennstoffen in den Sektoren Transport sowie Wärme- und Stromerzeugung auf ein absolutes Minimum reduziert werden müsste.[1] Daher sind lediglich

[1] Die letzten Anteile des EU-Emissionsbudgets werden voraussichtlich für Industrie und Landwirtschaft gebraucht, da für diese Sektoren höhere Vermeidungskosten angenommen werden. Inwiefern durch negative Emissionen – wie z.B. Carbon Capture and Storage – das Emissionsbudget erhöht werden kann, lässt sich heute nur sehr schwer abschätzen. Aus heutiger Sicht ist es aber eher unwahr-

Tab. 1

EU28 Gasimportnachfrageszenarien in Mrd. m³ (bcm) pro Jahr

	2016	2020	2030	2040	2050
EC Referenzszenario (REF 2016)[a]	299	310	328	377	370
EC Szenario mit 30% Energieeffizienz (EUCO30)[a]	299	311	309		
EC Szenario mit 33% Energieeffizienz (EUCO+33)[a]	299	308	237		
ENTSO-G Global Climate Action[b]	299	304	305	307	
ENTS-G Sustainable Transition[b]	299	304	377	399	
BP (2018) [inkl. Norwegen][c]	272	320	391	415	
Legende:		Maximum			

[a] Szenarien der Europäischen Kommission. [b] Szenarien des European Network of Transmission System Operators for Gas. [c] Inklusive Norwegen ist der Importbedarf kleiner, da Norwegen ein wichtige Nettoexporteur ist.

Quellen: Europäische Kommission, ENTSO-G und BP.

* Dr. Georg Zachmann ist Senior Fellow beim europäischen Thinktank Bruegel. Brüssel. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Energie- und Klimapolitik.

solche Erdgasnachfrageszenarien, die bis 2050 ein Auslaufen der thermischen Nutzung von Erdgas vorsehen, mit dem Pariser Abkommen vereinbar.

Wir wissen also, dass der momentane Gasimportbedarf gedeckt werden kann und dass die Nachfrage nach Erdgas in 30 Jahren marginal sein sollte. Es bleibt also nur die Frage, ob in diesem Zeitfenster der Gasbedarf (z.B. wegen des Kohleausstiegs) in einigen Jahren die sinkende Eigenproduktion und die vorhandenen Importkapazitäten übersteigt – und wenn ja, wie lange dieser Zustand anhielte und wie viel zusätzlicher Importbedarf dadurch entstünde.

Der europäische Gasimportbedarf im Jahr 2030 ist höchst unsicher. Im Vergleich zum Jahr 2016 kann er, je nach Szenario, um mehr als 60 bcm sinken oder um mehr als 100 bcm steigen. Ein steigender Gasimportbedarf wird wahrscheinlich vor allem über Pipelines aus Russland und über den Import von verflüssigtem Erdgas gedeckt werden können.[2]

Trotz der sehr hohen Gasimporte, wäre es selbst 2017 wahrscheinlich möglich gewesen, weitere 30 bis 50 bcm über die existierenden Leitungen aus Russland zu importieren (Tab. 2). Diese freien Kapazitäten sollten ausreichen, um den zusätzlichen Gasimportbedarf in den von der EU vorgelegten Szenarien bis mindestens 2030 aus Russland in die EU transportieren zu können. Selbst die extremsten Gasimportszenarien (die mit dem Pariser Klimaschutzabkommen unvereinbare Mengen an Treibhausgasemissionen implizieren) könnten sich mit Hilfe der existierende LNG- und Pipelineimportkapazität bewältigen lassen.[3]

Sicherlich will niemand sehenden Auges das Risiko eingehen, dass der deutsche Erdgasbedarf in einem zukünftigen Jahr nicht gedeckt werden könnte und womöglich sogar Endkonsumenten gezwungen würden, ihre Heizungen zu drosseln. Es kann aber nie ganz ausgeschlossen werden, dass ein unerwartet stark steigender Gasimportbedarf die vorhandenen Pipelineimportkapazitäten doch übersteigt. Innerjährlich können solche Nachfragespitzen mit heimischen Gasspeichern gedeckt werden. Die EU-Gasspeicher können mehr als 20% der Jahresnachfrage speichern, dazu kommen noch fast 7% durch ukrainische Gasspeicher. Der niedrigste Speicherstand der letzten Jahre entsprach immer noch 13% des gesamten Verbrauchs im letzten Quartal 2017. Um länger andauernde Nachfragezuwächse auszugleichen, könnten die vorhandenen LNG-Importkapazitäten dienen. Diese entsprechen ca. 43% des Jahresverbrauchs 2017[4] und wurden in diesem Jahr nur zu 27% genutzt.[5] Damit könnte – wenn die notwendigen innereuropäischen Verbindungen vorhanden sind – also selbst ein Importwachstum von über 30% abgedeckt werden.

Die Frage lautet also hauptsächlich, ob der globale LNG-Markt in der Lage wäre, solche Mengen von bis zu 150 bcm bereitzustellen. Die International Gas Union (IGU) schätzt, dass im Jahr 2017 der globale Markt für kurz- und mittelfristige Verträge etwa 120 bcm betrug (während insgesamt etwa 400 bcm gehandelt wurden). Ob diese kurz- und mittelfristigen Verträge in den kommenden Jahren eher von einer wachsenden Nachfrage nach langfristigen Gaslieferungen in anderen Teilen der Welt verdrängt werden oder die kurzfristig verfügbare Menge durch eine wachsende LNG-Produktion[6] insgesamt zunimmt, lässt sich hier nicht analysieren. Es ist allerdings anzunehmen, dass bei angemessener Zahlungsbereitschaft auch signifikante Mengen für die kurzfristige Überbrückung von Knappheitssituationen nach Europa geholt werden können.

ANALYSERAHMEN: VERTEILUNG ÖKONOMISCHER RENTEN

Der Gashandel zwischen der EU und Russland kann als strategisches Spiel um die Verteilung einer großen ökonomischen Rente verstanden werden. Unter stark vereinfachenden Annahmen[7], beträgt die Konsumentenrente mehr als 10 Mrd. Euro und die Produzentenrente mehr als 20 Mrd. Euro pro Jahr. Es geht also darum, nach welchen Kriterien diese vielleicht

scheinlich, dass eine Kombination aus teurem importiertem Erdgas und CO_2-Abscheidung die günstigste Nutzung für die begrenzten CO_2-Speicherkapazitäten ist.

[2] Alternative Importe über die Türkei und aus Nordafrika scheinen momentan weniger aussichtsreich.

[3] Ein zusätzlicher Importbedarf beläuft sich laut dem BP-Referenzszenario auf: 415 bcm (2040) – 272 bcm (2016) = 143 bcm; die freie Kapazität der Pipelines aus Russland: (2016) 62 bcm + freie Kapazität LNG-Terminals (2016) 91 bcm = 153 bcm.

Tab. 2

Ungenutzte EU-Importkapazitäten

Via …	Maximale Jahreskapazität bcm/Jahr	Tatsächliche Nutzung in bcm			Kalkulierte freie Kapazität 2017
		2015	2016	2017	
Ukraine	121	63	78	86	35
Weißrussland	40	36	38	38	2
Nord Stream	60	36	44	49	11
LNG	136	44	45	51	85

Anmerkung: Die maximale Jahreskapazität wurde aus der Extrapolation der maximalen monatlichen Nutzung seit 2008 abgeleitet.

Quelle: International Energy Agency.

[4] Basierend auf einer Regasifizierungskapazität von 210 bcm laut GIE und einer Gesamtnachfrage von 491 bcm laut Europäischer Kommission.

[5] Vgl. IGU, World Gas LNG Report. 2018, verfügbar unter: https://www.igu.org/publications-page.

[6] Die IGU erwartet eine Zunahme der Produktionskapazitäten um 28% von 2017 bis 2023.

[7] Die Grundannahmen sind, dass die russischen Produktionskosten ca. 1 US-Dollar/Mmbtu betragen, sich Russland als Monopolist verhält und in der EU einen Preis von 6,4 US-Dollar/Mmbtu fordert, dann 4,6 Bio. Mmbtu verkauft sowie dass alle anderen Kosten und Effekte vernachlässigbar sind.

30 Mrd. Euro zwischen beiden Parteien aufgeteilt werden.

Die strukturelle Verhandlungsmacht beider Seiten wird von – langfristig politisch beeinflussbaren – Angebots- und Nachfragefaktoren bestimmt. Wenn die EU alternative Gasquellen erschließt oder die Gasnachfrage z.B. durch den Ausbau erneuerbarer Energien reduziert, stärkt sie ihre Verhandlungsmacht. Wenn Russland andere Märkte für sein Gas erschließt, steigt die russische Verhandlungsmacht. Basierend auf der Verhandlungsmacht, werden dann aber nicht direkt Preise zwischen Russland und der EU verhandelt. Vielmehr werden nur regulatorische Rahmenbedingungen für die Preisfindung festgelegt, die die relative Verhandlungsmacht widerspiegeln.

Russland konnte in der Vergangenheit ein Exportmonopol und eine Exportsteuer durchsetzen und straflos Binnenmarktregeln brechen (z.B. durch *destination clauses*). Mit der sinkenden Gasimportnachfrage der EU nach 2008 wuchs die europäische Verhandlungsmacht, und Brüssel konnte neue Binnenmarktregeln durchsetzen sowie ein Wettbewerbsverfahren gegen Gazprom starten, um einen wettbewerblichen Binnenmarkt (mit möglichst gleichen und niedrigen Preisen) zu erreichen. An dem für Gazprom recht glimpflichen Ausgang des Wettbewerbsverfahrens kann man aber ablesen, dass das Pendel im Moment wieder in die andere Richtung schwingt. Dies fällt mit der seit 2015 wieder steigenden Gasimportnachfrage zusammen.

In diesem Analyserahmen wären russische Pipelineprojekte hybride Entitäten, die einerseits die Verhandlungsmacht beider Parteien beeinflussen, deren Wert aber auch von Regulierungen abhängt, die wiederum von der Verhandlungsmacht beider Seiten abhängt. Da große Pipelineprojekte von strategischer Bedeutung für die Rentenverteilung sind, sind sie von regulatorischer Rahmensatzung und politischer Flankierung abhängig.

Die Aussage, dass Nord Stream 2 nicht politisch sei, gilt also selbst dann nicht, wenn man annehmen würde, dass es sich bei Gazprom um ein rein gewinnorientiert agierendes privatwirtschaftliches Unternehmen handeln würde.

FAZIT

Nord Stream 2 könnte in dem beschriebenen Rentenverteilspiel zwei positive Effekte für Russland haben. Einerseits kann sich Russland einen höheren Anteil an der Gesamtrente sichern, indem es die wahrscheinlich vorhandene Monopolrente der Ukraine für den Gastransit schmälert – was die EU indirekt tangiert. Andererseits kann Russland nun selektiv verschiedene Regionen Europas mit Gas zu unterschiedlichen Konditionen beliefern. Dies könnte Russland eine Preisdiskriminierungsstrategie ermöglichen, die die Produzentenrente auf Kosten der Konsumentenrente weiter steigert.

Demgegenüber sind die vorhandenen LNG-Importkapazitäten für die EU ein wichtiges Asset, nicht nur um Nachfragespitzen abzudecken, sondern auch um den Wettbewerbsdruck auf Gazprom aufrechtzuerhalten. Allerdings gilt dies nur, solange diese Kapazitäten flexibel sind. Das heißt, dass langfristige LNG-Importverträge und vollständig genutzte LNG-Terminals kaum einen strategischen Wert haben.

Daher wären zusätzliche Pipelinekapazitäten aus Russland für die EU nur dann von Nutzen, wenn zu erwarten ist, dass eine zusätzliche Gasimportnachfrage nicht durch vorhandene Pipelines, sondern nur durch strukturelle LNG-Importe gedeckt werden könnte. Das ist momentan aber noch nicht abschätzbar.

Es wäre also im Sinne der EU, eine Entscheidung über den Bau von Nord Stream 2 solange aufzuschieben, bis es sich klarer abzeichnet, wie sich der Gasimportbedarf der EU entwickeln wird. Sollte sich eine länger andauernde Importlücke andeuten, die nur durch eine weitestgehende Ausnutzung der LNG-Importkapazitäten für mehrere Jahre zu decken ist, sollte Nord Stream 2 gebaut werden, um hohe LNG-Importkosten zu vermeiden und den Wettbewerbsdruck wiederherzustellen. Sollte die Gasimportnachfrage nicht so stark steigen (bevor sie zur Mitte des Jahrhunderts wieder fällt), könnte aus europäischer Sicht auf Nord Stream 2 und die damit verbundenen Nachteile verzichtet werden.

LITERATUR

BP (2018), *BP Energy Outlook 2018 edition*, verfügbar unter: www.bp.com/energyoutlook

Energy-Economy-Environment Modelling Laboratory (E3Mlab) und International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) (2016), »Technical report on Member State results of the EUCO policy scenarios«, verfügbar unter: https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/20170125_-_technical_report_on_euco_scenarios_primes_corrected.pdf

European Network of Transmission System Operators for Electricity (ENTSOE) und European Network of Transmission System Operators for Gas (ENTSOG) (2018), *TYNDP 2018 Scenario Report, Main Report*, verfügbar unter: https://docstore.entsoe.eu/Documents/TYNDP%20documents/TYNDP2018/Scenario_Report_2018_Final.pdf

Hecking, H. und F. Weiser (2017), »Impacts of the Nord Stream 2 on the EU Natural Gas Market«, verfügbar unter: https://www.ewi.research-scenarios.de/cms/wp-content/uploads/2017/09/EWI-1163-17-Studie-Impacts-of-Nord-Stream-2-web.compressed.pdf

International Energy Agency (iea) (2018), *Gas Trade Flows in Europe,* verfügbar unter: https://www.iea.org/gtf/

International Gas Union, *2018 World LNG Report,* verfügbar unter: www.igu.org/sites/default/files/node-document-field_file/IGU_LNG_2018_0.pdf

Kotek, P., A. Selei und B. T. Tóth (2017), »The Impact Of The Construction Of The Nord Stream 2 Gas Pipeline On Gas Prices And Competition«, verfügbar unter: https://rekk.hu/downloads/academic_publications/Nord-Stream2_REKK.pdf

*Kirsten Westphal**

Gashandel in der EU: Zwischen den Fronten

Kirsten Westphal

Von Beginn an stand Nord Stream 2 in der Kritik. Washington unterstützt vehement die Position der europäischen Gegner der Erdgaspipeline durch die Ostsee und führt sicherheitspolitische Bedenken sowohl mit Blick auf die Energieversorgung Europas als auch die territoriale Einheit und Souveränität der Ukraine ins Feld. Die Opposition in Washington ist politisch getrieben, hat aber auch wirtschaftliche Gründe. Die Debatte um Nord Stream 2 verstellt den Blick auf die fundamentalen Verschiebungen auf den Energiemärkten und die Zeitenwende im Welthandelssystem, vor allem aber verhindert sie den Interessenausgleich und die Problembearbeitung innerhalb Europas und im Verhältnis mit Russland und den USA.

Seit der Bau der Nord Stream 2 Mitte 2015 angekündigt wurde, wächst der Widerstand in den USA, in Brüssel, aber auch in anderen europäischen Hauptstädten gegen die Erdgasröhren durch die Ostsee von Russland ins deutsche Greifswald, die die Kapazität der zwei bestehenden Stränge von 55 Mrd. Kubikmeter pro Jahr auf 110 Mrd. Kubikmeter pro Jahr verdoppeln sollen. Infolge eines Einspruchs der polnischen Kartellbehörde 2016 blieb Gazprom, die sich zu mehr als der Hälfte der Anteile in der Hand des russischen Staates befindet, als alleiniger Gesellschafter zurück, während die privatwirtschaftlich geführten westeuropäischen Firmen, Uniper, BASF Wintershall, OMV, Shell und Engie, nun als Finanzinvestoren auftreten. Das Risiko einer Beteiligung an der Nord Stream 2 AG war zu dem Zeitpunkt für die Firmen überschaubar, denn die Durchleitungskapazitäten werden fest von der Gazprom gebucht und die Verzinsung fixiert. Wenn Einnahmen und Amortisierung der Investitionen kalkulierbar sind, sind attraktive Konditionen für Banken und Versicherungen eigentlich gegeben. Diese Risikoabschätzung wird zusehends Makulatur angesichts der Welle bestehender und potenzieller US-Sanktionen seit 2017.

NORD STREAM 2 IM FOKUS DER AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Die vehemente Kritik am Pipelineprojekt spiegelt altbekannte Argumente und historische Reflexe wider, die schon gegen den Bau des Gastransitsystems durch die Ukraine zu Zeiten des Ost-West-Konflikts und gegen die Nord Stream ab 2005 ins Feld geführt wurden. Dazu gehören Bedenken wegen der wachsenden Importabhängigkeit von Russland und die negativen Folgen für die Versorgungssicherheit Europas. Hinzu kommt auch ein nicht zu unterschätzendes Misstrauen in Osteuropa gegenüber Berlin und seiner speziellen Beziehung zu Moskau.

Geändert hat sich jedoch die Sicherheitslage in Europa, die durch Russland erschüttert wurde. Nord Stream 2 steht im Kontext der Krise um die Ukraine, die angesichts der Annexion der Krim und der militärischen Destabilisierung der Ostukraine durch Russland von der EU und den USA unterstützt wird. 2014 ist also eine Zäsur; sicherheits- und außenpolitisch. Auch die Energieunion der EU wurde 2014 als Reaktion auf die Ukraine-Krise initiiert und wird als eine von zehn Prioritäten der Juncker-Kommission vorangetrieben. Hinzukommen die Einmischung Russlands in den Präsidentschaftswahlkampf in den USA, die Unterstützung für illiberale Parteien in der EU, die Fälle Magnitzki und Skripal sowie Cyberattacken, die Russland zugeschrieben werden.

Sicherheitspolitische Erwägungen und geopolitisches Kalkül dominieren zunehmend Energiefragen dies- und jenseits des Atlantiks. Zum einen wird der Erdgastransit durch die Ukraine als eine Rückversicherung gegen eine weitere Eskalation des Konfliktes verstanden und Nord Stream 2 als destabilisierend für das im Konflikt mit Russland stehende Land gesehen. Zum anderen aber wird der Zuwachs von Exportkapazitäten gleichgesetzt mit wachsender Importabhängigkeit von Russland, was wiederum die Gasmarktmacht Gazproms stärken würde und als politisches Risiko für die EU gilt. In Warschau, Wilnius und andernorts fürchtet man, dass dem Kreml damit ein Druckmittel an die Hand gegeben wird, das den Handlungsspielraum der EU und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber Russland zumindest begrenzen, wenn nicht empfindlich einschränken würde. An dieser Frage scheiden sich die Geister. Die Gegner möchten »übergroße« Abhängigkeiten dadurch vermeiden, indem entweder der Ausbau der Exportinfrastruktur verhindert oder deren Nutzung durch die Gazprom über das europäische Regelwerk (Acquis Communautaire und Binnenmarktpakete für Erdgas) limitiert wird. Dagegen betonen Befürworter, dass Nord Stream 2 neue Importoptionen für die EU schafft, dabei aber der Bau von Infrastruktur nicht 1:1 gleichgesetzt werden kann mit voller Auslastung. Hier sind Preisrelationen und Bestellungen der europäischen Kunden die entscheidende Determinante. Außerdem werden Energiebeziehungen als Mittel gesehen, die Kosten für eine weitere Verschlechterung der Beziehungen hochzuhalten, was für deren Kompartmentalisierung spricht. Je nachdem, welche sicherheitspolitische Folie über die Erdgasbeziehungen gelegt wird und wie viel ökonomische Rationalität und Vertragstreue man russischen Akteuren zugesteht, werden zusätzliche Transportwege als Flexibilitätsoption für beide Seiten oder als Machtinstrument für Russland gesehen, einzelne Märkte punktgenau zu bespielen. Letztere Sicht auf die Dinge ignoriert aber die im Kartellverfahren gegen Gazprom neu definierten Regeln und empfindlich drohenden Strafen.

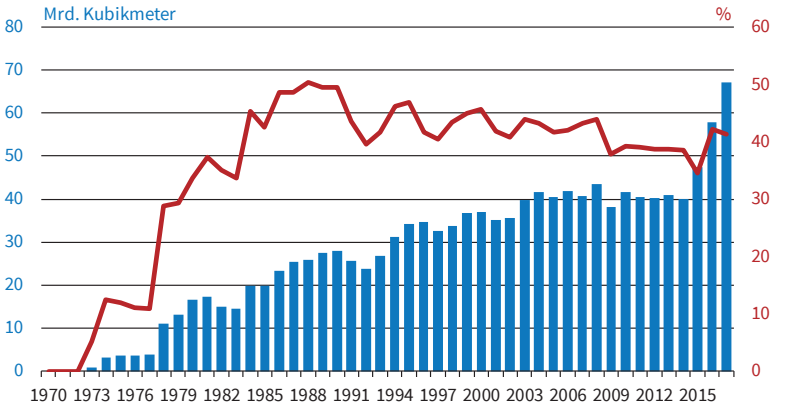
* Dr. Kirsten Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Globale Fragen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

GEOPOLITIK UND MÄRKTE – ZWEI WELTEN

Abb. 1

Deutsche Gasimporte aus der UdSSR/Russland

1970—2017*



*Werte für das Jahr 2017 sind geschätzt.

Quelle: International Energy Agency, seit 1999 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. © ifo Institut

Bisher hat die Sicherheitskrise keine gravierenden Auswirkungen auf die Gasversorgung gehabt. Wirtschaftliche Gegebenheiten und die politische Perzeption klaffen seit der Krise um die Ukraine weit auseinander. Die russische Gazprom liefert seit 2016 auf Rekordniveau nach Europa und in die Türkei; gut 180 Mrd. Kubikmeter 2017. Während zwischen 2010 und 2014 die Nachfrage in der EU um 100 Mrd. Kubikmeter fiel, was zu guten Zeiten dem Gasverbrauch in Deutschland entsprach, stieg zwischen 2015 und 2017 der Verbrauch und hat sich mittlerweile fast wieder auf das Niveau von 2011 von ca. 530 Mrd. Kubikmetern erholt. Die anziehende Nachfrage wird vor allem durch russisches Erdgas befriedigt. Damit ist auch der Anteil des pipelineimportierten Erdgases auf 47% gestiegen, 43% werden noch durch Eigenförderung in Europa gedeckt, und nur 10% machte LNG aus. Dabei sinkt der Anteil der europäischen Förderung kontinuierlich. Vor allem die Förderkürzungen im Gasfeld Gröningen – zwischen 2013 und 2017 haben sich die Mengen de facto auf 25 Mrd. Kubikmeter jährlich halbiert, und eine weitere Reduktion um die Hälfte wird diskutiert – stellen in großen Regionen Westeuropas eine Herausforderung für die Versorgungssicherheit dar. In Folge steigt der Importbedarf schneller und höher als noch vor ein paar Jahren angenommen.

Russisches Erdgas ist nicht nur die größte Quelle, sondern auch die kostengünstigste. Der Grund liegt zum einen darin, dass Felder in Westsibirien und auf der Jamalhalbinsel erschlossen sind und Überkapazitäten von zwischen 130–150 Mrd. Kubikmeter jährlich aufweisen. Zum anderen verfügt die Gazprom über die Exportinfrastruktur. All das versetzt die Gazprom in die Lage, flexibel auf Wettbewerber zu reagieren. Außerdem verfügt die Gazprom über Langfristverträge mit sogenannten Minimalabnahmepflichten (*take-or-pay*) mit europäischen Firmen, die ihr einen Absatz sichern. Die den Verträgen zugrunde liegenden Preisformeln wurden sukzessive angepasst und an die Preise an den Gashandelsplätzen in Deutschland und den Niederlanden gekoppelt oder eine Mischformel zugrunde legt. Das erklärte Ziel der Gazprom, einen Marktanteil von 35% in der EU zu erobern, wurde bereits erreicht. In einzelnen Märkten wie Deutschland, aber vor allem in den mittel- und südosteuropäischen Märkten liegt er noch signifikant höher (vgl. Abb. 1). Angesichts dieser Situation spricht viel dafür, dass russisches Erdgas die Grundlast der EU zu einem großen Maß bis weit in die 2020er Jahre decken wird.

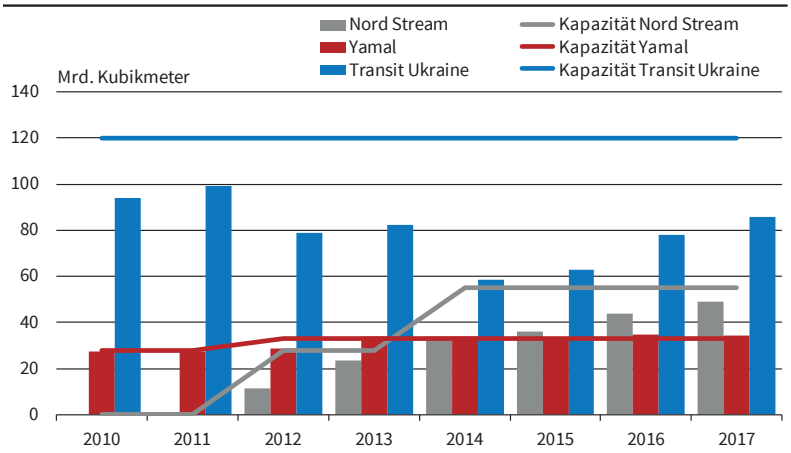
Ein Hauptmotiv für den Bau der Nord Stream 2 ist die Umgehung der Ukraine als Transitland, weder der Kreml noch Gazprom machen daraus einen Hehl. Nun aber wird in trilateralen Gesprächen um künftige Transitmengen gerungen, wobei sich die Maximalforderungen zwischen der Nominaltransitkapazität des Ukraine-Korridors von 150 Mrd. Kubikmetern und den Residualmengen von 15 Mrd. (nach Bau der Nord Stream 2 und Turk Stream) Kubikmetern bewegen. Referenzgröße in den trilateralen Gesprächen, die seit Juli 2017 über die Fortführung des Transits nach 2019 geführt werden, sind 30 Mrd. Kubikmeter. Am 31. Dezember 2019 endet der Transitvertrag. Ein Blick auf Abbildung 2 zeigt, dass der Korridor mit dem Bau jeder neuen Exportpipeline weniger transportiert hat. Allerdings haben gerade die letzten beiden Jahre gezeigt, dass der Transit durch die Ukraine eine wichtige Swing- und Flexibilitätsoption nach Westeuropa ist, die vor allem in Zeiten hoher Winternachfrage oder Reparaturen an anderen Pipelines wichtig ist. Die durchschnittliche Auslastung über das Jahr lag 2017 bei 87%. Jedoch ist es zu kurzsichtig, nur einen Blick auf die jährlichen Transportvolumina zu werfen, das haben die kalten Februar- und Märztage 2018 gezeigt. Die Pipelines Jamal-Europa, Nord Stream und Blue Stream in die Türkei waren allesamt zu Zeiten einer Nachfragespitze praktisch komplett ausgelastet, so eine Studie von Jack Sharples vom Oxford Institute for Energy Studies.

Auf russischer Seite fallen wirtschaftliche und politische Interessen zusammen. Nord Stream 2 ist nur eine von mehreren Rohrleitungen nach Europa und nach Asien, die Gazprom in den Jahren 2014/15 aufs Tapet gebracht hat. In der fluiden geopolitischen Lage will sich der Kreml möglichst viele Handlungsoptionen offenlassen, Verkaufsstrategien erproben

Abb. 2

Russische Gasexporte nach Europa

Nord Stream, Yamal und Transit Ukraine



Quelle: IEA Gas Tade Flows in Europe (http://www.iea.og/gtf/index.asp). © ifo Institut

und Exportwege anpassen. Außerdem bietet der Bau von Pipelines eine Möglichkeit, Ressourcen innerhalb der Elite umzuverteilen.

Wie sieht die europäische Kehrseite aus? Die beschriebene hohe Auslastung der bestehenden Pipelines zu hohen Nachfragespitzen zeigt, dass zusätzliche Kapazitäten schnell gebraucht werden könnten, wollten Verbraucher nicht auf teureres LNG angewiesen sein. Zwar sinkt in einem saturierten Gasmarkt der Anreiz für Unternehmen, in großem Stil zu diversifizieren, dennoch stellen sich Europas Importeure auf den veränderten Gasmarkt und die politische Großwetterlage ein. Portfolio-Optimierung und Management gehören zu deren täglich Brot. Hier liegt einer der Knackpunkte der EU: Eine solch marktbasierte Diversifizierung reicht vielen Mitgliedstaaten nicht aus, sie setzen auf staatliche Interventionen, um sich Zugang zu teurerem LNG zu sichern. Der Trade-off dieser Sicherheitsprämien liegt in höheren Kosten. Indes hat sich der Gasmarkt in den vergangenen zehn Jahren verändert. Durch die Vielzahl unterschiedlicher Bezugsquellen ist Gas kein politischer Hebel mehr.

US-LNG UND DER EUROPÄISCHE GASMARKT

Um es vorwegzunehmen, Studien der letzten Monate belegen überzeugend, dass die Balance von Angebot und Nachfrage durch russisches Erdgas und die Verfügbarkeit von wettbewerbsfähigen LNG geprägt sein wird. Der Schiefergasboom in den USA hat die Gasmärkte der Welt revolutioniert. Er hat zum Preisverfall beigetragen, indem er den Gas-zu-Gaswettbewerb eingeläutet hat. Die einstmals regionalen, durch Pipelines infrastrukturierten Gasmärkte sind durch globalen Handel von verflüssigtem Erdgas verbunden, das auf Preisunterschiede reagiert.

Die EU verfügt mittlerweile über große Regasifizierungskapazitäten von 210 Mrd. Kubikmeter jährlich. Diese LNG-Terminals waren 2017 aber nur zu ungefähr einem Viertel ausgelastet, denn die attraktiven Märkte liegen in Asien und die EU bietet eher einen letzten Anlaufort für LNG, das andernorts keinen Abnehmer findet. Aktuell kostet Erdgas in Europa durchschnittlich gut 7,5 US-Dollar per MMBtu, in Asien 10 US-Dollar per MMBtu und in den USA 2,8 US-Dollar per MMBtu. Nüchtern betrachtet bietet LNG vor allem eine Versicherungs- und Flexibilitätsoption. Das an sich ist ein Mehrwert. LNG-Tanker lassen sich schnell und flexibel nach Preissignalen umlenken. LNG erschließt auch neue Wertschöpfungsketten mit Blick auf Schwerlast- und Schiffsverkehr. Die Diskussion um einen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehenen LNG-Standort hebt auf die Nutzungskette ab. Kurzum: LNG ist eine wichtige Importoption, die aber in einer potenziell verengten Marktsituation kurzfristige Engpass- und Preisrisiken birgt und hohe Volatilitäten mit sich bringt.

Was die Versorgung der globalen LNG-Märkte betrifft, sind die Aussichten für die Käufer bis Mitte 2020 rosig, Australien wird Katar als führender Exporteur von LNG überholen. Dann aber folgen die USA, die 2016 mit dem Projekt Sabine Pass gestartet sind und das nun 18 Mio. Tonnen LNG jährlich exportieren kann, mit weiteren Projekten. Die Exportkapazität der USA könnte 2020 bei 68 Mio. Tonnen LNG jährlich liegen, was ungefähr dem Jahresbedarf Deutschland von 90 Mrd. Kubikmetern entspricht. Mit steigenden Ölpreisen wird noch mehr assoziiertes Gas als Beiprodukt gefördert. Um den Förderboom aufrechtzuerhalten, brauchen die Firmen das Outlet »Weltmarkt«. Deswegen ist eine immer stärkere Konkurrenz um Absatzmärkte absehbar. Außerdem wird gerade US-LNG in einem Wettbewerbsmarkt produziert, darin liegt ein großes Plus. US-amerikanisches Erdgas gilt oft als »demokratisches Gas«, nicht nur weil es von vielen Firmen produziert wird, sondern auch weil kein Staatsmonopolist wie die Gazprom dahintersteht. Das ist zunächst richtig, allerdings steht dahinter auch die Vorstellung, Erdgasexporte aus den USA wären frei von staatlicher Intervention und würden keinen politischen Erwägungen folgen. Indes muss nach dem *Natural Gas Act of 1938* das Energieministerium (Department of Energy, DOE) nationale Interessen nach folgenden Faktoren abwägen, wenn das Empfängerland über kein Freihandelsabkommen mit den USA verfügt. In Zeiten, in denen der US-Präsident Trump von der EU als »foe« (Gegner) spricht, auf einen

LNG-Handel frei von politischen Interventionen zu bauen, wäre blauäugig.

VON STATECRAFT ZU ENERGIEDOMINANZ

Die Verfügbarkeit von sicherer und wettbewerbsfähiger Energie im eigenen Land schottet die USA von den Entwicklungen auf den Energiemärkten ab. Die USA gewinnen damit außenpolitisch erheblich an Spielraum, da sie politische Ziele nun besser mit wirtschaftlichen Mittel verfolgen und ihre gewachsene »Statecraft« ausspielen können. Es geht um Zugewinn an staatlicher Souveränität und nationaler Sicherheit.

Energiedominanz ist erklärtes Ziel dieser US-Administration, und sie hat eine starke außenpolitische Komponente. Im Mittelpunkt einer Strategie von America First stehen nationale Interessen und Egoismen, eine deal-basierte und transaktionale Handels- und Außenpolitik, die auf Minilateralismus statt auf multilaterale Kooperation setzt. Mit dem Präsidenten hat ein Denken im Weißen Haus Einzug gehalten, bei dem es um reinen Profit und die eigene Gewinnmaximierung geht und gar nicht mehr der Versuch gemacht wird, einen Interessenausgleich mit langjährigen Partnern wie Deutschland zu finden. Deutschlands Exportüberschuss ist den USA ein Dorn im Auge. Wenn hierzulande mehr verflüssigtes Erdgas aus den USA importieren müsste, würde sich die Bilanz zugunsten der USA verschieben. Die Preisschere zwischen günstigen Energiepreisen in den USA und höheren in Europa könnte noch weiter auseinandergehen. Im Tarifstreit zwischen den USA und der EU sind LNG-Importe aus den USA längst ein Verhandlungsposten geworden, wie das Treffen zwischen Trump und Juncker zeigte.

Auch Sanktionen sind zunehmend nicht nur politisches Instrument, sondern Teil der Innen- und Wirtschaftspolitik der USA. Angesichts der Krise um die Ukraine hatten die USA und die EU 2015 Sanktionen in Absprache und im Gleichklang verhängt und dabei die künftige Förderung russischer Kohlenwasserstoffe in den Blick genommen. Die Dynamik in Washington hat sich davon längst abgekoppelt. Der *Countering America's Anniversaries Through Sanctions Act* (CAATSA) vom August 2017 nimmt auch Gaspipelines in den Blick. Die für Europa wichtige Sektion 232 über Pipelineprojekte ist sehr umfassend geraten. Nord Stream 2 steht dabei besonders im Fokus. Der Kongress hat erst nach massiver Lobbyarbeit der Europäer nachträglich einen Passus eingefügt, der Koordination des Präsidenten mit Verbündeten ermöglicht. Wer Verbündete in welchem Kontext sind, wird aber künftig vielleicht neu und selektiv definiert. Auch wenn bisher in Spezifizierungen eine *grandfathering Klausel* rückwirkende Sanktionen verhindert, dreht sich in Washington das Rad weiter und eine Reihe neuer Sanktionen gegen Russland kursieren im Kongress. Immer deutlicher geraten Sanktionen als ein Instrument in den Fokus, um russische Gasexporte zu restringieren.

So drohen Kollateralschäden nicht nur für europäische Wirtschaftsinteressen, sondern auch für die Energieversorgung der EU. Die Grauzone für Energiegeschäfte mit Russland wird in jedem Fall größer und schränkt insbesondere europäische Firmen massiv ein. In die Lücke sind längt staatliche Firmen aus China und Indien getreten, was mittelfristig heißt, dass europäische Firmen an Geschäftsmöglichkeiten verlieren. Sie aber sind das Rückgrat der europäischen Gasversorgung. Ihre wirtschaftliche Position ist aber durch neue Gesetzesvorschläge oder die Ausweitung von CAATSA massiv gefährdet. Im Ergebnis trifft die US-Politik Europas Versorgungssicherheit empfindlich. Während die USA Souveränität ausbauen, werden Spielräume in Europa eingeschränkt.

FAZIT – ABSCHIED VON DER LIBERALEN ILLUSION

Deutschland in der EU steht vor einem Dilemma. Die Verwerfungen auf den Energiemärkten sind auch Ausdruck zunehmender strategischer Konkurrenzen und Rivalitäten. Deutschland und die EU drohen zwischen Russland und USA aufgerieben zu werden. Dabei treibt nicht nur Russland, sondern auch die US-amerikanische Politik einen Spaltkeil in die EU und vertieft damit bestehende Trennlinien. Nord Stream 2 konzentriert zu viel Aufmerksamkeit, denn weder mit ihrem Bau oder dem Baustopp würden die sicherheitspolitischen Probleme gelöst.

Nostalgie hilft weder im Verhältnis mit Russland noch den USA weiter und ist ein schlechter Ratgeber. Russland bleibt ein schwieriger Partner, die USA werden es zusehends. Eine sanfte Rückkehr zum *business as usual* ist unwahrscheinlich. Wir erleben die Zeitenwende nicht nur auf den Energiemärkten, sondern auch global in der liberalen Welthandels- und internationalen Ordnung. Energiehandel- und Zusammenarbeit sind ein Wert an sich, vor allem in schwierigen Zeiten. Entscheidend ist der Zusammenhalt in der EU: Energie-Souveränität Europas und die Schaffung der Energie-Union sind zwei Seiten einer Medaille.

LITERATUR

Henderson, J. und J. Sharples (2018), »Gazprom in Europe – two ›Anni Mirabiles‹ – but can it continue?«, Oxford Institute for Energy Studies, Oxford Energy Insight, 29, März.

Lang, K.-O. und K. Westphal (2016), *Nord Stream 2 – Versuch einer politischen und wirtschaftlichen Einordnung,* SWP-Studie, Berlin..

Lohmann, H. (2018), »Thema des Monats: Nord Stream 2 und russisches Gas«, *energate/Gasmarkt* (7), 6–10.

Sharples, J. (2018), »Ukrainian Gas Transit: Still Vital for Russian Gas Supplies to Europe as Other Routes Reach Full Capacity«, Oxford Institute for Energy Studies, Oxford Energy Comment, Mai.

*Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Elisabeth Grewenig, Sarah Kersten und Katharina Werner**

Was denken die Deutschen zu Geschlechterthemen und Gleichstellung in der Bildung?

Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2018

Die #MeToo-Debatte hat Geschlechterthemen verstärkt in die öffentliche Aufmerksamkeit gebracht. Die Grundlagen für die Einstellungen zu Geschlechterthemen und Gleichstellung werden im Kindes- und Jugendalter gelegt. Damit sind Geschlechterdifferenzen auch im Bildungssystem zentrale Themen. Das ifo Bildungsbarometer 2018, unsere jährliche repräsentative Meinungsumfrage von über 4 000 Erwachsenen in Deutschland, hat die Meinung der Deutschen zu diesem Themenfeld erhoben. Die große Mehrheit der Deutschen – 74% der Frauen und 66% der Männer – findet es positiv, dass eine öffentliche Debatte über sexuelle Belästigung geführt wird. Dabei sehen 45% der Frauen und 30% der Männer sexuelle Belästigung in Deutschland als ernsthaftes Problem an. Drei-Viertel-Mehrheiten sind dafür, dass Themen wie Gleichstellung, Gewalt und Machtmissbrauch von Männern gegenüber Frauen und sexuelle Belästigung im Schulunterricht behandelt werden. Im Gegensatz zum Arbeitsmarkt, wo mehrheitlich von einer Bevorzugung von Männern ausgegangen wird, sehen deutliche Mehrheiten der Frauen und Männer an den Schulen und Universitäten generell keine geschlechtsspezifische Bevorzugung. Mehrheitlich sind die Deutschen dafür, dass Lehrkräfte in ihrer Aus- und Fortbildung lernen, wie sie bei ihrer Unterrichtsgestaltung besser auf Geschlechterunterschiede eingehen können. In Mathematik und Sprachen wird getrenntgeschlechtlicher Unterricht von deutlichen Mehrheiten abgelehnt, geteilter ist die Meinung in Sport. Für verpflichtende Geschlechterquoten bei Führungspositionen in Unternehmen finden sich sowohl bei Frauen als auch bei Männern relative, aber keine absoluten Mehrheiten. Für verpflichtende Geschlechterquoten in der Politik, bei Universitätsprofessuren und bei der Studienplatzvergabe gibt es bei Frauen ebenfalls deutliche relative (aber keine absoluten) Mehrheiten, hingegen nicht so sehr bei Männern. Sowohl Männer als auch Frauen sind mehrheitlich der Meinung, dass Mütter junger Kinder, nicht hingegen Väter, ihre Berufstätigkeit reduzieren sollten. Neben der Erwachsenenbefragung bietet das diesjährige ifo Bildungsbarometer die Besonderheit einer zusätzlichen repräsentativen Meinungsumfrage unter Jugendlichen, deren Ergebnisse im folgenden Artikel in diesem Heft berichtet werden.

Das *Time Magazine* hat die »Silence Breakers« – die Stimmen, die das Schweigen über sexuelles Fehlverhalten gebrochen haben – zur »Person des Jahres 2017« gewählt. Auch Bundeskanzlerin Merkel hat diese Entscheidung begrüßt und den Gewürdigten für ihren Mut gedankt. Der Hashtag #MeToo ist zum Symbol einer weltweiten Bewegung geworden, die gesellschaftliche Verhältnisse verändern will. Will man an der Wurzel gesellschaftlicher Einstellungen und akzeptierter Verhaltensweisen ansetzen, dann ist das Bildungssystem ein zentraler Ansatzpunkt für die #MeToo-Themen und Themen der Gleichstellung im weiteren Sinne. Um die Meinung der Deutschen zu diesen Themen zu erfassen, haben wir hierauf einen Schwerpunkt des diesjährigen ifo Bildungsbarometers gelegt.

DAS IFO BILDUNGSBAROMETER 2018

Das ifo Bildungsbarometer ist eine jährliche, repräsentative Meinungsumfrage unter der deutschen erwachsenen Bevölkerung, die in diesem Jahr zum fünften Mal der Frage nachgeht, was die Deutschen über bildungs-

* Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die finanzielle Unterstützung von Teilaspekten im Rahmen des Sonderforschungsbereichs Transregio 190, dem Wissenschaftlichen Beirat des ifo Bildungsbarometers – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Dorothea Kübler, Nele McElvany, Natalja Menold, Beatrice Rammstedt und Guido Schwerdt – und den KollegInnen im ifo Zentrum für Bildungsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen sowie Sabine Wolfert und Sabine Geiss von Kantar Public für die Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

Kasten 1

Methodik der Befragung

Die Befragung für das fünfte ifo Bildungsbarometer wurde vom 28. Mai bis 26. Juni 2018 durch Kantar Public Deutschland (zuvor TNS Infratest Sozialforschung) unter insgesamt 5 131 Personen durchgeführt. Darunter wurden 4 046 Personen als repräsentative Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren befragt und 1 085 als repräsentative Stichprobe von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren (vgl. Wößmann et al. 2018 für eine detaillierte Beschreibung der Methodik der Jugendlichenbefragung).

Eine ausführliche Analyse der Befragungsmodi mit den Daten des Vorjahres hat ergeben, dass ein repräsentatives Meinungsbild der deutschen Gesamtbevölkerung zu bildungspolitischen Themen durch eine reine Online-Befragung erhoben werden kann (vgl. Kasten 2 für Details). Auf dieser Basis erfolgte die Stichprobenziehung der diesjährigen Befragung ausschließlich mit Hilfe eines Online-Fragebogens in einem Online-Panel. Zur Sicherstellung der Repräsentativität der Ergebnisse für die deutsche Bevölkerung wurden die Beobachtungen entsprechend gewichtet. Die Gewichtung erfolgte anhand der amtlichen Statistik nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss, Gemeindegrößenklasse und Erwerbsstatus.

Wie sicher von den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung geschlossen werden kann, lässt sich anhand von statistischen Wahrscheinlichkeiten angeben. Aufgrund des vergleichsweise hohen Stichprobenumfangs in der vorliegenden Studie liegt der Fehlerbereich für Fragen, die der Grundstichprobe von über 4 000 Befragten gestellt wurden, nur zwischen 1 und 1,5 Prozentpunkten. Das bedeutet, wenn z.B. 50% der Befragten einer Frage zustimmen, liegt der wahre Wert der Zustimmung in der Gesamtbevölkerung mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 48,5% und 51,5%. Bei der Betrachtung von Teilgruppen mit geringeren Fallzahlen ist der Fehlerbereich etwas größer – beispielsweise 2–3 Prozentpunkte bei Fragen, die von einer zufälligen Teilgruppe von gut 1 000 Befragten beantwortet werden.

Personen, die zu einer Frage keine Angabe machen, werden in der vorliegenden Auswertung nicht berücksichtigt. Der Anteil der Personen ohne Angabe ist bei allen Meinungsfragen des ifo Bildungsbarometers sehr gering. Im Durchschnitt liegt er in der Erwachsenen-Stichprobe zwischen 1% und 2%. Um die Ergebnisse übersichtlich zu präsentieren, werden die Antwortkategorien bei Zustimmungsfragen in den Abbildungen in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen«, »eher dagegen« und »sehr dagegen« aufgeführt. Die neutrale Kategorie »weder dafür noch dagegen« wurde im Fragebogen jedoch als letzte Antwortmöglichkeit der Liste präsentiert.

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte berichtet, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Aufgrund der Rundungen kann die Summe der berichteten Prozentanteile von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten gerundeten Werte abweichen.

politische Themen denken.[1] Der vorliegende Beitrag präsentiert die zentralen Befunde des ifo Bildungsbarometers 2018, das von Ende Mai bis Ende Juni dieses Jahres mehr als 4 000 Personen befragt hat. Die Stichprobe ist repräsentativ für die Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren (vgl. Kasten 1 für methodische Details). Neben einigen Themen aus den Vorjahren beinhaltet das ifo Bildungsbarmeter 2018 auch viele Fragen zu neuen Themengebieten und zeichnet somit ein breites bildungspolitisches Meinungsbild. Das ifo Bildungsbarometer ist Teil eines Forschungsprojekts zur politischen Ökonomie der Bildungspolitik, das der Frage nachgeht, inwieweit das Zusammenspiel politischer Kräfte mit öffentlichen Meinungen zu einer Diskrepanz zwischen politischem Bewusstsein und tatsächlichem Handeln im Bildungsbereich führt.

Um zu untersuchen, was die öffentliche Meinung zur Bildungspolitik beeinflusst, weist das ifo Bildungsbarometer an einigen Stellen die methodische Besonderheit sogenannter »Survey Experimente« auf. Im Rahmen dieser Experimente stellen wir jeweils einem zufällig ausgewählten Teil der Befragten bestimmte Informationen zur Verfügung, bevor sie dieselbe Frage beantworten wie der andere Teil der Befragten, der diese Informationen nicht erhalten hat. Durch die zufällige Aufteilung lässt sich so bestimmen, ob und in welchem Ausmaß sich die angegebene Meinung durch die Bereitstellung der Information verändert. Neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn sind Survey Experimente auch politisch interessant: Sie können politischen Akteuren aufzeigen, welche Informationen der Wählerschaft möglicherweise bereitgestellt werden müssten, um die öffentliche Akzeptanz von Bildungsreformen und damit die Chancen zur Umsetzung förderlicher Maßnahmen zu erhöhen.

In diesem Jahr wurde ein besonderer Schwerpunkt auf zwei Forschungsgegenstände gelegt. Erstens besteht inhaltlich ein besonderes Interesse an der Meinung der deutschen Bevölkerung zu Geschlechterthemen. Dazu widmet sich eine Reihe von Fragen Themen wie der #MeToo-Debatte, geschlechterspezifischer Ungleichbehandlung und bildungspolitischen

[1] Die Ergebnisse der bisherigen ifo Bildungsbarometer sind in Wößmann et al. (2014; 2015; 2016a; 2016b; 2017) sowie unter www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer zu finden.

Kasten 2

Zur Repräsentativität der Online-Befragung

Eine methodische Neuerung des ifo Bildungsbarometers 2018 besteht darin, dass die Ergebnisse auf einer reinen Online-Befragung beruhen. Während die Stichproben der vorherigen Befragungen jeweils in zwei Teilen gezogen wurden – einer Online-Befragung von Personen, die das Internet regelmäßig nutzen (»Onliner«), und einer persönlichen Befragung zu Hause von Personen, die das Internet weder beruflich noch privat nutzen (»Offliner«) –, wurde in diesem Jahr auf persönliche Befragungen von Offlinern verzichtet. Hintergrund dieses Schrittes ist der stetig sinkende Offliner-Anteil in der deutschen Bevölkerung: Während dieser Anteil im ifo Bildungsbarometer 2014 noch bei 22% lag, sank er bis 2017 auf 17%.

Um diesen Wechsel des Befragungsmodus vorzubereiten, hatten wir die Stichprobe des ifo Bildungsbarometers 2017 um eine dritte Gruppe erweitert: Zusätzlich zu (1) 3 699 online befragten Onlinern und (2) 382 persönlich befragten Offlinern wurden auch (3) 622 Onliner persönlich zu Hause befragt (vgl. Grewenig et al. 2018). Ein Vergleich der Antworten zwischen diesen drei Gruppen erlaubt Rückschlüsse auf die Bedeutung von Befragungsmodus (Online-Befragung oder persönliche Befragung) und grundlegenden Meinungsunterschieden zwischen Onlinern und Offlinern und damit darauf, ob eine reine Online-Befragung ein repräsentatives Meinungsbild der deutschen Gesamtbevölkerung liefern kann. Während der Vergleich der Antworten von Gruppe 1 und Gruppe 2 generelle Unterschiede nach Befragungsmodus aufzeigt, gibt der Vergleich zu Gruppe 3 Aufschluss darüber, worauf diese Unterschiede zurückzuführen sind. So würden Unterschiede im Antwortverhalten zwischen Gruppe 1 und 3 darauf hindeuten, dass der Befragungsmodus eine wichtige Rolle spielt. Unterschiede zwischen Gruppe 2 und 3 würden hingegen eher nahelegen, dass inhärente Unterschiede zwischen Onlinern und Offlinern für die Unterschiede verantwortlich sind.

In der Analyse der Ergebnisse finden wir durchaus Unterschiede zwischen online befragten Onlinern und persönlich befragten Offlinern (vgl. Grewenig et al. 2018 für Details): Das Antwortverhalten unterscheidet sich in 28% aller Fragen des ifo Bildungsbarometers 2017 signifikant voneinander. Diese Unterschiede sind allerdings in erster Linie auf Effekte des Befragungsmodus zurückzuführen und nicht auf inhärente Unterschiede zwischen den beiden Gruppen: Während sich das Antwortverhalten zwischen online und persönlich befragten Onlinern stark voneinander unterscheidet (Gruppen 1 und 3), verschwinden die Unterschiede zwischen persönlich befragten Onlinern und persönlich befragten Offlinern (Gruppen 2 und 3), sobald man für erhobene Charakteristika der Befragten kontrolliert.

Darauf aufbauend haben wir auch untersucht, ob anhand einer reinen Online-Befragung repräsentative Aussagen über die Gesamtbevölkerung (Onliner und Offliner) getroffen werden können. Unsere Ergebnisse zeigen, dass dies durch die Verwendung entsprechender Gewichte möglich ist: Die Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2017 unterscheiden sich nicht wesentlich bei einer Betrachtung der kombinierten Stichprobe aus online befragten Onlinern und persönlich befragten Offlinern einerseits und einer Betrachtung der reinen Onliner-Stichprobe andererseits, wenn die Beobachtungen der Onliner-Stichprobe nach den Charakteristika der Gesamtbevölkerung gewichtet werden. Aufgrund dieses Ergebnisses haben wir uns dazu entschlossen, die Befragung des ifo Bildungsbarometers 2018 ausschließlich online durchzuführen.

Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter. Diese Ergebnisse werden im Folgenden berichtet.

Zweitens vergleichen wir die bildungspolitischen Meinungen der deutschen erwachsenen Gesamtbevölkerung mit denen von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren. Dazu hat das ifo Bildungsbarometer 2018 erstmals zusätzlich zur Grundstichprobe der Erwachsenen eine repräsentative Stichprobe von Jugendlichen befragt. Dieses Vorhaben stellte eine große Herausforderung dar, da Jugendliche ungleich schwerer für Befragungen zu gewinnen sind als Erwachsene. Schlussendlich konnten dennoch mehr als 1 000 Jugendliche befragt werden. Da eine Darstellung dieser Ergebnisse den Rahmen des vorliegenden Beitrags sprengen würde, wird über sie in einem separaten Beitrag ausführlich berichtet (vgl. Wößmann et al. 2018).

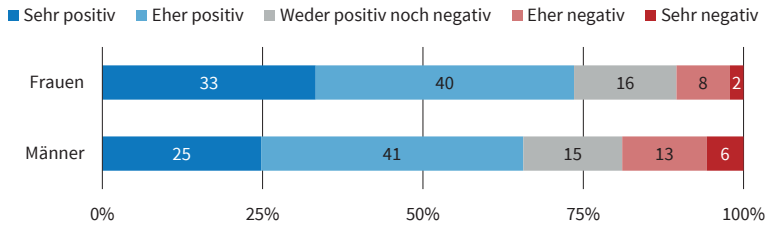
Das ifo Bildungsbarometer zeichnet sich durch ein positives Erkenntnisinteresse aus: Es geht darum aufzuzeigen, welche Meinungen die Deutschen haben und in welchen Bereichen und unter welchen Umständen sich politische Mehrheiten für oder gegen Bildungsreformen finden. Die Ergebnisse zeigen somit Bereiche auf, in denen politische Reformen auf öffentliche Akzeptanz treffen und somit leichter umsetzbar sein dürften. Normative Fragen, wie Bildungspolitik bestmöglich gestaltet werden sollte, um Bildungsergebnisse zu verbessern, werden hingegen bewusst nicht behandelt.

GESCHLECHTERDIFFERENZEN IM BILDUNGSSYSTEM

Im Zuge der aktuellen gesellschaftlichen Debatte werden Unterschiede zwischen Männern und Frauen in allen Lebensbereichen – sozial, wirtschaftlich und politisch – kritisch diskutiert. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei die Rolle von traditionellen Geschlechterstereotypen und gesellschaftlichen Normen, die auf viel-

Abb. 1

Was denken die Deutschen über die #MeToo-Debatte?
Mehrheit befürwortet Debatte über sexuelle Belästigung in Deutschland



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Die #MeToo-Bewegung hat eine öffentliche Debatte über sexuelle Belästigung angestoßen. Finden Sie es positiv oder negativ, dass eine öffentliche Debatte über sexuelle Belästigung geführt wird?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

fältige Weise die geschlechtsspezifische Chancengerechtigkeit beeinflussen können. Vor diesem Hintergrund kommt dem Bildungssystem eine besondere Rolle zu, da sich viele geschlechtsspezifische Unterschiede bereits im Kindes- und Jugendalter herausbilden. Studien zeigen, dass Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen bereits bei der Einschulung auftreten (vgl. Aktionsrat Bildung 2009). So werden Jungen zum Beispiel häufiger als Mädchen spät eingeschult. Über die Schulzeit bilden sich dann deutliche Unterschiede in verschiedenen schulischen Kompetenzen von Mädchen und Jungen heraus.

In der deutschen Bildungsdebatte ist die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung von geschlechterspezifischen Unterschieden im Bildungserfolg spätestens seit den 1970er Jahren Ziel bildungspolitischer Reformen (vgl. Aktionsrat Bildung 2009). Für viele Beobachter sind die Vorfälle sexueller Belästigung, die die #MeToo-Debatte ausgelöst haben, ein Zeichen dafür, dass eine grundlegende Ungleichheit der Chancen zwischen den Geschlechtern weiterhin weit verbreitet ist.

Als öffentliche Meinungsbefragung beschäftigt sich das ifo Bildungsbarometer in diesem Jahr daher mit der Frage, wie die deutsche Bevölkerung zu Themen der geschlechterspezifischen Chancengleichheit steht. Dabei liegt der Fokus vor allem darauf, wie die Befragten geschlechtsspezifische Ungleichheit wahrnehmen. Gleichzeitig erfasst das ifo Bildungsbarometer 2018, inwieweit die deutsche Bevölkerung politische Maßnahmen unterstützt, die zur Verringerung von geschlechtsspezifischer Ungleichheit beitragen könnten.

Im Folgenden berichten wir zunächst über die Meinung der Deutschen zur #MeToo-Debatte und ob sie denken, dass ihre Themen im Bildungssystem behandelt werden sollten. Danach wenden wir uns den Meinungen der Deutschen zum Ausmaß geschlechtsspezifischer Bevorzugung zu. Im Anschluss daran geht es um Meinungen zu verschiedenen Maßnahmen zur Gleichstellung im Bildungssystem und in der Berufswelt. Abschließend berichten wir kurz über Meinungen zu einigen weiteren aktuellen Bildungsthemen.

DIE #METOO-DEBATTE UND DAS BILDUNGSSYSTEM

Wir beginnen mit der Meinung der Deutschen zu den Themen der #MeToo-Debatte insgesamt und darüber, inwieweit Themen der Gleichstellung, sexuellen Belästigung und sexuellen Aufklärung im Unterricht behandelt werden sollten.

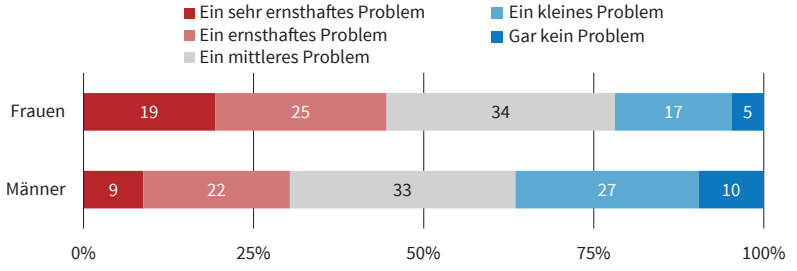
Was denken die Deutschen über die #MeToo-Debatte?

Um die allgemeine Meinung der Deutschen zur #MeToo-Debatte zu erfahren, haben wir zunächst gefragt, ob die Befragten es positiv oder negativ finden, dass durch die #MeToo-Bewegung eine öffentliche Debatte über sexuelle Belästigung angestoßen wurde. Wie sich zeigt, finden 74% der weiblichen und 66% der männlichen Befragten es positiv oder sehr positiv, dass eine Debatte über sexuelle Belästigung geführt wird (vgl. Abb. 1).

Entsprechend ist eine deutliche Mehrheit der Befragten der Meinung, dass sexuelle Belästigung in Deutschland ein Problem ist. 45% der Frauen und 30% der Männer halten es sogar für ein (sehr) ernsthaftes Problem (vgl. Abb. 2). 17% der Frauen und 27% der Männer halten sexuelle Belästigung in Deutschland hingegen eher für ein kleines Problem. Lediglich 5% der Frauen und 10% der Männer meinen, dass sexuelle Belästigung in Deutschland gar kein Problem ist.

Abb. 2

Halten die Deutschen sexuelle Belästigung für ein Problem?
Mehrheit hält sexuelle Belästigung in Deutschland für problematisch, vor allem Frauen

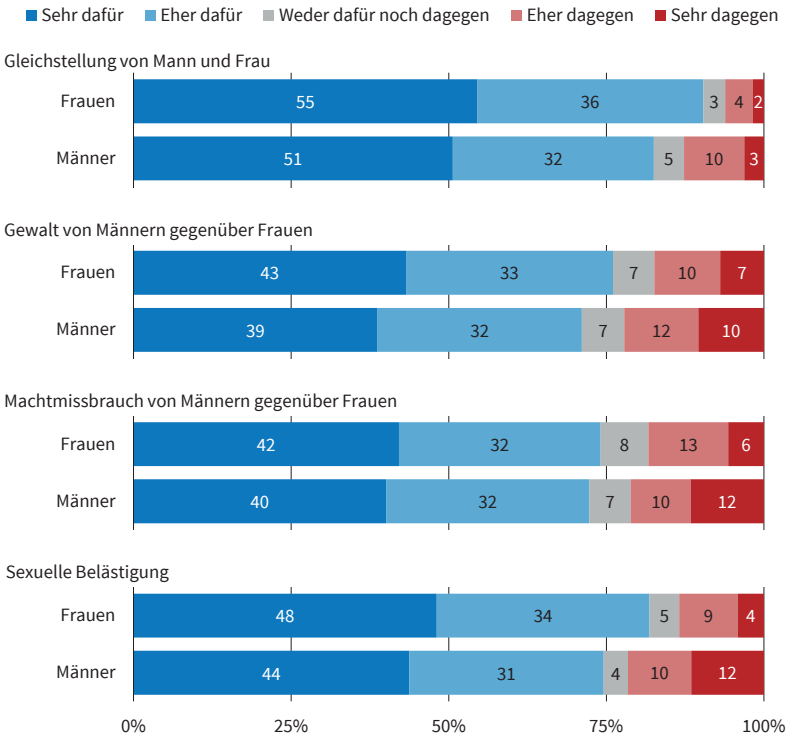


Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Die #MeToo-Bewegung hat eine öffentliche Debatte über sexuelle Belästigung angestoßen. Was meinen Sie, ist sexuelle Belästigung in Deutschland ein ernsthaftes Problem?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Abb. 3

Sollten geschlechtersensible Themen an Grundschulen behandelt werden?
Breite Mehrheit von Frauen und Männern dafür



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Sind Sie dafür oder dagegen, dass folgende gesellschaftliche Themen im Unterricht an Grundschulen behandelt werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Sollten Themen der #MeToo-Debatte im Unterricht behandelt werden?

Während die öffentliche Diskussion zu #MeToo vor allem durch Vorfälle von sexueller Belästigung ausgelöst wurde, werden in der aktuellen Debatte auch zugrunde liegende Geschlechterstereotype und existierende Machtstrukturen problematisiert. Eine kritische Beleuchtung solcher kultureller Faktoren findet breite Unterstützung in der deutschen Bevölkerung: Die überwältigende Mehrheit der befragten Frauen und Männer ist sehr oder eher dafür, dass die Gleichstellung von Mann und Frau, Gewalt von Männern gegenüber Frauen, Machtmissbrauch von Männern gegenüber Frauen im Unterricht an Grundschulen thematisiert werden sollte (vgl. Abb. 3).

Beispielsweise sprechen sich 82% der Frauen und 75% der Männer dafür aus, dass sexuelle Belästigung im Unterricht an Grundschulen behandelt werden sollte. Beim Thema Gleichstellung von Mann und Frau sind es sogar 90% der Frauen und 83% der Männer. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die Behandlung dieser Themen an weiterführenden Schulen (hier nicht dargestellt). Insgesamt gibt es also sowohl unter Frauen als auch unter Männern große Zustimmung zur Diskussion von geschlechtssensiblen Themen im schulischen Kontext.

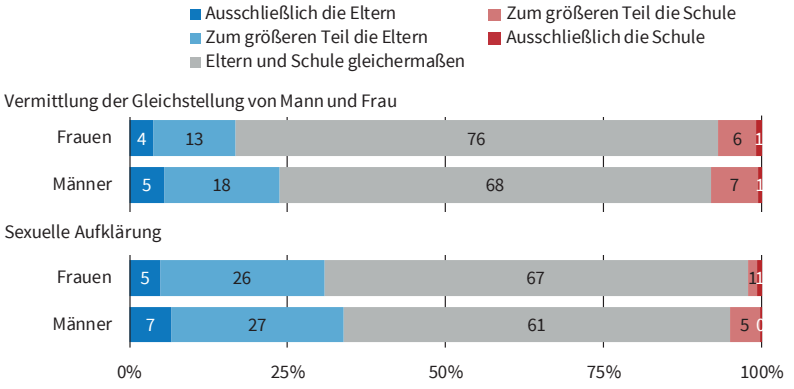
Gleichzeitig sehen die meisten Befragten aber auch die Eltern in der Pflicht: 76% der befragten Frauen und 68% der befragten Männer finden, dass Eltern und Schule gleichermaßen für die Vermittlung der Gleichstellung von Mann und Frau verantwortlich sein sollten (vgl. Abb. 4).

Sexuelle Aufklärung und Sexualkundeunterricht

Auch beim Thema sexuelle Aufklärung sehen die Deutschen mehrheitlich Eltern und Schulen gleichermaßen in der Pflicht. So sind 67% der Frauen und 61% der Männer der Meinung, dass beide, Schule und Eltern, für sexuelle Aufklärung zuständig sein sollten (vgl. Abb. 4). Während 31% der Frauen und 34% der Männer die Verantwortung eher bei den Eltern sehen, sind nur 2% bzw. 5% der Meinung, dass die Verantwortung zum größeren Teil bei den Schulen liegt.

Abb. 4

Wer sollte für die Vermittlung von Gleichstellung und sexueller Aufklärung verantwortlich sein?
Mehrheit der Deutschen sehen Eltern und Schulen gleichermaßen in der Verantwortung



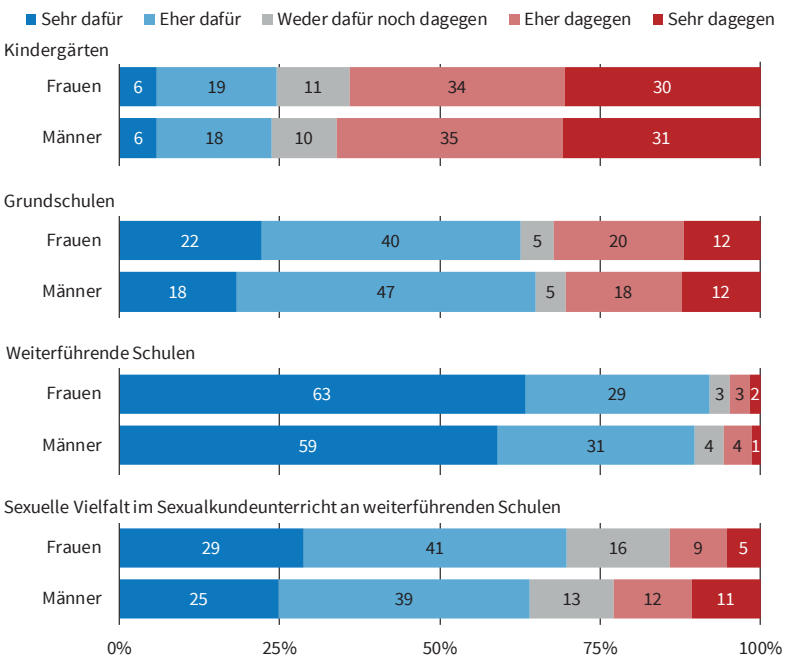
Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Es wird diskutiert, welche Aufgaben Schulen neben der Wissensvermittlung im Unterricht übernehmen sollen. Was meinen Sie, wer sollte für die folgenden Aufgaben verantwortlich sein?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Abb. 5

In welchen Bildungseinrichtungen sollte Sexualkundeunterricht stattfinden?
Breite Mehrheit für Sexualkundeunterricht ab der Grundschule und für Behandlung sexueller Vielfalt



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage):
Kindergärten Grundschulen Weiterführende Schulen Sind Sie dafür oder dagegen, dass in den folgenden Bildungseinrichtungen Sexualkundeunterricht stattfindet?
Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sexuelle Vielfalt im Sexualkundeunterricht an weiterführenden Schulen Sind Sie dafür oder dagegen, dass sexuelle Vielfalt (d.h. Hetero- und Homosexualität) als eigenständiges Thema im Sexualkundeunterricht an weiterführenden Schulen (z.B. Realschulen oder Gymnasien) behandelt wird?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Eine weitere Frage bei der Behandlung von geschlechtsspezifischen Themen in der Schule ist, ab wann Kinder und Jugendliche Sexualkundeunterricht erhalten sollten. Hier zeigt sich ein klares Präferenzbild in der deutschen Bevölkerung für Sexualkundeunterricht an Grund- und weiterführenden Schulen (vgl. Abb. 5). 63% der Frauen und 65% der Männer sind sehr oder eher dafür, dass Sexualkundeunterricht an Grundschulen stattfindet. Für Sexualkundeunterricht an weiterführenden Schulen sprechen sich sogar 92% der Frauen und 90% der Männer aus. Im Gegensatz dazu sind nur 25% der Frauen und 24% der Männer für Sexualkundeunterricht in Kindergärten, 64% der Frauen und 66% der Männer sprechen sehr oder eher dagegen aus.

Eine zum Teil kontrovers diskutierte Frage ist, inwieweit der Sexualkundeunterricht in der Schule verschiedene Lebensrealitäten abbilden sollte. Um zu erfahren, was die Befragten dazu meinen, wurden sie gefragt, ob der Sexualkundeunterricht an weiterführenden Schulen sexuelle Vielfalt thematisieren sollte. Sowohl unter den befragten Frauen als auch unter den Männern findet sich breite Zustimmung: 70% bzw. 64% sind dafür, nur 14% der Frauen und 23% der Männer sind sehr oder eher dagegen (vgl. Abb. 5). Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, dass die Deutschen der Behandlung von Themen rund um Sexualität in der Schule sehr offen gegenüberstehen.

MEINUNGEN ZU GESCHLECHTSSPEZIFISCHER BEVORZUGUNG

Neben den Themen der #MeToo-Debatte haben wir die TeilnehmerInnen des ifo Bildungsbarometers auch befragt, ob sie der Meinung sind, dass Frauen und Männer allgemein sowie Mädchen und Jungen in den Schulen bevorzugt werden.

Werden Frauen oder Männer allgemein bevorzugt?

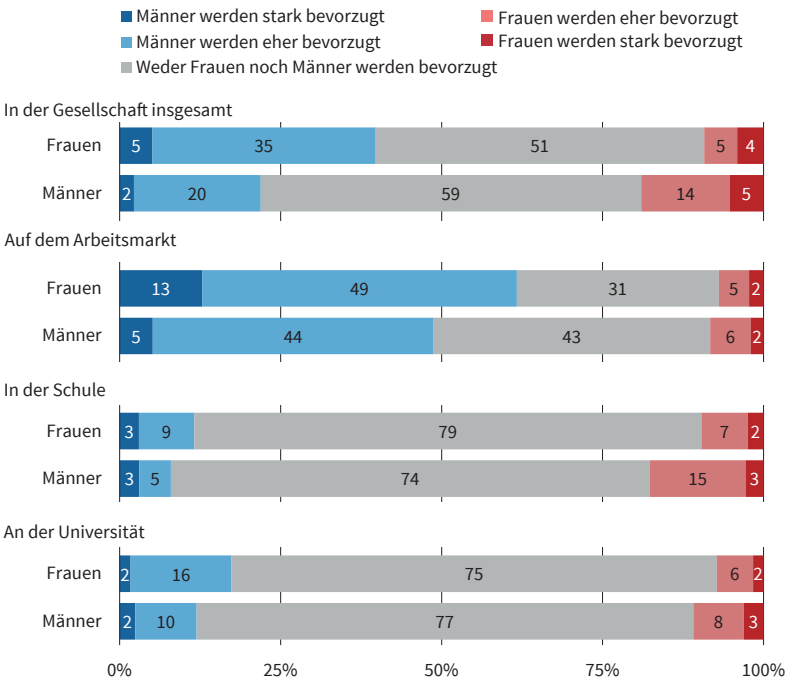
Die Forschung dokumentiert eine Vielzahl bildungs- und arbeitsmarktrelevanter Geschlechterunterschiede. Beispielsweise liegt im Hochschulbereich der Anteil weiblicher Studierender in vielen Ländern über dem Anteil männlicher Studierender (vgl. z.B. Goldin et al. 2006). Allerdings wählen Frauen andere Studienfächer als Männer: Der Frauenanteil ist vor allem in sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) deutlich geringer als der Anteil an Männern (vgl. z.B. Ceci et al. 2014). Auf dem Arbeitsmarkt erzielen Frauen in der Regel geringere Einkommen, und auch der Beschäftigungsanteil ist unter Frauen deutlich niedriger (vgl. z.B. OECD 2018).

Die Ursachen dieser Unterschiede in den Arbeitsmarktergebnissen zwischen Frauen und Männern sind vielfältig (vgl. z.B. Blau und Kahn 2017 für einen Überblick). Zum einen kann ein Teil der Lohnunterschiede auf Unterschiede in der Berufswahl zurückgeführt werden. Männer arbeiten häufiger in besser bezahlten Berufen etwa im technischen Bereich, während Frauen häufiger in schlechter bezahlten Berufen etwa im Pflege- oder administrativen Bereich tätig sind. Zudem bekleiden Männer häufiger Führungspositionen. Zum anderen kann auch geschlechterspezifische Diskriminierung ein Grund für den geringeren Arbeitsmarkterfolg von Frauen sein. So finden verschiedene Studien, dass Frauen bei gleichen Fähigkeiten und Leistungen weniger oft befördert werden (vgl. z.B. Blau und DeVaro 2007; Addison et al. 2014). Diskriminierungstendenzen kann es auch im Bildungsbereich geben. So zeigen etwa Lavy und Sand (2015) für Israel, dass LehrerInnen in ihrer Bewertung von Mathematikleistungen Jungen bevorzugen.

Vor diesem Hintergrund hat das diesjährige ifo Bildungsbarometer die Deutschen gefragt, ob ihrer Meinung nach Frauen/Mädchen oder Männer/

Abb. 6

Werden Frauen/Männer aufgrund ihres Geschlechts bevorzugt ?
Deutsche sehen Bevorzugung der Männer auf dem Arbeitsmarkt, jedoch nicht im Bildungssystem



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Was denken Sie, werden Frauen/Mädchen oder Männer/Jungen aufgrund ihres Geschlechts in folgenden Bereichen bevorzugt behandelt?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Jungen in verschiedenen Bereichen aufgrund ihres Geschlechts bevorzugt behandelt werden. Insgesamt denkt eine knappe Mehrheit der Frauen (51%) und der Männer (59%), dass in der Gesellschaft insgesamt keine geschlechterspezifische Bevorzugung stattfindet (vgl. Abb. 6). Allerdings sind 40% der Frauen und 22% der Männer der Meinung, dass Männer bevorzugt werden. Andererseits sind 9% der Frauen und 19% der Männer der Meinung, dass Frauen bevorzugt werden.

Das Meinungsbild ist deutlich anders, wenn es um Bevorzugung auf dem Arbeitsmarkt geht: Die Mehrheit der Frauen (62%) ist der Meinung, dass Männer auf dem Arbeitsmarkt (stark oder eher) bevorzugt werden. Fast die Hälfte der Männer (49%) sieht das genauso. Die oben beschriebene geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung am Arbeitsmarkt scheint vielen Deutschen also bewusst zu sein.

Werden Mädchen oder Jungen in der Schule bevorzugt?

Im Gegensatz zum Arbeitsmarkt denkt eine überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung (79% der Frauen und 74% der Männer), dass in der Schule kein Geschlecht bevorzugt behandelt wird (vgl. Abb. 6). Auch an den Universitäten findet nach Meinung der meisten Deutschen (75% der Frauen und 77% der Männer) keine geschlechterspezifische Bevorzugung statt.

Um die Meinungen zur Ungleichbehandlung im Schulsystem genauer zu beleuchten, haben wir die TeilnehmerInnen auch gefragt, ob Lehrkräfte ihrer Meinung nach Mädchen oder Jungen in verschiedenen Unterrichtsfächern – Mathematik, Sprachen und Sport – bevorzugt behandeln. Sowohl unter den befragten Frauen als auch unter den Männern sind große Mehrheiten der Meinung, dass keine derartige Bevorzugung stattfindet, weder an Grundschulen (vgl. Abb. 7) noch an weiterführenden Schulen (hier nicht dargestellt). Unter den befragten Frauen finden 68% (67%), dass weder Mädchen noch Jungen im Mathematikunterricht an Grundschulen (weiterführenden Schulen) bevorzugt behandelt werden. Nur 7% (7%) bzw. 25% (25%) denken, dass Mädchen bzw. Jungen bevorzugt werden. Unter den Männern sehen 67% (73%) keine Ungleichbehandlung in Mathematik, während 20% (15%) bzw. 13% (13%) glauben, Mädchen bzw. Jungen werden bevorzugt.

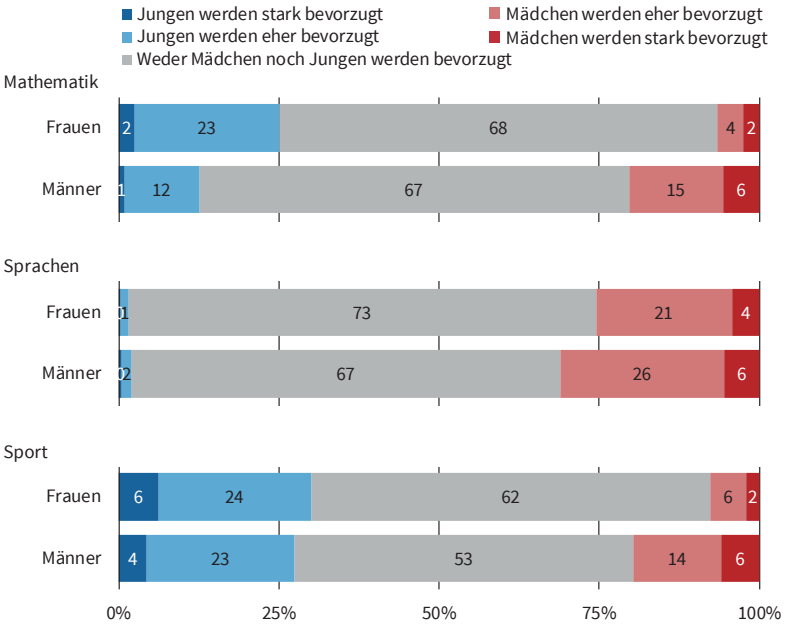
Für den Sprachunterricht sehen 73% (72%) der Frauen und 67% (73%) der Männer keine Bevorzugung eines bestimmten Geschlechts. Während unter den befragten Frauen bzw. Männern nur jeweils 2% (3% bzw. 2%) glauben, Jungen werden im Sprachunterricht bevorzugt behandelt, sagen immerhin 26% (26%) der Frauen und sogar 31% (23%) der Männer, Mädchen würden bevorzugt. Insgesamt scheinen die Deutschen es aber nicht mit einer Ungleichbehandlung der Lehrkräfte in Verbindung zu bringen, dass Mädchen in der Regel besser in Sprachen sind und Jungen besser in Mathematik (vgl. z.B. Aktionsrat Bildung 2009).

Leicht anders fällt die Meinung zur Gleichbehandlung im Sportunterricht aus. Zwar sehen auch hier Mehrheiten – 62% (63%) der Frauen und 53% (58%) der Männer – keine Bevorzugung. Allerdings meinen 30% (30%) der Frauen und 27% (27%) der Männer, dass Jungen im Sportunterricht bevorzugt werden. Während nur 8% (7%) der Frauen meinen, dass Mädchen im Sportunterricht bevorzugt werden, sind unter den Männern immerhin 20% (16%) dieser Meinung.[2]

[2] Um herauszufinden, ob die wahrgenommene Ungleichbehandlung in verschiedenen Unterrichtsfächern vom Geschlecht der Lehrperson abhängt, wurde eine zufällig ausgewählte Hälfte der TeilnehmerInnen gefragt, ob männliche Lehrkräfte ihrer Meinung nach Mädchen oder Jungen aufgrund ihres Geschlechtes bevorzugt behandeln. Der anderen Hälfte der Befragten wurde dieselbe Frage zur Ungleichbehandlung durch weibliche Lehrkräfte gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht signifikant zwischen diesen beiden Versionen unterscheidet, wurden diese in Abb. 7 zusammengefasst.

Abb. 7

Werden GrundschülerInnen aufgrund ihres Geschlechts im Unterricht bevorzugt?
Mehrheit der Deutschen denkt, dass weder Mädchen noch Jungen bevorzugt behandelt werden



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage: [a)]
Was glauben Sie, werden Mädchen oder Jungen an Grundschulen aufgrund ihres Geschlechtes von [männlichen] [weiblichen] Lehrkräften in folgenden Fächern bevorzugt behandelt?
[a)] Die Abbildung stellt die zusammengefassten Ergebnisse von zwei an getrennte Teilgruppen gestellte Fragen dar. Da sich das Antwortverhalten beider Teilgruppen statistisch nicht nach männlichen und weiblichen Lehrkräften unterscheidet, werden die Ergebnisse hier zusammen dargestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

BILDUNGSPOLITISCHE MASSNAHMEN ZUR GLEICHSTELLUNG

Als nächstes haben wir die TeilnehmerInnen des ifo Bildungsbarometers befragt, was sie von verschiedenen Maßnahmen halten, die die Gleichstellung der Geschlechter im Bildungssystem beeinflussen könnten.

Behandlung von Geschlechterunterschieden an Kindergärten und im Schulunterricht

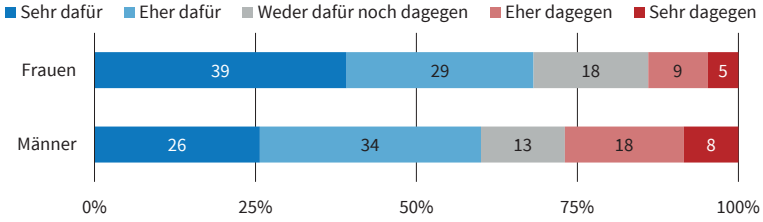
Als erstes beschäftigen wir uns mit geschlechterneutraler Erziehung im Kindergarten. Um die Meinung der Befragten zu diesem Thema zu messen, haben wir mit folgender Einleitung in die Frage begonnen: »In manchen Kindergärten wird darauf geachtet, keine geschlechtsspezifischen Rollenbilder zu vermitteln. Sie verwenden zum Beispiel Bücher, in denen Frauen und Männer gleichermaßen dieselben Hausarbeiten verrichten.« Dann haben wir danach gefragt, ob Kindergärten in Deutschland darauf achten sollten, keine geschlechtsspezifischen Rollenbilder zu vermitteln. Unter den Deutschen finden sich breite Zustimmungsraten für geschlechterneutrale Kindergärten: 68% der Frauen und 60% der Männer sind (sehr oder eher) dafür, nur 14% bzw. 27% sind dagegen (vgl. Abb. 8). Die Befürwortung geschlechterneutraler Erziehung in Kindergärten ist unter Frauen also besonders deutlich ausgeprägt.

Eine Möglichkeit, um im Schulbereich einen sensiblen Umgang mit Geschlechterdifferenzen zu gewährleisten, sind entsprechende Aus- und Fortbildungen des Lehrpersonals. Gefragt danach, ob LehrerInnen in der Ausbildung lernen sollten, wie sie bei ihrer Unterrichtsgestaltung besser auf Geschlechterunterschiede eingehen können, sind Mehrheiten von 57% der Frauen und 60% der Männer sehr oder eher dafür (vgl. Abb. 9).

Auch für verpflichtende Fortbildungen zu diesem Thema finden sich bei beiden Geschlechtern solide Mehrheiten: 69% der Frauen und 71% Männer sind sehr oder eher dafür, dass LehrerInnen verpflichtet werden sollten, an jährlichen Fortbildungen teilzunehmen, in denen sie lernen, wie sie bei ihrer Unterrichtsgestaltung besser auf Geschlechterunterschiede eingehen können. Insgesamt zeigt sich also, dass die Deutschen dem Lehrpersonal eine wichtige Rolle in der geschlechtersensiblen Erziehung der Kinder beimessen.

Abb. 8

Sollten Kindergärten darauf achten, keine geschlechtsspezifischen Rollenbilder zu vermittlen?
Mehrheit für geschlechterneutrale Rollenbilder in Kindergärten



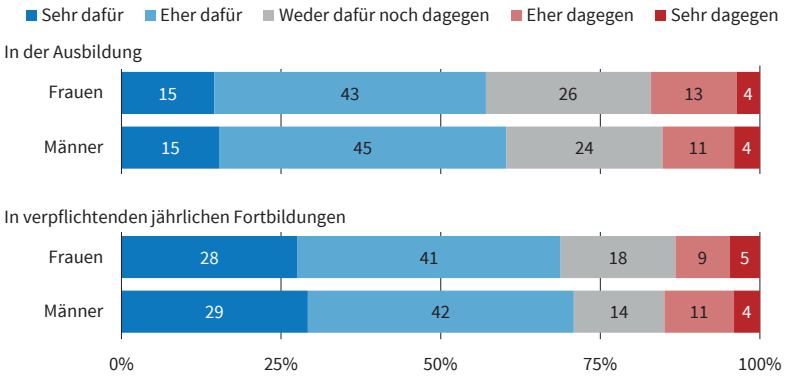
Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
In manchen Kindergärten wird darauf geachtet, keine geschlechtsspezifischen Rollenbilder zu vermitteln. Sie verwenden zum Beispiel Bücher, in denen Frauen und Männer gleichermaßen dieselben Hausarbeiten verrichten. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Kindergärten in Deutschland darauf achten, keine geschlechtsspezifischen Rollenbilder zu vermitteln?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Abb. 9

Sollten LehrerInnen lernen, wie sie im Unterricht besser auf Geschlechterunterschiede eingehen können?
Breite Mehrheit für derartige Aus- und Fortbildungen



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
In der Ausbildung Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer in der Ausbildung lernen, wie sie bei ihrer Unterrichtsgestaltung besser auf Geschlechterunterschiede eingehen können?
Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
In verpflichtenden jährlichen Fortbildungen Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verpflichtet werden, an jährlichen Fortbildungen teilzunehmen, in denen sie lernen, wie sie bei ihrer Unterrichtsgestaltung besser auf Geschlechterunterschiede eingehen können?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Was halten die Deutschen von getrenntgeschlechtlichen Schulen und Unterricht?

Die allermeisten Schulen in Deutschland sind heute gemischtgeschlechtlich, Jungen und Mädchen werden also gemeinsam unterrichtet. Ein Hauptargument für den gemischtgeschlechtlichen Unterricht ist die daraus resultierende Gleichbehandlung beider Geschlechter. Andererseits gibt es auch die Ansicht, dass Mädchen und Jungen bessere Entwicklungsmöglichkeiten haben könnten, wenn sie getrennt voneinander unterrichtet werden: Laut den Befürwortern monoedukativer Schulen soll der getrennte Unterricht zu mehr Selbstvertrauen und weniger Ablenkung unter den SchülerInnen führen.

Gefragt danach, ob die Anzahl getrenntgeschlechtlicher Grundschulen (also reiner Jungen- und Mädchenschulen) in Deutschland erhöht werden sollte, ist die überwältigende Mehrheiten der Befragten dagegen: 76% der Frauen und 73% der Männer sprechen sich sehr oder eher dagegen aus (vgl. Abb. 10). Die Ablehnung des Ausbaus gemischtgeschlechtlicher weiterführender Schulen ist mit 73% unter den Frauen und 72% unter den Männern fast genauso hoch.

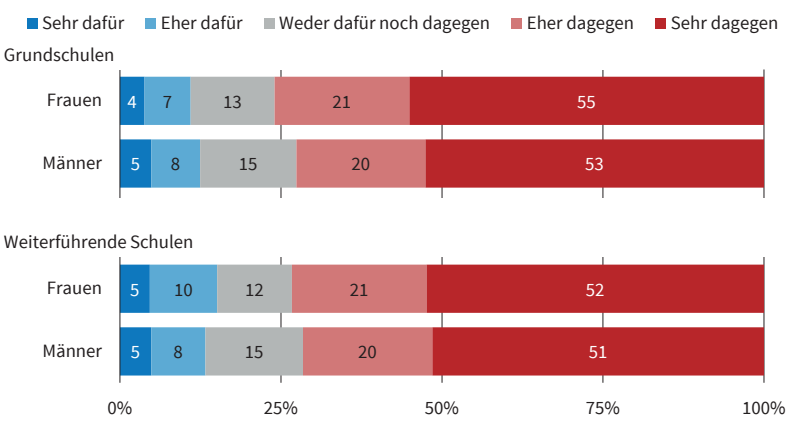
Eine zufällig ausgewählte Teilgruppe der Befragten hat bei der Beantwortung der Frage die zusätzliche Information erhalten, dass derzeit weniger als 2% der Schulen in Deutschland reine Mädchen- bzw. Jungenschulen sind (eigene Berechnungen). Diese Information erhöht die Ablehnungsraten für den Ausbau monoedukativer Grundschulen (weiterführender Schulen) sogar noch auf 78% (77%) unter Frauen und 80% (83%) unter Männern (hier nicht dargestellt).

Als weiteres Thema haben wir die Frage gestellt, ob an gemischtgeschlechtlichen Schulen Mädchen und Jungen in einigen Fächern getrennt voneinander unterrichtet werden sollten. Wiederum sind große Mehrheiten der Befragten gegen getrennten Unterricht in den Fächern Mathematik und Sprachen, also Deutsch und Fremdsprachen: 74% (76%) der befragten Männer und 73% (73%) der befragten Frauen sprechen sich gegen getrenntgeschlechtlichen Unterricht in Mathematik (Sprachen) an Grundschulen aus (vgl. Abb. 11). An weiterführenden Schulen sind 71% (72%) der Männer und 74% (74%) der Frauen gegen getrennten Unterricht in Mathematik (Sprachen) (hier nicht dargestellt).

Beim Sportunterricht ergibt sich ein deutlich gemischteres Bild. Mit 49% der Frauen und 52% der Männer fällt die Ablehnung von getrenntgeschlechtlichem Sportunterricht an Grundschulen deutlich geringer aus. An weiterführenden Schulen fallen die Ablehnungsraten mit 50% der Frauen und 53% der Männer ganz ähnlich aus. 40% (42%) der Frauen und 39% (35%) der Männer sind hingegen für getrenntgeschlechtlichen Sportunterricht in Grundschulen (weiterführenden

Abb. 10

Sollte die Anzahl reiner Jungen- und Mädchenschulen erhöht werden?
Starke Ablehnung gegen den Ausbau getrenntgeschlechtlicher Schulen

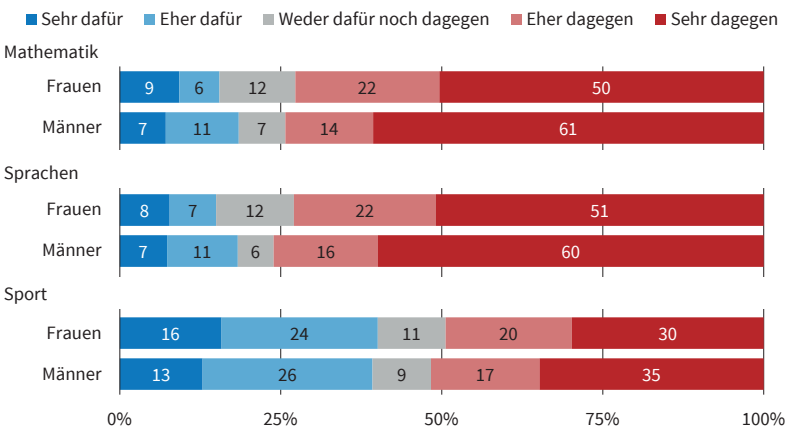


Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Anzahl getrenntgeschlechtlicher Schulen (also reiner Jungen- und Mädchenschulen) in Deutschland erhöht wird?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Abb. 11

Was denken die Deutschen über getrenntgeschlechtlichen Unterricht?
Mehrheit gegen getrennten Unterricht in Grundschulen, gemischtes Bild im Sportunterricht



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Die große Mehrheit der Schulen in Deutschland ist heute gemischtgeschlechtlich, d.h. Mädchen und Jungen werden gemeinsam unterrichtet. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Mädchen und Jungen an gemischtgeschlechtlichen Grundschulen in folgenden Fächern getrennt nach Jungen und Mädchen unterrichtet werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018. © ifo Institut

Schulen). Dass getrenntgeschlechtliche Schulen und Unterricht von den Deutschen insgesamt mehrheitlich abgelehnt werden, spiegelt die kontroverse wissenschaftliche Debatte zu den Auswirkungen monoedukativen Unterrichts auf Schülerleistungen wider (vgl. Halpern et al. 2011).

Förderinitiativen zur Gleichstellung

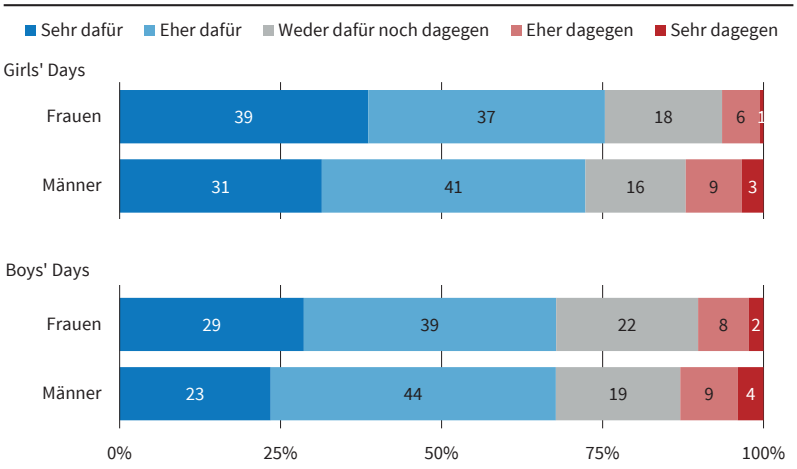
Um Mädchen bzw. Jungen bereits während der Schulzeit für geschlechteruntypische Berufe zu interessieren, wurden von der Bundesregierung zusammen mit verschiedenen Verbänden deutschlandweite Aktionstage ins Leben gerufen. Bei den sogenannten Girls' Days können Mädchen beispielsweise Einblicke in technische und naturwissenschaftliche Berufe gewinnen, während Jungen beim sogenannten Boys' Day z.B. in soziale Berufe reinschnuppern können. Der Großteil der Deutschen steht einer Ausweitung solcher Aktionstage auf alle Jugendliche positiv gegenüber: 72% der Männer und 75% der Frauen sprechen sich dafür aus, dass alle Mädchen an deutschlandweiten Aktionstagen teilnehmen, die Mädchen für Berufe interessieren sollen, in denen vorwiegend Männer arbeiten (vgl. Abb. 12). Auch die Zustimmung zur Durchführung eines Boys' Days ist sehr hoch: Jeweils 68% der Männer und Frauen sind dafür, dass alle Jungen an deutschlandweiten Aktionstagen teilnehmen, die Jungen für Berufe interessieren sollen, in denen vorwiegend Frauen arbeiten.

Eine weitere Initiative, um Schülerinnen für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu gewinnen, sind staatliche geförderte Stipendienprogramme. 70% der Frauen und 60% der Männer sind für den Ausbau staatlicher Stipendienprogramme für Frauen, die MINT-Fächer studieren (vgl. Abb. 13). Diese Anteile unterscheiden sich nicht signifikant von einer zufällig ausgewählten Teilgruppe, die vor Beantwortung der Frage darüber informiert wurde, dass der Frauenanteil an Studienanfängerinnen in MINT-Fächern an deutschen Hochschulen derzeit etwa 30% beträgt (Datenquelle: Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit, 2018).

An einigen Hochschulen gibt es technische Studiengänge, für die ausschließlich Frauen zugelassen werden. Dem Ausbau solcher Studienplatzangebote stehen die Deutschen geteilt gegenüber. 44% der Frauen und 30% der Männer sind für einen Ausbau dieser frauenspezifischen Studiengänge, wohingegen 32% der Frauen und 45% der Männer einen derartigen Ausbau ablehnen (vgl. Abb. 13). Ein Teil der

Abb. 12

Sollten alle Mädchen bzw. Jungen an bundesweiten Aktionstagen teilnehmen, die ihnen geschlechteruntypische Berufe näherbringen?
Breite Mehrheit für die Teilnahme an Girls' und Boys' Days



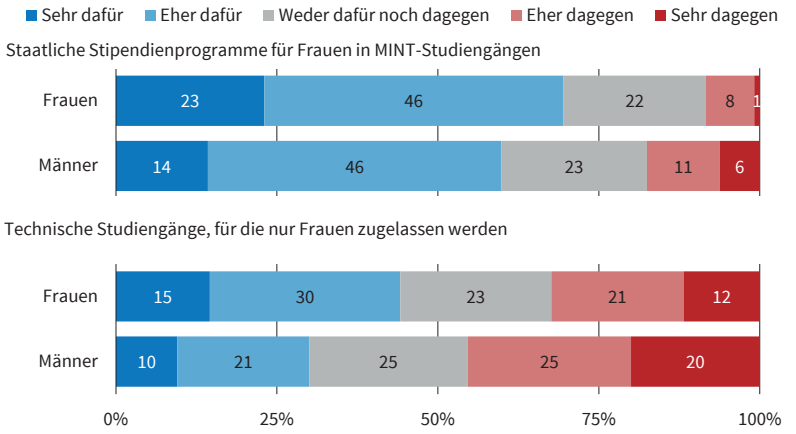
Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Girls' Days Sind Sie dafür oder dagegen, dass alle Mädchen an deutschlandweiten Aktionstagen teilnehmen, die Mädchen für Berufe interessieren sollen, in denen vorwiegend Männer arbeiten (z.B. technische oder naturwissenschaftliche Berufe)?
Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Boys' Days Sind Sie dafür oder dagegen, dass alle Jungen an deutschlandweiten Aktionstagen teilnehmen, die Jungen für Berufe interessieren sollen, in denen vorwiegend Frauen arbeiten (z.B. soziale Berufe)?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018. © ifo Institut

Abb. 13

Wie sollten Frauen in MINT-Studiengängen gefördert werden?

Breite Mehrheit für Ausbau staatlicher Stipendienprogramme, gemischte Meinung zu technischen Studiengängen nur für Frauen



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Staatliche Stipendienprogramme für Frauen in MINT-Studiengängen Sind Sie dafür oder dagegen, dass staatliche Stipendienprogramme für Frauen, die MINT-Fächer (also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) studieren, ausgebaut werden?
Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Technische Studiengänge, für die nur Frauen zugelassen werden An einigen Hochschulen gibt es technische Studiengänge, für die nur Frauen zugelassen werden. Sind Sie dafür oder dagegen, dass solche Studienangebote ausgebaut werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Befragten wurde vor der Beantwortung dieser Frage ebenfalls darüber informiert, dass der Frauenanteil an Studienanfängerinnen in MINT-Fächern an deutschen Hochschulen derzeit etwa 30% beträgt. Die Informationsgabe erhöht die Zustimmung unter den Befragten zwar leicht (unter Frauen auf 49%, unter Männern auf 41%), führt jedoch auch nicht zu klaren Mehrheiten für oder gegen diesen Reformvorschlag.

GLEICHSTELLUNG IN DER BERUFSWELT

Wie berichtet sehen die Deutschen eine Bevorzugung der Männer weniger im Bildungssystem als vielmehr auf dem Arbeitsmarkt. Da die Grundlagen für den Erfolg am Arbeitsmarkt im Bildungssystem gelegt werden, ist es aus Bildungssicht ebenfalls interessant, was die Deutschen zur Gleichstellung in der Berufswelt denken.

Sollten mehr Frauen in IT-Berufen und mehr Männer in Pflegeberufen arbeiten?

IT-Berufe (z.B. Informatik oder Programmierung) und Pflegeberufe sind zwei typische Beispiele für Berufsfelder, in denen jeweils ein Geschlecht besonders stark vertreten ist. So beträgt der Frauenanteil in IT-Berufen derzeit etwa 16%, wohingegen der Männeranteil in Pflegeberufen derzeit etwa 17% beträgt (eigene Berechnungen anhand der Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2015). Vor diesem Hintergrund haben wir die TeilnehmerInnen des ifo Bildungsbarometers gefragt, ob diese geschlechtstypischen Berufe ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis aufweisen sollten. Tatsächlich sind große Mehrheiten der Frauen und Männer der Meinung, dass der Frauenanteil in IT-Berufen und der Männeranteil in Pflegeberufen steigen sollten (vgl. Abb. 14). Dabei ist die Zustimmungsrate für mehr Frauen in IT-Berufen und mehr Männern in Pflegeberufen mit 81% bzw. 86% unter Frauen jeweils signifikant höher als unter Männern (71% bzw. 78%).

In einem nächsten Schritt wollten wir von den Befragten wissen, wo man aus ihrer Sicht am ehesten ansetzen müsste, wenn man die Geschlechterbilanz in diesen beiden Berufsfeldern verbessern wollte. Um den Frauenanteil in IT-Berufen zu erhöhen, denken große Mehrheiten der befragten Frauen und Männer (59% bzw. 58%), dass man sowohl beim Interesse der Frauen für diese Berufe als auch bei der Bereitschaft von Unternehmen, Frauen in IT-Berufen auszubilden, ansetzen müsste (vgl. Abb. 14). Auch auf die Frage, wie man den Männeranteil in Pflegeberufen erhöhen könnte, sagen Mehrheiten von 68% der Frauen und 54% der Männer, man müsste gleichermaßen beim Interesse von Männern, Pflegeberufe zu ergreifen, und bei der Bereitschaft von Unternehmen, Männer in Pflegeberufen auszubilden, ansetzen.

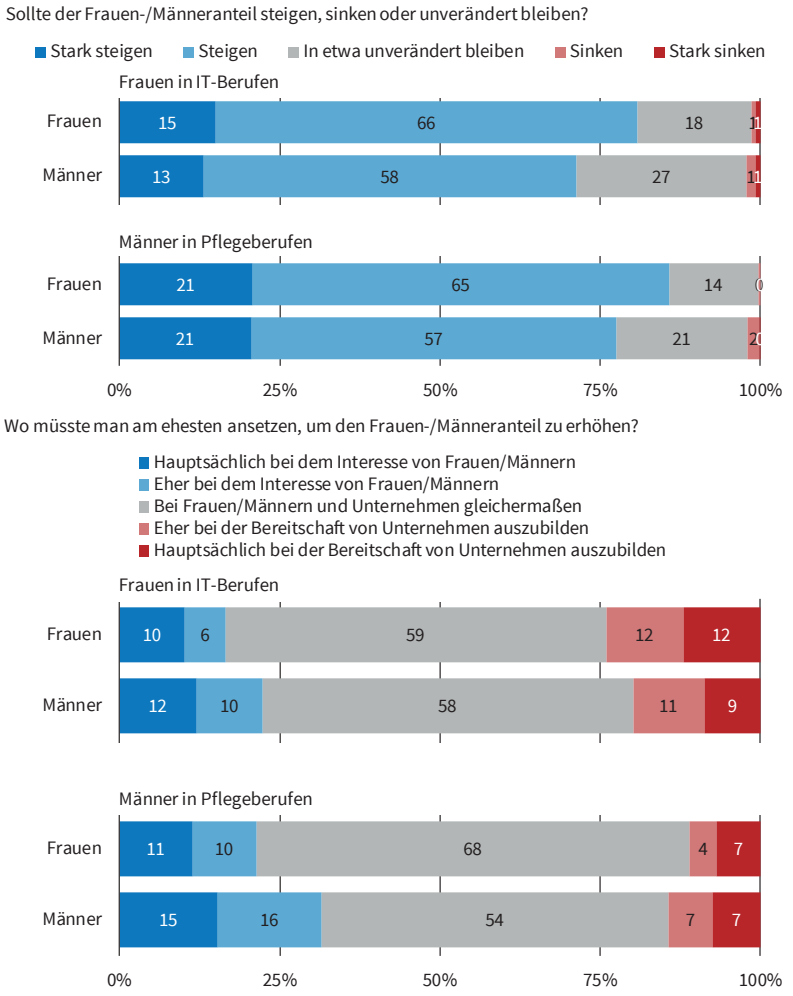
Was halten die Deutschen von Quotenregelungen?

Ein häufig diskutiertes Instrument, um den Anteil von Männern und Frauen in Führungspositionen anzugleichen, sind gesetzliche Quotenregelungen. So gibt es etwa in Deutschland seit 2016 eine gesetzlich festgelegte Frauenquote von 30% für Aufsichtsratsmitglieder börsennotierter Unternehmen. Im diesjährigen Bildungsbarometer haben wir die Deutschen danach gefragt, ob sie für oder gegen verpflichtende Geschlechterquoten in verschiedenen Bereichen sind.

Es zeigt sich, dass sich weder unter den befragten Frauen noch unter den Männern absolute Mehrheiten für oder gegen Geschlechterquoten finden, wobei die Zustimmung bei den Frauen jeweils höher ausfällt als bei den Männern. Relative Mehrheiten von 48% der Frauen und 47% der Männer sprechen sich für Quotenregelungen bei Führungspositionen in Unternehmen aus, 29% bzw. 40% sind dagegen (vgl. Abb. 15). Für Quoten in der Politik sprechen sich knapp 50% der Frauen und 42% der Männer aus, 25% bzw. 44% sind dagegen. Im Fall der Politik befürwortet also eine rela-

Abb. 14

Was denken die Deutschen über Frauen/Männer in geschlechtsuntypischen Berufen?
Breite Mehrheit für mehr Frauen in IT-Berufen und mehr Männer in Pflegeberufen



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sollte der Frauen-/Männeranteil steigen, sinken oder unverändert bleiben? Frauen in IT-Berufen In Deutschland beträgt der Frauenanteil in IT-Berufen (z.B. Informatik oder Programmierung) derzeit etwa 16 Prozent. Was meinen Sie, sollte der Frauenanteil in IT-Berufen steigen, sinken oder unverändert bleiben?
Männer in Pflegeberufen In Deutschland beträgt der Männeranteil in Pflegeberufen derzeit etwa 17 Prozent. Was meinen Sie, sollte der Männeranteil in Pflegeberufen steigen, sinken oder unverändert bleiben?
Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Wo müsste man am ehesten ansetzen, um den Frauen-/Männeranteil zu erhöhen? Frauen in IT-Berufen In Deutschland beträgt der Frauenanteil in IT-Berufen (z.B. Informatik oder Programmierung) derzeit etwa 16 Prozent. Wo müsste man aus Ihrer Sicht am ehesten ansetzen, wenn man den Frauenanteil in IT-Berufen erhöhen wollte?
Männer in Pflegeberufen In Deutschland beträgt der Männeranteil in Pflegeberufen derzeit etwa 17 Prozent. Wo müsste man aus Ihrer Sicht am ehesten ansetzen, wenn man den Männeranteil in Pflegeberufen erhöhen wollte?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

tive Mehrheit der Frauen eine Quotenregelung, eine relative Mehrheit der Männer lehnt sie hingegen ab.

Auch im Bildungsbereich fällt die Meinung zu Quotenregelungen eher gemischt aus. Bei der Besetzung von Universitätsprofessuren sprechen sich 47% der Frauen und 43% der Männer für Quoten aus, während 28% bzw. 41% dagegen sind. Bei der Frage nach Geschlechterquoten bei der Studienplatzvergabe sind die relativen Mehrheiten wieder unterschiedlich verteilt: 46% der Frauen sprechen sich dafür, 27% dagegen aus. Demgegenüber sprechen sich 40% der Männer dafür und 43% dagegen aus. Diese Ergebnisse zeigen, dass Quotenregelungen kein deutlich mehrheitsfähiges Politikinstrument sind, um die Geschlechteranteile in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen anzugleichen.

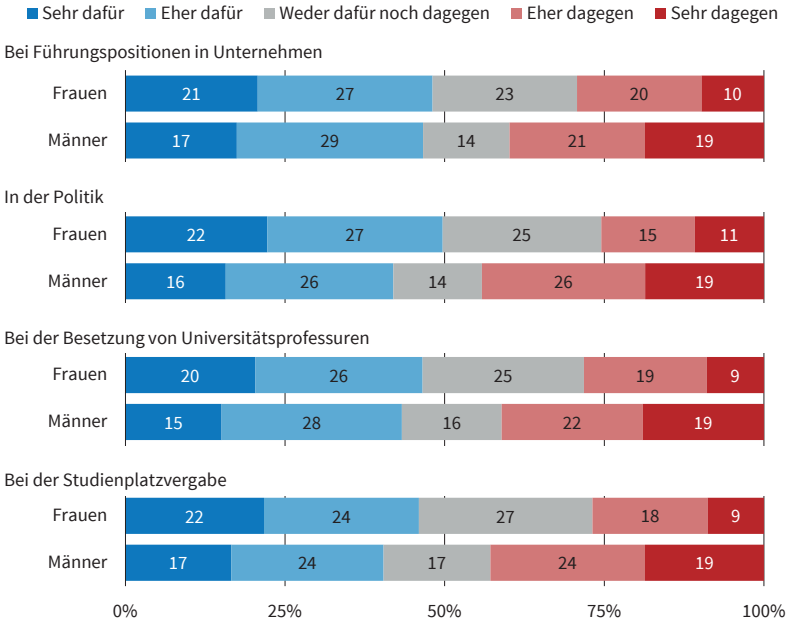
Sollten Mütter oder Väter junger Kinder ihre Berufstätigkeit reduzieren?

Ein wichtiger Faktor, der zu geschlechterspezifischen Unterschieden am Arbeitsmarkt beitragen kann, besteht darin, dass viele Mütter ihre Arbeitszeit reduzieren, solange ihre Kinder noch klein sind, während in der gleichen Situation verhältnismäßig wenige Väter ihre Arbeitszeit verringern. Das ifo Bildungsbarometer 2018 zeigt, dass diese Geschlechterunterschiede in der Arbeitsmarktbeteiligung als gesellschaftliche Norm in Deutschland verankert sind: Die Mehrheit der Deutschen ist der Meinung, dass Mütter, deren Kinder ein bis sechs Jahre alt sind, ihre Berufstätigkeit reduzieren sollten (vgl. Abb. 16). Diese Meinung vertreten Frauen (65%) und Männer (64%) gleichermaßen. Im Gegensatz dazu befürworten nur 37% der Frauen und 34% der Männer, dass Väter in der gleichen Situation ihre Berufstätigkeit reduzieren sollten. Dies wird von 46% der Frauen und 54% der Männer abgelehnt.

Eine zufällig ausgewählte Teilgruppe wurde vor Beantwortung der Frage darüber informiert, dass seit 2013 jedes Kind in Deutschland ab einem Alter von einem Jahr einen Rechtsanspruch auf einen öffentlich finanzierten Betreuungsplatz, z.B. in einer Kindertagesstätte, hat, um den Eltern den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. Diese Information verringert den Anteil der Frauen, die sich für eine Reduzierung der Berufstätigkeit von Müttern junger Kinder aussprechen, signifikant von 65% auf 56%. Bei den Männern verringert sich der entsprechende Anteil ebenfalls, allerdings nicht in signifikanter Weise. Auch ruft die Information keine signifikanten Änderungen in der Meinung der Befragten zur Reduktion der Berufstätigkeit von Vätern hervor. Gleichwohl deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Politikmaßnahmen wie der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplätze gesellschaftliche Geschlechternormen beeinflussen können.

Abb. 15

Was meinen die Deutschen zu verpflichtenden Geschlechterquoten?
Keine absoluten Mehrheiten für oder gegen Geschlechterquoten, Männer eher dagegen als Frauen

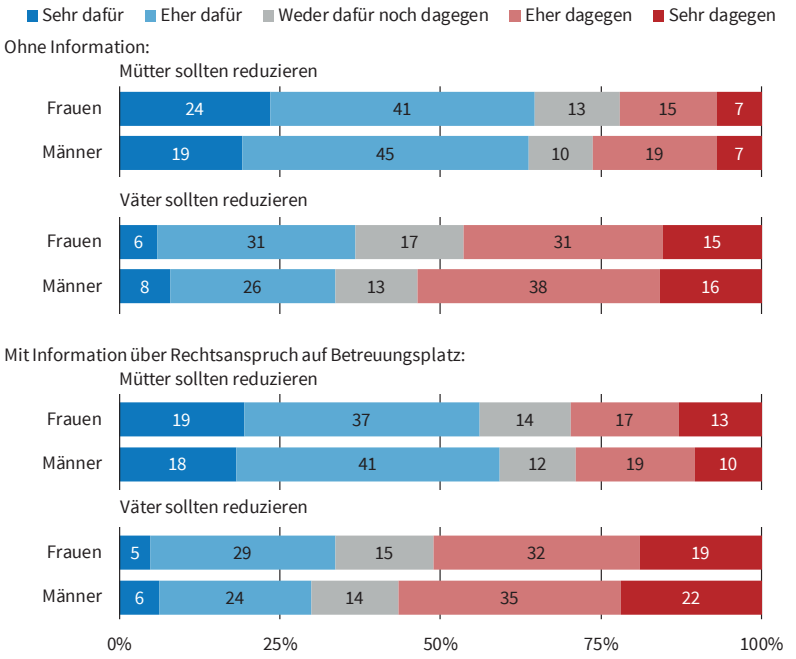


Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Es wird diskutiert, den Anteil von Männern und Frauen in Führungspositionen durch gesetzliche Quoten anzugleichen. Sind Sie für oder gegen verpflichtende Geschlechterquoten in folgenden Bereichen?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Abb. 16

Sollten Eltern von 1-6 Jährigen ihre Berufstätigkeit reduzieren?
Mehrheit der Deutschen meint, Mütter von Kleinkindern sollten ihre Berufstätigkeit reduzieren



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Ohne Information [Mit Information über Rechtsanspruch auf Betreuungsplatz] [Seit 2013 hat jedes Kind in Deutschland ab einem Alter von einem Jahr einen Rechtsanspruch auf einen öffentlich finanzierten Betreuungsplatz, z.B. in einer Kindertagesstätte, um den Eltern den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern.] Inwieweit stimmen Sie den folgenden beiden Aussagen zu? Mütter, deren Kinder 1 bis 6 Jahre alt sind, sollten ihre Berufstätigkeit reduzieren. Väter, deren Kinder 1 bis 6 Jahre alt sind, sollten ihre Berufstätigkeit reduzieren.
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Generell stehen die Deutschen einem verpflichtenden und gebührenfreien Kindergartenbesuch sehr aufgeschlossen gegenüber. Gefragt danach, ob Kinder ab dem Alter von vier Jahren verpflichtet werden sollten, in den Kindergarten zu gehen, sprechen sich 69% der Frauen und 62% der Männer dafür aus (vgl. Abb. 17). Die Zustimmungsrate für einen kostenfreien Kindergarten sind sogar noch höher: 81% der Frauen sind dafür, dass der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, damit alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können. Unter den Männern fällt die Zustimmung mit 89% sogar noch höher aus. Diese Ergebnisse bestätigen die Befunde der vorausgegangenen Befragungen des ifo Bildungsbarometers, in denen sich stets klare Mehrheiten für diese Politikmaßnahmen ausgesprochen haben (vgl. Wößmann et al. 2017).

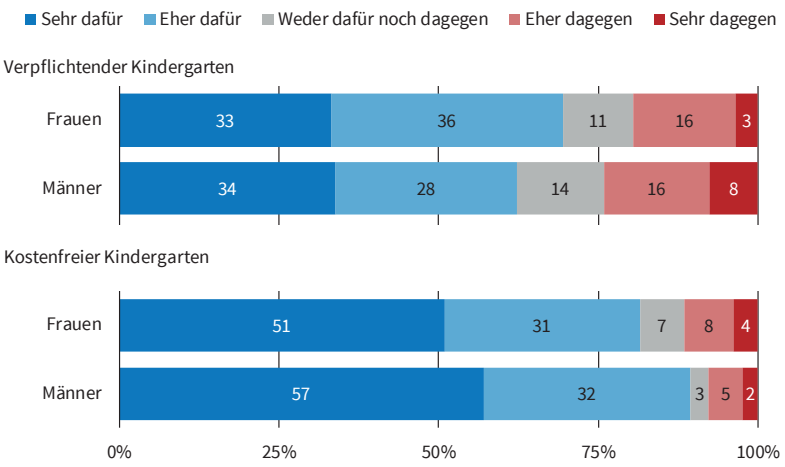
SONSTIGE AKTUELLE BILDUNGSTHEMEN

Obgleich der Schwerpunkt des ifo Bildungsbarometers in diesem Jahr auf Geschlechterthemen lag, haben wir die TeilnehmerInnen darüber hinaus über ihre Meinungen zu ausgewählten aktuellen Bildungsthemen befragt. Die Ergebnisse werden im folgenden Abschnitt berichtet. Zur Meinung zu einigen weiteren Bildungsthemen wurde neben den Erwachsenen auch eine Jugendlichen-Stichprobe befragt. Die Ergebnisse zu diesen weiteren Themen werden – auch für die Erwachsenen-Stichprobe – im folgenden Artikel in diesem Heft berichtet (Wößmann et al. 2018).

Im Grundschulbereich ist das »Schreiben nach Gehör« ein in den letzten Jahren besonders kontrovers diskutiertes pädagogisches Konzept. Die Methode sieht vor, dass Kindern das Schreiben zunächst ohne Rechtschreibregeln beigebracht wird, bevor sie dann später die exakten Regeln lernen.

Abb. 17

Was meinen die Deutschen zu Kindergartenpflicht und kostenfreien Kindergärten?
Mehrheit für verpflichtenden Kindergarten und Abschaffung von Kindergartengebühren

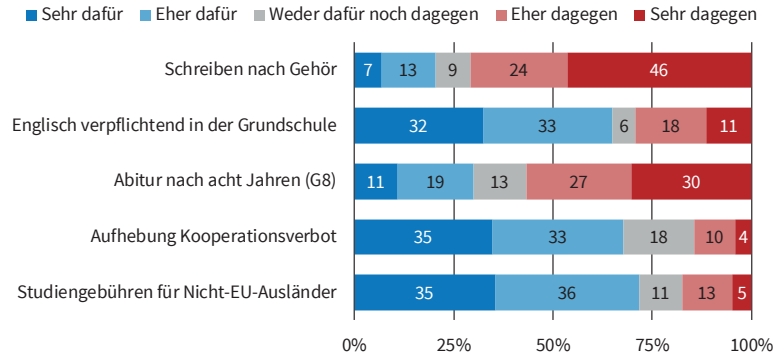


Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Verpflichtender Kindergarten Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder ab dem Alter von 4 Jahren verpflichtet sind, in den Kindergarten zu gehen?
Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Kostenfreier Kindergarten Wären Sie dafür oder dagegen, dass der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, damit alle Kinder ab dem Alter von 4 Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018. © ifo Institut

Abb. 18

Was meinen die Deutschen zu weiteren aktuellen Bildungsthemen?
Mehrheiten gegen Schreibenlernen nach Gehör und G8, aber für verpflichtendes Grundschul-Englisch, Aufhebung des Kooperationsverbots und Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Schreiben nach Gehör Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder in den ersten Grundschulklassen zunächst lernen, nach ihrem Gehör zu schreiben, bevor sie dann später die exakten Rechtschreibregeln lernen?
Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Englisch verpflichtend in der Grundschule Sind Sie dafür oder dagegen, dass an allen Grundschulen ab der ersten Klasse Englisch als eigenständiges Schulfach unterrichtet wird?
Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Abitur nach acht Jahren (G8) Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler ihr Abitur üblicherweise nach acht Jahren Gymnasium (G8) statt nach neun Jahren Gymnasium (G9) machen?
Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Aufhebung Kooperationsverbot Laut Grundgesetz ist Bildung in Deutschland Ländersache. Dem Bund sind bildungspolitische Initiativen sowie Finanzhilfen im Bildungsbereich untersagt. Diese oft als »Kooperationsverbot« bezeichnete Regelung wurde im letzten Jahr für den Hochschulbereich aufgehoben. Sind Sie dafür oder dagegen, dass das Kooperationsverbot auch im Schulbereich aufgehoben wird?
Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer Nun kommen wir zum Studium. Sind Sie dafür oder dagegen, dass ausländische Studierende, die nicht aus der EU kommen und an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018. © ifo Institut

Mit einer kürzlich veröffentlichten Studie des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), die vielen Grundschulkindern schlechte Lese- und Schreibekompetenzen attestiert hat (vgl. Stanat et al. 2017), ist die Debatte über das »Schreiben nach Gehör« neu aufgeflammt. Die Befragten im ifo Bildungsbarometer 2018 erteilen dem Konzept eine klare Absage: Fast drei Viertel (71%) der Befragten sind dagegen, dass Kinder in den ersten Grundschulklassen zunächst nach ihrem Gehör schreiben und erst später die exakten Rechtschreibregeln lernen, nur 20% sprechen sich dafür aus (vgl. Abb. 18).

Deutlich positiver sehen die Deutschen den Fremdsprachenunterricht an den Grundschulen: 65% sind dafür, dass an allen Grundschulen ab der ersten Klasse Englisch als eigenständiges Schulfach unterrichtet wird, 29% sind dagegen. Derzeit beginnt Fremdsprachenunterricht nur in Baden-Württemberg, Hamburg und Rheinland-Pfalz ab der ersten Klasse, die anderen Bundesländer starten erst später damit.

Ein weiteres kontrovers diskutiertes Bildungsthema ist die Dauer der Gymnasialzeit. Vor einiger Zeit wurde die Gymnasialzeit in den meisten Bundesländern von neun (G9) auf acht Jahre (G8) verkürzt. Mittlerweile planen jedoch die meisten Bundesländer, wieder zu G9 oder einer Mischform mit Wahlrecht zurückzukehren. Diese Rückkehr wird von der Mehrheit der Deutschen (57%) befürwortet, 30% sind für eine verkürzte Gymnasialzeit von acht Jahren. In den vergangenen Befragungen fiel die Ablehnung des G8 bereits ähnlich hoch aus (vgl. Wößmann et al. 2017).

Bildungspolitik ist in Deutschland föderalistisch organisiert. Das Grundgesetz sieht vor, dass inhaltliche Gestaltung und Finanzierung des Bildungssystems von den Bundesländern organisiert wird. Das sogenannte Kooperationsverbot verbietet dabei dem Bund bildungspolitische Initiativen sowie Finanzhilfen im Bildungsbereich. Während diese Regelung im letzten Jahr für den Hochschulbereich aufgehoben wurde, besteht sie im Schulbereich weiterhin. Eine Mehrheit der deutschen Wahl-

bevölkerung spricht sich auch im Schulbereich für eine Aufhebung des Verbotes aus: 68% sind für die Aufhebung, nur 14% sind dagegen. Im Vergleich zum ifo Bildungsbarometer 2015 ist die Ablehnung damit nochmals deutlich gestiegen: Damals sprach sich eine Mehrheit von 59% gegen das Kooperationsverbot aus (vgl. Wößmann et al. 2015).

Studiengebühren sind ein Dauerthema in der bildungspolitischen Debatte in Deutschland. Während die allgemeinen Studiengebühren seit 2014 in allen Bundesländern abgeschafft sind, wurde der Diskussion mit der kürzlichen Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer in Baden-Württemberg in Höhe von 1 500 Euro pro Semester ein neues Kapitel hinzugefügt.[3] Die Mehrheit der Deutschen befürwortet diese Reform: 72% sind dafür, dass Studierende, die nicht aus der EU kommen und an einer Universität in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen, nur 18% sind dagegen.

ZUSAMMENFASSUNG

Das diesjährige ifo Bildungsbarometer zeigt, dass Geschlechterthemen, die im Rahmen der #MeToo-Debatte in die öffentliche Aufmerksamkeit gerückt sind, auch im Bildungsbereich relevant sind. Dabei ist die Einstellung zur stärkeren Thematisierung von geschlechtersensiblen Problemen sehr positiv: Während ein knappes Viertel der Frauen und ein gutes Drittel der Männer sexuelle Belästigung in Deutschland nicht als Problem oder als kleines Problem ansehen, findet es die große Mehrheit gut, dass derzeit eine öffentliche Debatte über sexuelle Belästigung geführt wird. Ebenso gibt es große Zustimmung dafür, dass sexuelle Belästigung, Gewalt und Machtmissbrauch von Männern gegenüber Frauen und die Gleichstellung von Mann und Frau im schulischen Kontext behandelt werden.

Die Mehrheit der Deutschen ist der Meinung, dass Männer am Arbeitsmarkt bevorzugt werden. In der Schule und an der Universität sieht die Mehrheit der Deutschen hingegen keine Bevorzugung eines der beiden Geschlechter. Dennoch befürworten die Befragten den Vorschlag, dass Lehrkräfte lernen, wie sie bei ihrer Unterrichtsgestaltung besser auf Geschlechterunterschiede eingehen können. Genauso sind die Befragten mehrheitlich dafür, dass Mädchen und Jungen an deutschlandweiten Aktionstagen Berufe kennenlernen, die typischerweise jeweils mit dem anderen Geschlecht assoziiert werden, und dass es zusätzliche finanzielle Unterstützung für Frauen gibt, die ein technisches Fach studieren. Den Ausbau reiner Jungen- und Mädchenschulen lehnt dagegen die Mehrheit der Befragten ebenso ab wie getrennten Unterricht von Mädchen und Jungen in Mathematik und Sprachen. Lediglich in Sport könnte sich ein gewisser Anteil der Befragten getrennten Unterricht vorstellen.

Auf dem Arbeitsmarkt bestehen deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die große Mehrheit der Deutschen spricht sich dafür aus, dass der Anteil der Frauen in IT-Berufen und der Anteil der Männer in Pflegeberufen steigt. Weniger Zustimmung gibt es für Quoten, die die Verteilung von Männern und Frauen in Führungspositionen in Unternehmen, in der Politik, bei Universitätsprofessuren und bei der Studienplatzvergabe regeln. Bei der Betreuung junger Kinder halten die Deutschen an der traditionellen Rollenverteilung fest: Die Mehrheit der befragten Frauen und Männer findet, dass Mütter junger Kinder ihre Berufstätigkeit reduzieren sollten, nicht hingegen Väter.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse des diesjährigen ifo Bildungsbarometers, dass die Deutschen der Thematisierung von geschlechterrelevanten Fragen sehr offen gegenüberstehen. Dies gilt in besonderer Weise auch für die Behandlung geschlechtersensibler Themen in Grund- und weiterführenden Schulen, die einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen leisten können.

[3] Wie in den vorangegangenen Jahren hat das ifo Bildungsbarometer 2018 auch wieder die Meinung der Deutschen zu regulären und nachgelagerten allgemeinen Studiengebühren erfragt. Die Ergebnisse sind in Wößmann et al. (2018) dargestellt.

LITERATUR

Addison, J.T., O.D. Ozturk und S. Wang (2014), »The role of gender in promotion and pay over a career"«, *Journal of Human Capital* 8(3), 280–317.

Aktionsrat Bildung (2009), *Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem,* VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Blau, F.D. und J. DeVaro (2007), »New evidence on gender differences in promotion rates: An empirical analysis of a sample of new hires«, *Industrial Relations* 46(3), 511–550.

Blau, F.D. und L.M. Kahn (2017), »The gender wage gap: Extent, trends, and explanations«, *Journal of Economic Literature* 55(3), 789–865.

Ceci, S.J., D.K. Ginther, S. Kahn und W.M. Williams (2014), »Women in academic science: A changing landscape«, *Psychological Science in the Public Interest* 15(3), 75–141.

Goldin, C., L.F. Katz und I. Kuziemko (2006), »The homecoming of American college women: The reversal of the college gender gap«, *Journal of Economic Perspectives* 20(4), 133–156.

Grewenig, E., P. Lergetporer, L. Simon, K. Werner und L. Wößmann (2018), »Can online surveys represent the entire population?«, CESifo Working Paper im Erscheinen, CESifo, München.

Halpern, D.F., L. Eliot, R.S. Bigler, R.A. Fabes, L.D. Hanish, J. Hyde, L.S. Liben und C. Lynn Martin (2011), »The pseudoscience of single-sex schooling«, *Science* 333(6050), 1706–1707.

Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit (2018), »Nationaler Pakt für Frauen in MINT-Berufen«, verfügbar unter: https://www.komm-mach-mint.de/Service/Daten-Fakten/2016/Studienanfaengerinnen-und-Studienanfaenger-der-Faechergruppe-Mathematik-Naturwissenschaften-im-Studienjahr-2016.

Lavy, V. und E. Sand (2015). »On the origins of gender human capital gaps: Short and long term consequences of teachers' stereotypical biases«, NBER Working Paper No. 20909, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

OECD (2018), *OECD Employment Outlook 2018,* OECD Publishing, Paris.

Stanat, P., S. Schipolowski, C. Rjosk, S. Weirich und N. Haag (Hrsg.) (2017), *IQB-Bildungstrend 2016. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgansstufe im zweiten Ländervergleich,* Waxmann, Münster.

Wößmann, L., P. Lergetporer, E. Grewenig, S. Kersten und K. Werner (2018), »Denken Jugendliche anders über Bildungspolitik als Erwachsene?«, *ifo Schnelldienst* 71(17), 31–45.

Wößmann, L., P. Lergetporer, E. Grewenig, F. Kugler und K. Werner (2017), »Fürchten sich die Deutschen vor der Digitalisierung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2017«, *ifo Schnelldienst* 70(17), 17–38.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler, L. Oestreich und K. Werner (2015), »Deutsche sind zu grundlegenden Bildungsreformen bereit – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2015«, *ifo Schnelldienst* 68(17), 29–50.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2014), »Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers«, *ifo Schnelldienst* 67(18), 16–33.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2016a), »Denken Lehrkräfte anders über die Bildungspolitik als die Gesamtbevölkerung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2016«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 19–34.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2016b), »Bildungsmaßnahmen zur Integration der Flüchtlinge – Was die Deutschen befürworten«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 35–43.

*Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Elisabeth Grewenig, Sarah Kersten und Katharina Werner**

Denken Jugendliche anders über Bildungspolitik als Erwachsene?

Bisher hat das ifo Bildungsbarometer alljährlich die erwachsene Wahlbevölkerung befragt, welche Meinung sie zu bildungspolitischen Themen hat. In diesem Jahr haben wir zusätzlich auch Jugendliche als die aktuellen Nutzer des schulischen Bildungssystems zu ausgewählten Themen befragt. Bei dem Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Stichprobe von über 1 000 Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren mit der Erwachsenenstichprobe ergeben sich interessante Übereinstimmungen und Unterschiede darin, was Jugendliche und Erwachsene über die Bildungspolitik denken. Wie die Erwachsenen sind die Jugendlichen mehrheitlich für die Einführung von deutschlandweit einheitlichen Abschlussprüfungen, für deutschlandweit einheitliche Vergleichstests in verschiedenen Jahrgangsstufen, gegen die Abschaffung von Schulnoten und für Klassenwiederholungen bei schlechten Leistungen. Während 60% der Erwachsenen für Ganztagsschulen bis 15 Uhr sind, sind 64% der Jugendlichen dagegen. Im Gegensatz zu den Erwachsenen würden die Jugendlichen eher zusätzliche Lehrmittel anschaffen als Klassengrößen verkleinern. Wie die Erwachsenen sind die Jugendlichen mehrheitlich für die Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen in Grund- und weiterführenden Schulen. Sie können sich einen größeren Anteil der Unterrichtszeit zur selbständigen Arbeit am Computer vorstellen. Weit mehr als die Erwachsenen sind sie dafür, dass Schulen über digitale Kommunikationswege in Kontakt mit ihnen selbst treten – aber eher weniger beim Kontakt der Schulen mit den Eltern. Die große Mehrheit der Jugendlichen ist gegen geschlechtergetrennten Unterricht in Mathematik und Sprachen. Beim Sportunterricht ist die Meinung geteilter, mit einer leichten Mehrheit für geschlechtergetrennten Unterricht insbesondere unter den Mädchen. Deutliche Mehrheiten der Mädchen, aber auch der Jungen sind dafür, dass Themen wie Gleichstellung von Mann und Frau, Gewalt und Machtmissbrauch von Männern gegenüber Frauen und sexuelle Belästigung im Unterricht behandelt werden. Die Jugendlichen sind mehrheitlich gegen gewöhnliche Studiengebühren, aber nicht gegen nachgelagerte Studiengebühren.

Wie im vorangegangenen Artikel (Wößmann et al. 2018) beschrieben, hat das ifo Bildungsbarometer 2018 wiederum eine repräsentative Stichprobe der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland zu ihrer Meinung zu bildungspolitischen Themen befragt. Neben der Meinung der Gesamtbevölkerung liegt unser diesjähriger Fokus besonders auf der Meinung von Jugendlichen zu verschiedenen Bildungsthemen.

* Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die finanzielle Unterstützung von Teilaspekten im Rahmen des Sonderforschungsbereichs Transregio 190, dem Wissenschaftlichen Beirat des ifo Bildungsbarometers – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Dorothea Kübler, Nele McElvany, Natalja Menold, Beatrice Rammstedt und Guido Schwerdt – und den KollegInnen im ifo Zentrum für Bildungsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen sowie Sabine Wolfert und Sabine Geiss von Kantar Public für die Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

Aus bildungspolitischer Sicht sind die Jugendlichen von besonderem Interesse. Zum einen sind sie aktive TeilnehmerInnen im Bildungs- und Ausbildungssystem. Der Erfolg von Bildungspolitik bemisst sich also in erster Linie an ihren Auswirkungen auf die Bildungsleistungen und den weiteren Lebensverlauf der Jugendlichen. Inwieweit Jugendliche bildungspolitische Maßnahmen befürworten, dürfte dabei eine wichtige Rolle für deren Effektivität spielen. Zum anderen gestalten Jugendliche Bildungspolitik aktiv mit: Sie sind in Landesschülervertretungen organisiert, die die Interessen der SchülerInnen gegenüber dem jeweiligen Kultusministerium geltend machen, und nehmen durch das Engagement und Wahlverhalten ihrer Eltern indirekt Einfluss auf Bildungspolitik. Schließlich werden Jugendliche als zukünftige Wäh-

Kasten 1

Methodik der Jugendlichenbefragung

Um die Meinungen von Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren zu verschiedenen bildungspolitischen Themen darstellen zu können, wurde im Rahmen des ifo Bildungsbarometers 2018 vom 4. bis 26. Juni 2018 durch Kantar Public Deutschland (zuvor TNS Infratest Sozialforschung) die Befragung einer Jugendlichenstichprobe durchgeführt. Dabei wurden 1 085 Jugendliche befragt, die eine repräsentative Stichprobe der Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren darstellen. Die Stichprobenziehung erfolgte mit Hilfe eines Online-Fragebogens in einem Online-Panel. Zur Sicherstellung der Repräsentativität der Ergebnisse für deutsche Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren wurden die Beobachtungen entsprechend gewichtet. Die Gewichtung erfolgte anhand der amtlichen Statistik nach Alter, Geschlecht, Bundesland und Gemeindegrößenklasse. Um einen Vergleich mit der erwachsenen Bevölkerung zu ermöglichen, wurden zahlreiche Fragen identisch in der Erwachsenenstichprobe des ifo Bildungsbarometers gestellt, die mit gut 4 000 Personen eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren darstellt (vgl. Wößmann et al. 2018 für eine detaillierte Beschreibung der Methodik der Erwachsenenbefragung).

Da Jugendliche in Befragungspanels kaum vertreten sind, stellte die Ziehung einer ausreichenden Stichprobe von Jugendlichen eine große Herausforderung dar. Um die entsprechenden Beobachtungszahlen zu erreichen, wurden von Kantar Public Deutschland zwei Rekrutierungsmethoden jeweils im Rahmen von Online-Befragungen verwendet. Zum einen wurden gezielt Personen kontaktiert, die im Online-Panel als Jugendliche ausgewiesen sind (318 Jugendliche). Zum anderen wurde eine von der repräsentativen Grundstichprobe unabhängige Bevölkerungsstichprobe von Erwachsenen im Alter ab 30 Jahren gezogen, in der erfragt wurde, ob sie Kinder im Alter zwischen 14 und 17 Jahren haben. Stimmten die so identifizierten Eltern einer Befragung ihres Kindes zu, wurden diese online befragt (767 Jugendliche).

Wie sicher von den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung geschlossen werden kann, lässt sich anhand von statistischen Wahrscheinlichkeiten angeben. Der Fehlerbereich für Fragen, die der Jugendlichenstichprobe von über 1 000 Befragten gestellt wurden, liegt zwischen 2 und 3 Prozentpunkten. Das bedeutet, wenn z.B. 50% der Befragten einer Frage zustimmen, liegt der wahre Wert der Zustimmung in der Gesamtpopulation aller 14- bis 17-Jähriger in Deutschland mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 47% und 53%. Bei der Betrachtung von Teilgruppen mit geringeren Fallzahlen ist der Fehlerbereich etwas größer – beispielsweise 3–4 Prozentpunkte bei Fragen, die von einer zufälligen Teilgruppe von gut 500 Befragten beantwortet werden.

Personen, die zu einer Frage keine Angabe machen, werden in der vorliegenden Auswertung nicht berücksichtigt. Der Anteil der Personen ohne Angabe ist bei allen Meinungsfragen des ifo Bildungsbarometers sehr gering. Im Durchschnitt liegt er in der Jugendlichenstichprobe unter 1%. Um die Ergebnisse übersichtlich zu präsentieren, sind in den Abbildungen bei Zustimmungsfragen die Antwortkategorien in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen«, »eher dagegen« und »sehr dagegen« aufgeführt. Die neutrale Kategorie »weder dafür noch dagegen« wurde im Fragebogen jedoch als letzte Antwortmöglichkeit der Liste präsentiert.

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte berichtet, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Aufgrund der Rundungen kann die Summe der berichteten Prozentanteile von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten gerundeten Werte abweichen.

lerInnen die Bildungspolitik von morgen direkt mitbestimmen. Im Gegensatz zu anderen Interessengruppen im Bildungssystem, wie etwa LehrerInnen (vgl. z.B. Wößmann et al. 2016) oder Eltern schulpflichtiger Kinder (vgl. z.B. Wößmann et al. 2015), wurden die bildungspolitischen Meinungen von Jugendlichen bislang jedoch kaum erforscht.

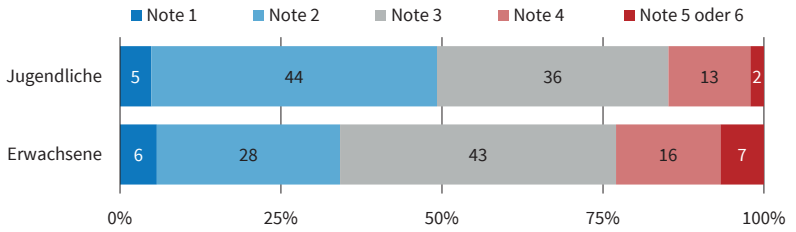
Der vorliegende Beitrag untersucht die Meinung von Jugendlichen zu ausgewählten bildungspolitischen Themen und vergleicht sie mit jener der erwachsenen Gesamtbevölkerung in Deutschland. Um einen repräsentativen Vergleich ziehen zu können, wurden im Zuge des diesjährigen ifo Bildungsbarometers zusätzlich zur repräsentativen Grundstichprobe über 1 000 Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren befragt (vgl. Kasten 1 für methodische Details). Die Jugendlichenbefragung wurde im Juni 2018 durchgeführt und beinhaltet neben Fragen, die den Jugendlichen und Erwachsenen identisch gestellt wurden, auch eine Reihe spezifischer Fragen zur Situation in den Schulen sowie zu den Bildungs- und Berufsabsichten der Jugendlichen.

Ähnlich wie in der Befragung der Gesamtbevölkerung besteht auch hier eine methodische Besonderheit darin, dass bei einigen Fragen jeweils einem zufällig ausgewählten Teil der befragten Jugendlichen bestimmte Informationen zur Verfügung gestellt wurden, bevor sie dieselbe Frage beantworteten wie der andere Teil der Befragten, der diese Informationen nicht erhalten hat. Durch diese Methodik lässt sich – über die Beschreibung des Meinungsbildes von Jugendlichen hinaus – untersuchen, wie dieses von bereitgestellten Informationen beeinflusst wird.

Abb. 1

Welche Note bekommen die deutschen Schulen?

Jugendliche benoten Schulen besser als Erwachsene



Jugendliche:
Welche Schulnote würdest du deiner aktuellen Schule insgesamt geben?

Erwachsene (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage):
Welche Schulnote würden Sie den allgemeinbildenden Schulen geben? Den Schulen bei Ihnen vor Ort?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

ALLGEMEINE SCHULTHEMEN

Wir beginnen den Vergleich der bildungspolitischen Meinungen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen mit einigen allgemeinen Fragen zum Thema Schule. Auf die Frage, welche Schulnote sie ihrer aktuellen Schule insgesamt geben würden, vergibt fast die Hälfte der Jugendlichen (49%) die Noten 1 oder 2 (vgl. Abb. 1). Während 36% ihre Schule als mittelmäßig bewerten (Note 3), ist der Anteil an Noten 4, 5 oder 6 mit 15% relativ gering.

Die Erwachsenen sind in ihrer Bewertung der Schulen deutlich kritischer: Für die Schulen vor Ort vergeben lediglich 34% der Erwachsenen die Noten 1 oder 2. Die meisten Erwachsenen vergeben die Note 3 (43%), und auch der Anteil, der die Noten 4, 5 oder 6 vergibt, ist mit 23% höher als bei den Jugendlichen. Während die Gründe für die Meinungsunterschiede zwischen Jugendlichen und Erwachsenen im Rahmen des ifo Bildungsbarometers nicht abschließend geklärt werden können, sind Informationsvorteile von Jugendlichen und Unterschiede in der Wichtigkeit verschiedener Eigenschaften der Schulen für deren Bewertung mögliche Erklärungsansätze.

Ein noch deutlicherer Meinungsunterschied ergibt sich beim Ausbau von Ganztagsschulen. Die Mehrheit der Jugendlichen spricht sich gegen dieses bedeutende Reformvorhaben aus: Gefragt danach, ob Deutschland generell zu einem Ganztagsschulsystem wechseln soll, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind, sprechen sich 64% (sehr oder eher) dagegen aus. Nur 29% sind (sehr oder eher) dafür (vgl. Abb. 2). Im Gegensatz dazu ist die Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung (60%) für die Einführung eines solchen Ganztagsschulsystems, lediglich 29% sind dagegen. Ein möglicher Grund für die Diskrepanz könnte darin bestehen, dass ein Ganztagsschulsystem für Erwachsene Vorteile wie etwa die erleichterte Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich bringt, für Jugendliche jedoch die gefühlten Nachteile etwa durch verringerte Freizeit überwiegen.

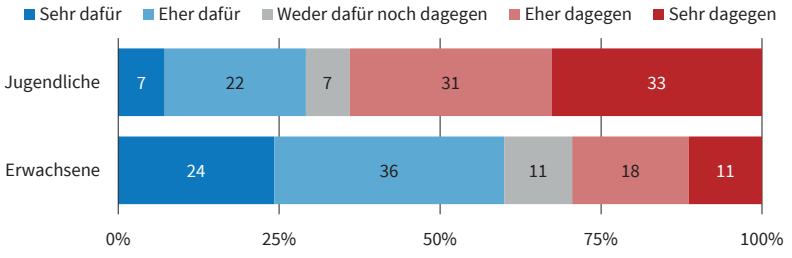
Eine zentrale bildungspolitische Frage ist, wofür zusätzliche öffentliche Ausgaben im Schulsystem verwendet werden sollten. Drei oft diskutierte Möglichkeiten der Mittelverwendung sind dabei die Verkleinerung der Klassengrößen, die Erhöhung von Lehrergehältern und die Anschaffung von neuen Lehrmitteln wie etwa Computer oder Schulbücher. Wenn sich Jugendliche für eine dieser drei Möglichkeiten entscheiden müssen, ist die Anschaffung von zusätzlichen Lehrmitteln mit 49% die beliebteste Kategorie, gefolgt von der Verkleinerung von Schulklassen (46%) und der Erhöhung von Lehrergehältern (6%) (vgl. Abb. 3). Unter den Erwachsenen spricht sich mit 40% ein deutlich geringerer Anteil für neue Lehrmittel aus, während die Mehrheit (54%) für kleinere Schulklassen ist. Ähnlich wie bei den Jugendlichen spricht sich nur ein geringer Anteil der Erwachsenen (6%) für höhere Lehrergehälter aus.

Noch deutlicher fallen die Meinungsunterschiede zwischen Jugendlichen und Erwachsenen aus, wenn Informationen über die relativen Kosten der verschiedenen Optionen bereitgestellt werden. Eine zufällig ausgewählte Teilgruppe der Jugendlichen wurde darüber informiert, dass die Schulklassen um drei SchülerInnen zu verkleinern in etwa gleich viel kosten würde wie Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder zusätzliche Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro für jede Klasse anzuschaffen. In der so informierten Teilgruppe der Jugendlichen sinkt der Wunsch nach kleineren Klassen signifikant von 46% auf 35%, und der Wunsch nach zusätzlichen Lehrmitteln steigt von 49% auf 59%. Die Teilgruppe der Erwachsenen mit dieser Information unterscheidet sich hingegen nicht signifikant von jener ohne Information. Dass Jugendliche, die von

Abb. 2

Sollte Deutschland zu einem Ganztagsschulsystem wechseln?

Die Mehrheit der Erwachsenen ist dafür, die Mehrheit der Jugendlichen ist dagegen



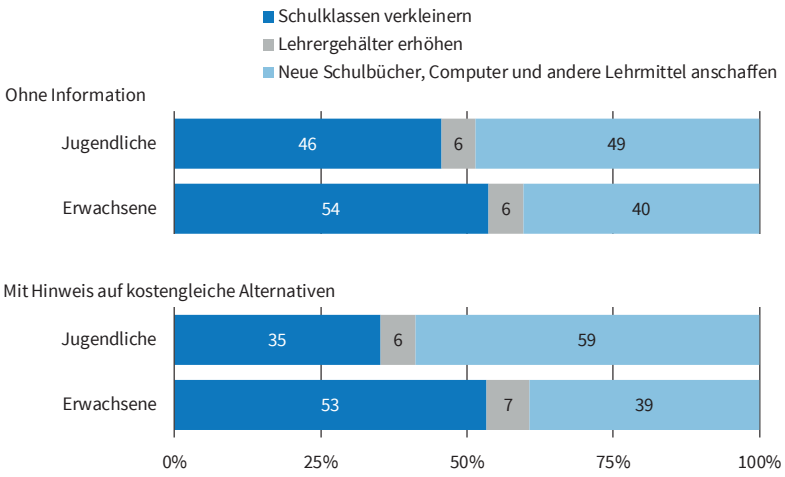
Frage [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, dass Deutschland generell zu einem Ganztagsschulsystem wechselt, in dem alle Schülerinnen und Schüler bis 15 Uhr in der Schule sind?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Abb. 3

Wofür sollten Gelder im Schulsystem verwendet werden?
Im Gegensatz zu Erwachsenen sind Jugendliche eher für neue Lehrmittel als für kleinere Klassen, besonders wenn kostengleiche Alternativen aufgezeigt werden



Frage [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Ohne Information {Mit Hinweis auf kostengleiche Alternativen} Stell dir [Stellen Sie sich] vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. {Die Schulklassen um 3 Schülerinnen/Schüler zu verkleinern würde in etwa so viel kosten, wie die Lehrergehälter um 15 Prozent zu erhöhen oder neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20.000 Euro für jede Klasse anzuschaffen.} Für welche der folgenden Möglichkeiten bist du [Sind Sie]?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018. © ifo Institut

Schulklassenverkleinerungen direkt betroffen wären, der Maßnahme deutlich skeptischer gegenüberstehen als die erwachsene Bevölkerung ist konsistent mit der Tatsache, dass die Wirkung von Schulklassenverkleinerungen auf Schülerleistungen in der bildungsökonomischen Forschung bislang nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte (vgl. z.B. Angrist et al. 2017).

NOTEN, PRÜFUNGEN UND KLASSENWIEDERHOLUNG

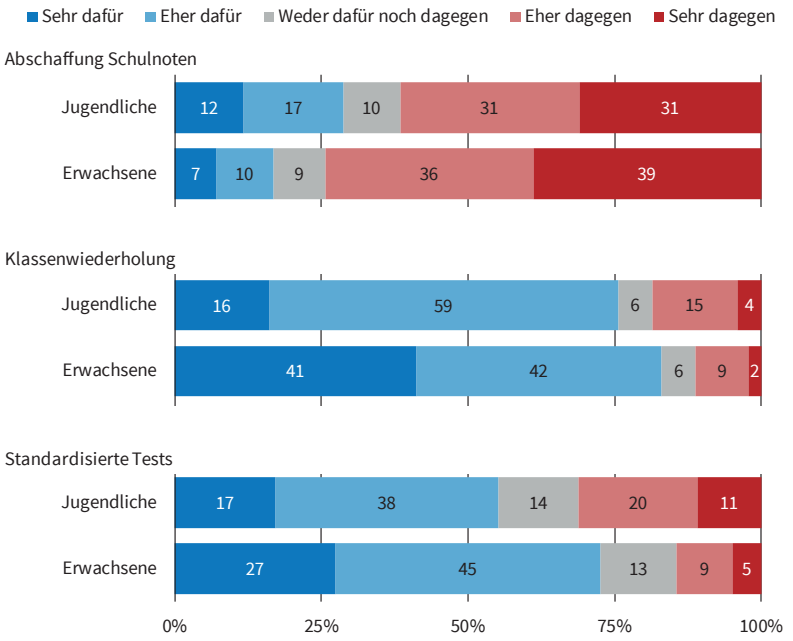
Als nächstes betrachten wir, wie Jugendliche und Erwachsene zu verschiedenen Aspekten der Leistungsorientierung im Schulsystem stehen. Ein Reformvorschlag, der in der Bildungsdebatte der letzten Jahre besonders kontrovers diskutiert wurde, ist die Abschaffung von Schulnoten. Die deutschen Jugendlichen erteilen diesem Vorschlag eine klare Absage: Eine deutliche Mehrheit von 62% spricht sich dagegen aus, Schulnoten abzuschaffen (vgl. Abb. 4). Nur eine Minderheit von 29% ist dafür. Noch deutlicher fällt die Ablehnung in der erwachsenen Bevölkerung aus, in der 74% dagegen und 17% dafür sind.

Ein ähnlich leistungsorientiertes Meinungsbild ergibt sich bei der Frage, ob SchülerInnen mit schlechten Leistungen die Klassen wiederholen müssen. Etwa drei Viertel der befragten Jugendlichen (76%) spricht sich für diese Praxis aus, nur 19% sind dagegen. Unter den Erwachsenen sind sogar 83% für das Sitzenbleiben bei schlechten Leistungen, 11% sind dagegen.

Schließlich haben wir die Zustimmung zur Einführung von standardisierten Tests und zentralen Abschlussprüfungen erfragt. 55% der Jugendlichen sind dafür, jeweils eine Klassenarbeit in Deutsch und Mathematik in bestimmten Jahrgangsstufen – z.B. in der 3., 7. und 10. Klasse – durch einen deutschlandweit einheitlichen Vergleichstest zu ersetzen, der bei allen SchülerInnen in die Schulnote einfließt. Nur 31% sind dagegen. Unter den Erwach-

Abb. 4

Was meinen Jugendliche und Erwachsene zu Leistungsorientierung im Schulsystem?
Klare Zustimmung zu Schulnoten, standardisierten Tests und Klassenwiederholungen

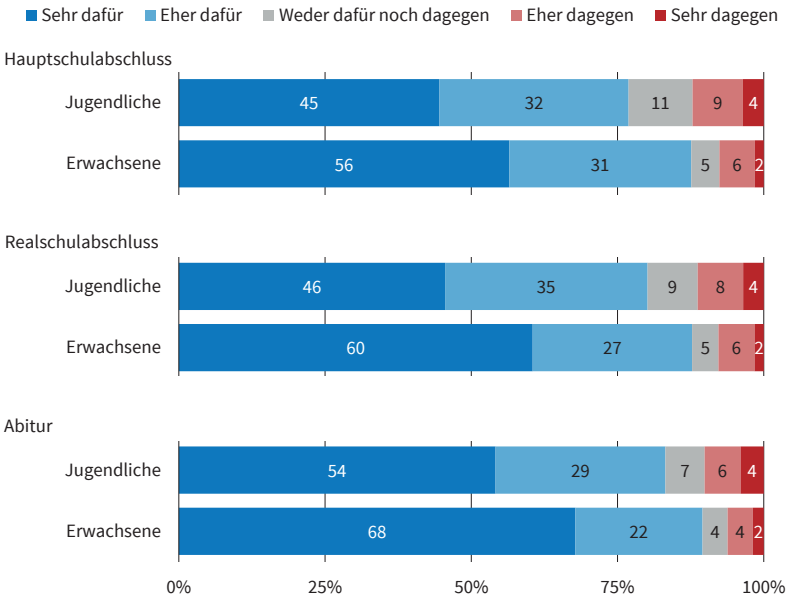


Frage 1 [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Abschaffung Schulnoten Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, dass Schulnoten abgeschafft werden?
Frage 2 [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Klassenwiederholung Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler mit schlechten Leistungen die Klasse wiederholen müssen?
Frage 3 [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Standardisierte Tests Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, dass jeweils eine Klassenarbeit (Schulaufgabe) in Deutsch und Mathematik in bestimmten Jahrgangsstufen – zum Beispiel in der 3., 7. und 10. Klasse – durch einen deutschlandweit einheitlichen Vergleichstest ersetzt wird, der bei allen Schülerinnen und Schülern in die Schulnote einfließt?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018. © ifo Institut

Abb. 5

Was meinen Jugendliche und Erwachsene zu zentralen Abschlussprüfungen?

Deutliche Mehrheiten für zentrale Abschlussprüfungen in allen Schularten



Frage [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, dass bei folgenden Schulabschlüssen deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen eingeführt werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

senen ist die Zustimmung für dieses Reformvorhaben mit 73% noch höher, die Ablehnung mit 14% noch niedriger.

Auch die Einführung einheitlicher Abschlussprüfungen ist unter den Befragten sehr beliebt. Die Jugendlichen sprechen sich zu 77% für deutschlandweit einheitliche Prüfungen beim Hauptschulabschluss aus, 80% beim Realschulabschluss und 83% beim Abitur (vgl. Abb. 5). Abgelehnt werden diese lediglich von 10–12%. Die Einstellung der Erwachsenen zu zentralen Abschlussprüfungen ist abermals noch etwas positiver (88–90% dafür, 6–8% dagegen).

Auch wenn die Zustimmung zu Schulnoten, Klassenwiederholungen bei schlechten Schülerleistungen, standardisierten Tests und zentralen Abschlussprüfungen unter Erwachsenen noch stärker ausgeprägt ist als unter den betroffenen SchülerInnen, finden sich für jede dieser Maßnahmen deutliche Mehrheiten auch unter den Jugendlichen. Argumente gegen ein leistungsorientiertes Schulsystem, die auf Überforderung von Jugendlichen abstellen, scheinen im Hinblick auf diese Ergebnisse wenig überzeugend.

DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung verändert und prägt unsere Arbeits- und Lebenswelt zunehmend (vgl. Wößmann et al. 2017). Da die Schule ein wichtiger Wegbereiter für den späteren Werdegang der SchülerInnen ist, stellt die Digitalisierung die Verantwortlichen in Politik und Schulen vor wichtige Herausforderungen (vgl. Aktionsrat Bildung 2018). Dabei ist eine grundlegende Frage, wie stark digitale Lernmethoden in den Unterricht eingebunden werden sollten. Die Forschung liefert zwar wenig Beweise dafür, dass der Einsatz digitaler Unterrichtstechnologien die Schülerleistungen in den klassischen Unterrichtsfächern verbessert (vgl. Bulman und Fairlie 2016; Falck, Mang und Wößmann 2018). Allerdings könnte der Einsatz digitaler Medien der Vermittlung von IT-Kompetenzen selbst dienen.

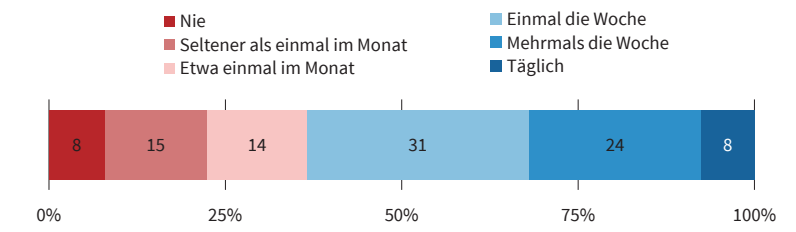
Befragt nach dem momentanen Ist-Zustand der Computernutzung an Schulen geben 32% der 14- bis 17-jährigen Jugendlichen an, in ihrer Klasse häufiger als einmal pro Woche am Computer, Laptop oder Tablet zu arbeiten (vgl. Abb. 6). Etwa genauso viele, 31% der Jugendlichen, nutzen den Computer etwa einmal pro Woche. 37% nutzen hingegen höchstens einmal im Monat einen Computer in ihrer Klasse, darunter 8% nie.

Nach dem Soll-Zustand befragt geben 45% der Jugendlichen an, dass mindestens die Hälfte der Unterrichtszeit an weiterführenden Schulen dafür aufgewendet werden sollte, dass SchülerInnen den Unterrichtsstoff selbständig am Computer erarbeiten (vgl. Abb. 7). Etwa drei Viertel (76%) sprechen sich für einen Anteil von mindestens 30% aus. Lediglich 2% sind der Meinung, dass keine Unterrichtszeit für selbständiges Erarbeiten am Computer genutzt werden sollte. Im Vergleich zu den Jugendlichen sind die Erwachsenen gegenüber der Computernutzung im Unterricht deutlich weniger aufgeschlossen: Nur ein

Abb. 6

Wie häufig verwenden Jugendliche Computer im Unterricht?

Die meisten Jugendlichen nutzen den Computer höchstens einmal die Woche



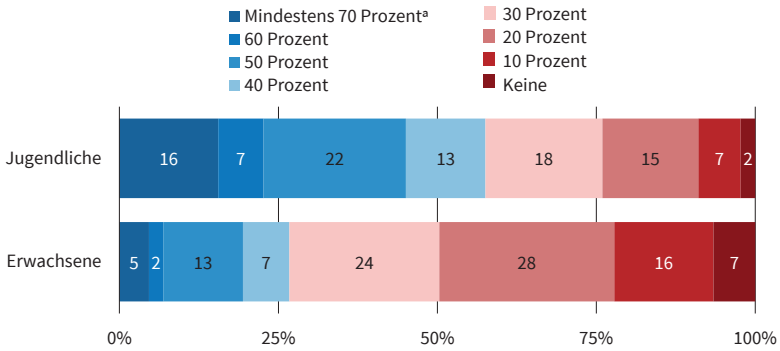
Frage:
Wie häufig verwendet deine Klasse im Unterricht Computer (bzw. Laptops oder Tablets)?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Abb. 7

Wie viel Unterrichtszeit sollten SchülerInnen am Computer verbringen?
Jugendliche stehen dem selbständigen Arbeiten am Computer deutlich offener gegenüber



Frage [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Welcher Anteil der Unterrichtszeit in weiterführenden Schulen (zum Beispiel Realschulen oder Gymnasien) sollte in etwa dafür verwendet werden, dass Schülerinnen und Schüler sich den Unterrichtsstoff selbständig am Computer erarbeiten?
[a] Die den Befragten zur Verfügung stehenden Antwortkategorien 70 Prozent, 80 Prozent, 90 Prozent und 100 Prozent wurden hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018. © ifo Institut

knappes Fünftel (19%) ist der Meinung, dass mindestens die Hälfte der Unterrichtszeit zum selbständigen Erarbeiten des Unterrichtsstoffes am Computer aufgewendet werden sollte, die Hälfte ist für einen Anteil von zumindest 30%.

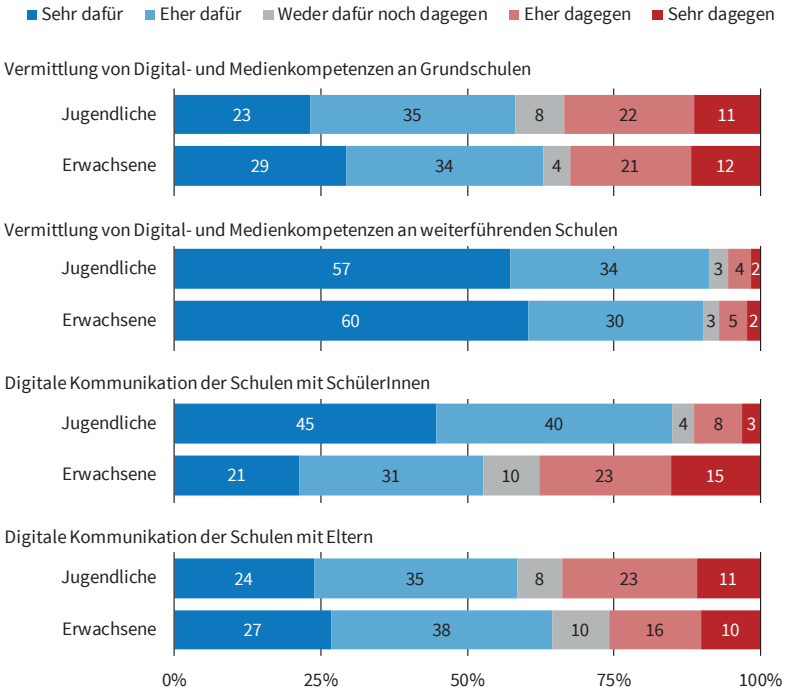
Die Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen an den Schulen ist sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene wichtig: 58% der Jugendlichen und 63% der Erwachsenen sind dafür, bereits an Grundschulen Digital- und Medienkompetenzen wie beispielsweise den Umgang mit digitalen Geräten, Grundkenntnisse im Programmieren oder den verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien zu vermitteln (vgl. Abb. 8). Für eine Vermittlung digitaler Kompetenzen an weiterführenden Schulen sprechen sich überwältigende Mehrheiten von 91% der Jugendlichen und 90% der Erwachsenen aus.

Ein weiterer Aspekt der Digitalisierung sind die neuen Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Schulen und SchülerInnen bzw. Eltern. Eine überwältigende Mehrheit der Jugendlichen (85%) spricht sich dafür aus, dass Schulen über digitale Kommunikationswege in Kontakt mit SchülerInnen treten, um beispielsweise über bevorstehende Tests oder Prüfungsergebnisse zu informieren. Auch die Erwachsenen sprechen sich mehrheitlich für digitale Kommunikation zwischen Schulen und SchülerInnen aus, allerdings nur mit einer knappen Mehrheit (53%).

Für eine digitale Kommunikation zwischen Schulen und Eltern finden sich ebenfalls in beiden Gruppen Mehrheiten. Allerdings fällt die Zustimmungsrate unter den Jugendlichen dazu mit 58% deutlich geringer aus als bei der digitalen Kommunikation mit den SchülerInnen selbst. Im Gegensatz dazu sprechen sich mit 64% deutlich mehr Erwachsene für die digitale Kommunikation der Schulen mit den Eltern aus. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Befragten vor allem dann für digitale Kommunikation mit Schulen sind, wenn sie selbst daran beteiligt sind.

Abb. 8

Wie stehen Jugendliche und Erwachsene zu Digitalisierung an den Schulen?
Breite Zustimmung zu Vermittlung von Digitalkompetenzen und Einsatz digitaler Kommunikation



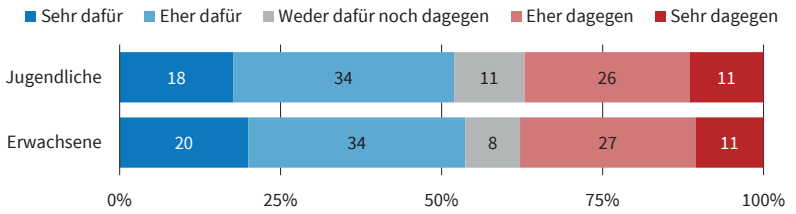
Frage 1 [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, die Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen, wie z.B. Umgang mit digitalen Geräten, Grundkenntnisse im Programmieren oder verantwortungsvoller Umgang mit sozialen Medien, als festen Bestandteil im Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen zu verankern?
Frage 2 [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Digitale Kommunikation Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, dass Schulen über digitale Kommunikationswege (z.B. E-Mail, Handy) in Kontakt mit Schülerinnen und Schülern bzw. Eltern stehen, um beispielsweise über bevorstehende Tests oder Prüfungsergebnisse zu informieren?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018. © ifo Institut

Abb. 9

Sollten Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet werden?

Mehrheit der Erwachsenen und Jugendlichen befürwortet Inklusion



Frage [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, dass Kinder mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche gemeinsam in einer Schulklasse unterrichtet werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018. © ifo Institut

INKLUSION, FLÜCHTLINGE UND CHANCENGLEICHHEIT

Als nächstes geht es um Fragen, die Themen der Ungleichheit im Bildungssystem betreffen, darunter Fragen zur Inklusion, zur Integration von Flüchtlingskindern in die Schulen und zur wahrgenommenen Chancenungleichheit im Bildungssystem.

Eine in den letzten Jahren besonders intensiv diskutierte Politikmaßnahme ist die Inklusion, also die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung. Knappe Mehrheiten der Jugendlichen und der Erwachsenen stehen der Inklusion positiv gegenüber: 52% bzw. 54% sind dafür, dass Kinder mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche gemeinsam in einer Schulklasse unterrichtet werden (vgl. Abb. 9). Dagegen sprechen sich 37% der Jugendlichen und 38% der Erwachsenen dagegen aus.

Ein weiteres aktuelles Thema ist der Umgang mit Flüchtlingskindern. Um ein Bild von der aktuellen Situation zu erhalten, haben wir die Jugendlichen zunächst gefragt, wie viele Kinder es in ihrer Klasse gibt, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Knapp die Hälfte der Jugendlichen (46%) gibt an, mindestens einen Flüchtling als MitschülerIn zu haben (vgl. Abb. 10). Ebenfalls 46% geben an, dass sich kein Flüchtlingskind in ihrer Klasse befindet, die verbleibenden 8% wissen es nicht.

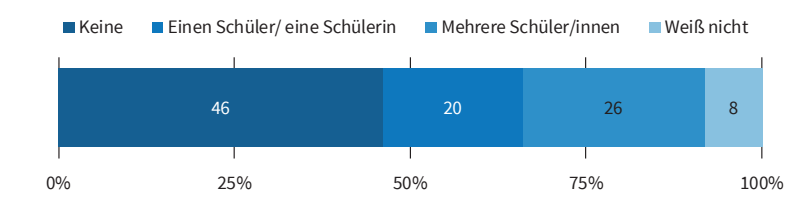
In den Schulen gibt es unterschiedliche Herangehensweisen, neu angekommene Flüchtlingskinder in den Schulalltag zu integrieren. So haben einige Schulen sogenannte »Willkommensklassen« eingeführt, die die Flüchtlingskinder zunächst getrennt von den anderen SchülerInnen auf den Unterricht vorbereiten sollen. Andere Schulen integrieren die Neuankömmlinge hingegen gleich in bestehende Schulklassen. Zur Vorbereitung der Frage nach der Zustimmung zu den unterschiedlichen Integrationsmethoden wurden die Befragten zunächst mit folgendem Hinweis über die beiden bestehenden Möglichkeiten informiert: »Manche sagen, dass Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierenden Schulklassen integriert werden sollten (begleitet von Sprach- und Unterstützungsmaßnahmen), um Sprache und Kultur schnell kennenzulernen. Andere sagen, dass Flüchtlingskinder zunächst längere Zeit getrennt in speziellen Förderklassen unterrichtet werden sollten, um sie auf den Regelunterricht vorzubereiten«. Danach wurden die Befragten gefragt, ob Flüchtlingskinder schnell in existierende Schulklassen integriert werden sollten. Sowohl unter den Jugendlichen als auch unter den Erwachsenen finden sich deutliche Mehrheiten für eine schnelle Integration in existierende Grundschulklassen: 67% der Jugendlichen und 64% der Erwachsenen sprechen sich dafür aus, nur 26% bzw. 30% sind dagegen (vgl. Abb. 11). An weiterführenden Schulen ist die Zustimmung für diese Integrationsmethode deutlich geringer: 46% der Jugendlichen und 54% der Erwachsenen sprechen sich für eine schnelle Integration in bestehende Klassen an weiterführenden Schulen aus. Diese Ergebnisse zeigen, dass die bevorzugte Integrationsmethode davon abhängt, in welchen Schulstufen sie angewendet wird.

Eine weitere Frage betrifft generell die Bildungschancen von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen. Weil Bildungsungleichheit eine wichtige Determinante für spätere Ungleichheit beispielsweise im Einkommens- oder Erwerbsstatus ist, ist es eine für die Politik wichtige Frage, inwieweit Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen gleiche Chancen im Bildungssystem haben wie Kinder aus besseren sozialen Verhältnissen. Gefragt danach, ob die Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen im deutschen Bildungssystem ein ernsthaftes Problem ist, sind 46% der Jugendlichen der Meinung, dass Chancenungleichheit ein ernsthaftes oder sehr ernsthaftes Problem ist, nur 17% halten sie für ein geringes oder gar kein Problem (vgl. Abb. 12). Die Erwachse-

Abb. 10

Wie viele Jugendliche haben Flüchtlinge in ihren Klassen?

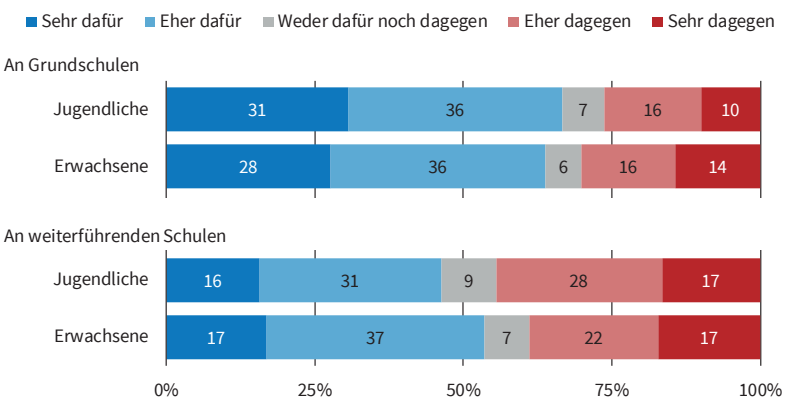
Knapp die Hälfte der Jugendlichen hat mindestens einen Mitschüler, der als Flüchtling nach Deutschland gekommen ist



Frage:
Wie viele Kinder oder Jugendliche gibt es in deiner Klasse, die als Flüchtling nach Deutschland gekommen sind?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018. © ifo Institut

Abb. 11
Sollten Flüchtlingskinder schnell in existierende Klassen integriert werden?
Mehrheit für schnelle Integration an Grundschulen, gemischtes Bild für weiterführende Schulen



Frage [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Manche sagen, dass Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierenden Schulklassen integriert werden sollten (begleitet von Sprach- und Unterstützungsmaßnahmen), um Sprache und Kultur schnell kennenzulernen. Andere sagen, dass Flüchtlingskinder zunächst längere Zeit getrennt in speziellen Förderklassen unterrichtet werden sollten, um sie auf den Regelunterricht vorzubereiten. Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierenden Schulklassen zu integrieren?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

nen sehen in der Ungleichheit der Bildungschancen ein noch größeres Problem: Eine Mehrheit von 56% sehen Chancenungleichheit im Bildungssystem als (sehr) ernsthaftes Problem, nur 11% finden, es sei ein geringes oder gar kein Problem. Die Befragten sehen also klaren politischen Handlungsbedarf, um die Ungleichheit von Chancen im Bildungssystem zu verringern.

GESCHLECHTERTHEMEN IM BILDUNGSBEREICH

Ein Schwerpunkt des diesjährigen ifo Bildungsbarometers lag auf Geschlechterthemen im Bildungsbereich. Während die Meinung der Erwachsenen zu diesem Themenbereich im vorangegangenen Beitrag (Wößmann et al. 2018) ausführlich beschrieben wurde, haben wir auch den Jugendlichen einige Fragen aus diesem Bereich gestellt.

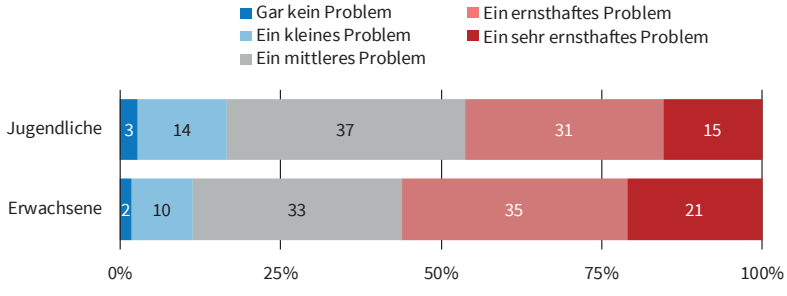
Geschlechtsspezifische Aspekte des Unterrichts

In Kompetenztests (z.B. IGLU, TIMSS und PISA) weisen Mädchen in Deutschland oft höhere Lesekompetenzen auf als Jungen, während Jungen in der Regel bessere mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen zeigen (vgl. Aktionsrat Bildung 2009). Vor diesem Hintergrund wird der Vorschlag, Mädchen und Jungen getrennt voneinander zu unterrichten, verstärkt diskutiert. Nach Ansicht der Befürworter soll der getrennte Unterricht einerseits das Selbstvertrauen von Mädchen in naturwissenschaftlichen Fächern und Jungen in sprachintensiven Fächern erhöhen und andererseits Ablenkungen Zdurch die Anwesenheit des anderen Geschlechts im Klassenraum verringern. Die Jugendlichen sprechen sich jedoch eindeutig gegen derarti-ge Reformvorschläge aus: Auf die Frage, ob an gemischtgeschlechtlichen weiterführenden Schulen Mädchen und Jungen in einigen Fächern getrennt voneinander unterrichtet werden sollten, sind Mehrheiten von 71% der Mädchen und 73% der Jungen gegen einen getrenntgeschlechtlichen Mathematikunterricht (vgl. Abb. 13). Ebenso sind jeweils 71% der Mädchen und Jungen gegen getrenntgeschlechtlichen Sprachunterricht. Diese mehrheitliche Ablehnung unter den Jugendlichen ist konsistent damit, dass es keine eindeutigen wissenschaftlichen Belege für die Effektivität getrenntgeschlechtlicher Schulen gibt (vgl. Halpern et al. 2011).

Im Unterschied dazu plädiert eine knappe Mehrheit von 54% der Mädchen für eine Geschlechtertrennung im Sportunterricht, während Jungen diesem Thema eher gespalten gegenüberstehen: 48% der Jungen sind dafür, 43% sind dagegen. Insgesamt ist das Bild damit in allen drei Fächern sehr ähnlich wie bei den Erwachsenen (vgl. Wößmann et al. 2018, Abb. 11), wobei die Jugendlichen dem getrenntgeschlechtlichen Sportunterricht etwas positiver gegenüberstehen.

Gefragt danach, ob Lehrkräfte im Mathematik-, Sprach- oder Sportunterricht ein bestimmtes Geschlecht bevorzugt behandeln, sind große Mehrheiten sowohl der Mädchen als auch der Jungen der Meinung, dass keine derartige Bevorzugung stattfindet. Unter den befragten Mädchen finden 72%, dass weder Mädchen noch Jungen im Mathema-

Abb. 12
Halten die Deutschen ungleiche Chancen im Bildungssystem für ein Problem?
Mehr Erwachsene als Jugendliche halten Ungleichheit für problematisch



Frage [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Was meinst du [Was meinen Sie], ist Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen im deutschen Bildungssystem ein ernsthaftes Problem?

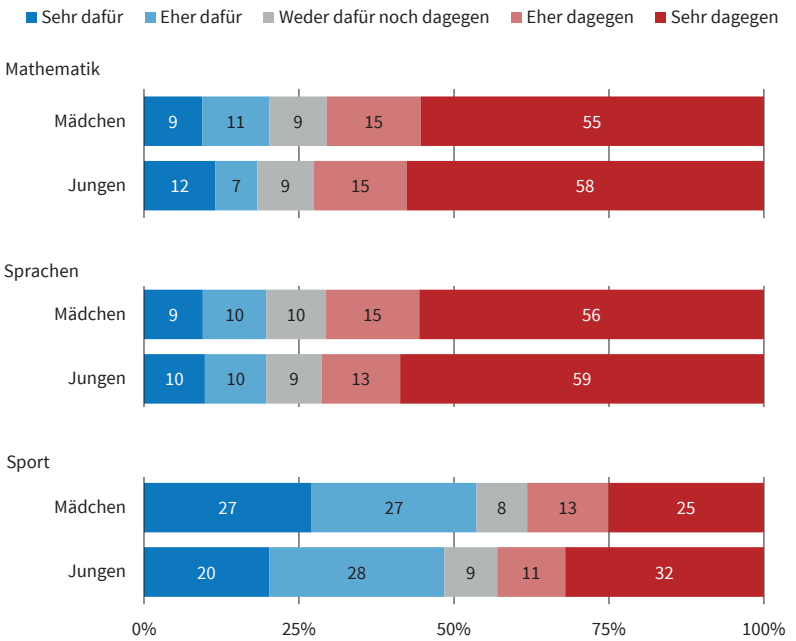
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Abb. 13

Was denken Jugendliche über getrenntgeschlechtlichen Unterricht?

Mehrheit der Mädchen und Jungen gegen getrennten Unterricht, außer in Sport



Frage:
Die große Mehrheit der Schulen in Deutschland ist heute gemischtgeschlechtlich, d.h. Mädchen und Jungen werden prinzipiell gemeinsam unterrichtet. Bist du dafür oder dagegen, dass an gemischtgeschlechtlichen weiterführenden Schulen (z.B. Realschulen oder Gymnasien) Mädchen und Jungen in folgenden Fächern getrennt voneinander unterrichtet werden?

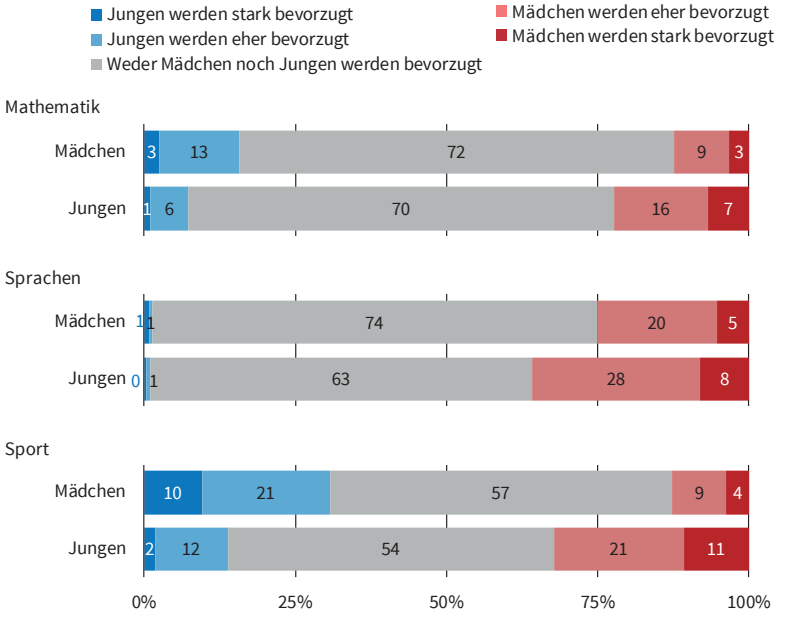
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Abb. 14

Werden SchülerInnen aufgrund ihres Geschlechts im Unterricht bevorzugt?

Mehrheit der Jugendlichen findet, dass weder Mädchen noch Jungen bevorzugt behandelt werden



Frage: [a]
Hast du es in deiner eigenen Klasse erlebt, dass Mädchen oder Jungen aufgrund ihres Geschlechtes von [männlichen] [weiblichen] Lehrkräften in folgenden Fächern bevorzugt behandelt werden?

[a] Die Abbildung stellt die zusammengefassten Ergebnisse von zwei getrennt gestellten Fragen dar. Da sich das Antwortverhalten beider Teilgruppen statistisch nicht nach männlichen und weiblichen Lehrkräften unterscheidet, werden die Ergebnisse hier zusammen dargestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

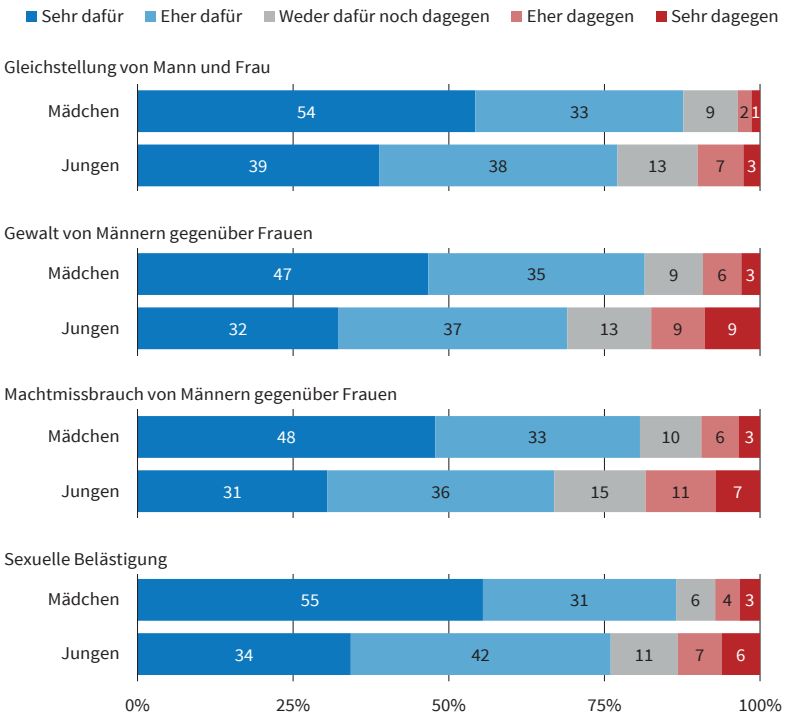
tikunterricht bevorzugt behandelt werden (vgl. Abb. 14). Nur 12% bzw. 16% denken, dass Mädchen bzw. Jungen bevorzugt werden. Unter den Jungen sehen 70% keine Ungleichbehandlung im Mathematikunterricht, 22% sehen Mädchen und 7% Jungen bevorzugt. Für den Sprachunterricht sehen 74% der Mädchen und 63% der Jungen keine Bevorzugung eines bestimmten Geschlechts. Während nur jeweils 1% glauben, Jungen werden im Sprachunterricht bevorzugt behandelt, sagen immerhin 25% der Mädchen und sogar 36% der Jungen, Mädchen würden bevorzugt.

Im Sportunterricht ist die wahrgenommene Gleichbehandlung deutlich geringer: 57% der Mädchen und 54% der Jungen sehen keine Ungleichbehandlung. Unter den Mädchen glauben 13%, dass Mädchen bevorzugt werden und 31%, dass Jungen bevorzugt werden. Bei den Jungen ist es umgekehrt: 32% denken, dass Mädchen im Sportunterricht bevorzugt werden und 14%, dass Jungen bevorzugt werden. Insgesamt ist das Meinungsbild der Jugendlichen in diesem Bereich damit wiederum sehr ähnlich wie das der Erwachsenen (vgl. Wößmann et al. 2018, Abb. 7).

Eine weitere aktuelle Frage im Bildungsbereich ist, ob geschlechtersensible Themen im Unterricht behandelt werden sollten. Sowohl die Mädchen als auch die Jungen sind mit deutlichen Mehrheiten dafür, dass die Themen Gleichstellung von Mann und Frau (88% der Mädchen, 77% der Jungen), Gewalt von Männern gegenüber Frauen (81% der Mädchen, 69% der Jungen), Machtmissbrauch von Männern gegenüber Frauen (81% der Mädchen, 67% der Jungen) und sexuelle Belästigung (87% der Mädchen, 76% der Jungen) im Unterricht an weiterführenden Schulen behandelt werden (vgl. Abb. 15). Interessanterweise ist die Zustimmung der Mädchen für die Behandlung jedes dieser Themen um gut 10 Prozentpunkte höher

Abb. 15

Sollten geschlechtersensible Themen im Unterricht behandelt werden?
Mehrheit der Jugendlichen dafür, Zustimmung unter Mädchen am höchsten



Frage:
Bist du dafür oder dagegen, dass folgende gesellschaftliche Themen im Unterricht an weiterführenden Schulen (z.B. Realschulen oder Gymnasien) behandelt werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

als die der Jungen. Wiederum unterscheiden sich auch bei diesen Themen die Meinungen der Jugendlichen nicht wesentlich von denen der Erwachsenen (vgl. Wößmann et al. 2018, Abb. 3).

Meinung zur Arbeitsmarktbeteiligung als Mutter/Vater junger Kinder

Ein in der Öffentlichkeit breit diskutiertes Thema sind geschlechtsspezifische Unterschiede im Einkommen und in der Arbeitsmarktbeteiligung. In Deutschland sind diese Unterschiede verhältnismäßig stark ausgeprägt: 2016 waren in Deutschland beispielsweise 64% der Männer, aber nur 54% der Frauen beschäftigt. Rund 37% der beschäftigten Frauen waren teilzeitbeschäftigt, wohingegen nur 9% der beschäftigten Männer teilzeitbeschäftigt waren (vgl. OECD 2016). Diese Unterschiede ergeben sich vielfach mit der Geburt eines Kindes und der anschließenden Betreuungstätigkeit.

Im diesjährigen ifo Bildungsbarometer haben wir die Jugendlichen daher gefragt, wie viele Stunden sie am liebsten arbeiten gehen würden, wenn sie 30 Jahre alt wären und mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin ein Kind im Alter zwischen einem und sechs Jahren hätten. 58% der Mädchen, jedoch nur 18% der Jungen geben an, 20 Stunden pro Woche oder weniger arbeiten zu wollen (vgl. Abb. 16). Dementsprechend wollen 42% der Mädchen und 82% der Jungen mindestens 30 Stunden pro Woche arbeiten.

Darüber hinaus haben wir die Jugendlichen auch danach gefragt, wie viele Stunden sie möchten, dass ihr/seine PartnerIn in der gleichen Situation arbeiten geht. Das Ergebnis ist nahezu spiegelbildlich: 78% der Mädchen möchten, dass ihr Partner mindestens 30 Stunden pro Woche arbeitet, wohingegen die Mehrheit der Jungen (64%) möchte, dass ihre Partnerin maximal 20 Stunden pro Woche arbeitet. Die Kluft in der Arbeitsmarktbeteiligung zwischen Männern und Frauen zeigt sich also nicht erst in den tatsächlich realisierten, sondern bereits in den von Jugendlichen gewünschten Arbeitsstunden, wobei sich Mädchen und Jungen über die geschlechtsspezifische Rollenverteilung durchaus einig sind.

Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe der Jugendlichen haben wir die Information gegeben, dass 91% der Erwachsenen in Deutschland der Meinung sind, dass die Mutter die Berufstätigkeit reduzieren sollte, solange die Kinder noch klein sind, während 41% der Erwachsenen der Meinung sind, dass der Vater seine Berufstätigkeit reduzieren sollte (Datenquelle: Wippermann 2015). Mädchen, die diese Information erhalten haben, geben mit 72% signifikant häufiger (als die 58% der Mädchen, die diese Information nicht erhalten haben) an, maximal 20 Stunden pro Woche arbeiten zu wollen. Gleichzeitig erhöht diese Information auch den Anteil der Jungen, die maximal 20 Stunden pro Woche arbeiten wollen, von 18% auf 27%. Dementgegen finden sich keine signifikanten Informationseffekte auf die gewünschte Arbeitsmarktbeteiligung der Partnerin oder des Partners. Die Ergebnisse legen nahe, dass gesellschaftliche Normen die eigene Arbeitsmarktbeteiligung beeinflussen und somit den Geschlechterunterschied in der Arbeitsmarktbeteiligung verstärken können.

WEITERFÜHRENDE BILDUNG

Neben Fragen zum Schulsystem und zu Geschlechterthemen behandelt das ifo Bildungsbarometer 2018 auch Fragen zu Themen jenseits der Schulzeit – Bildungsentscheidungen, Studiengebühren und Determinanten der Berufswahl.

Die Bildungsaspiration der Jugendlichen

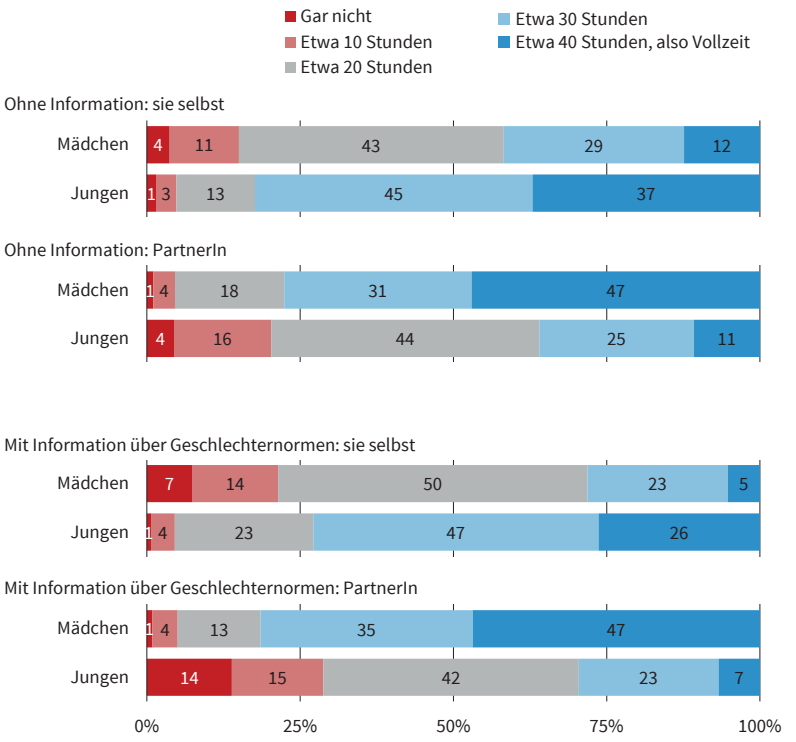
Zunächst haben wir die Jugendlichen gefragt, welchen Bildungsabschluss sie – unabhängig davon, welche Schule sie gerade besuchen und wie gut ihre Noten sind – am liebsten machen würden. 60% der Jugendlichen würden am liebsten ein Studium (z.B. an einer Universität oder Fachhochschule) machen, 40% eine berufliche Ausbildung (Lehre) (vgl. Abb. 17). Das Antwortverhalten unterscheidet sich deutlich nach dem Bildungsabschluss der Eltern: Während 75% der Jugendlichen aus Akademikerfamilien, in denen mindestens ein Elternteil studiert hat, am liebsten ein Hochschulstudium machen würden, ist der Anteil unter Jugendlichen aus Nicht-Akademikerfamilien mit 52% deutlich geringer. Die Ergebnisse zeigen, dass Bildungsungleichheit nicht erst in tatsächlich erworbenen Bildungsabschlüssen auftritt, sondern bereits in den Aspirationen der Jugendlichen.[1]

Vergleicht man die Bildungsaspirationen mit den Abschlüssen, die die Jugendlichen tatsächlich erwarten zu machen (»Was denkst du, welchen Bildungsabschluss wirst du tatsächlich machen?«), ergibt sich eine interessante Diskrepanz: 54% der Jugendlichen glauben, tatsächlich einen Hochschulabschluss zu erlangen, während 45% glauben, einen beruflichen Abschluss (Lehre) zu absolvieren (1% erwartet, keinen Bildungsabschluss zu erwerben). Der Unterschied zwischen gewünschtem und erwartetem Bildungsabschluss ist unter Kindern von Eltern ohne Hochschulabschluss besonders stark ausgeprägt: Nur 44% dieser Jugendlichen erwarten, später einen Hochschulabschluss zu erlangen (im Vergleich zu 52% bei der Aspiration), während der Anteil unter Kindern von Eltern mit Hochschulabschluss mit 72% deutlich näher an deren Aspiration (75%) liegt.

[1] Etwa 79% der Kinder aus Akademikerfamilien, aber nur 27% der Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien nehmen in Deutschland ein Studium auf (vgl. Kracke, Buck und Middendorff 2018).

Abb. 16

Wie viel möchten Jugendliche später einmal arbeiten, wenn sie kleine Kinder haben?
Große Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen, vor allem mit Information über Geschlechternormen



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Ohne Information [Mit Information über Geschlechternormen] sie selbst {PartnerIn} [Von 100 Erwachsenen in Deutschland sind 91 der Meinung, dass die Mutter ihre Berufstätigkeit reduzieren sollte, solange die Kinder noch klein sind. Gleichzeitig sind von 100 Erwachsenen in Deutschland nur 41 der Meinung, dass der Vater seine Berufstätigkeit reduzieren sollte, solange die Kinder noch klein sind.] Stell dir vor, du bist 30 Jahre alt und hast mit deinem Partner/deiner Partnerin ein Kind im Alter zwischen 1 und 6 Jahren. Was denkst du, wie viele Stunden würdest du am liebsten durchschnittlich pro Woche arbeiten gehen, um Geld zu verdienen? {Und wie viele Stunden möchtest du, dass dein Partner/deine Partnerin durchschnittlich pro Woche arbeiten geht, um Geld zu verdienen?}

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Was beeinflusst die Bildungsentscheidung von Jugendlichen?

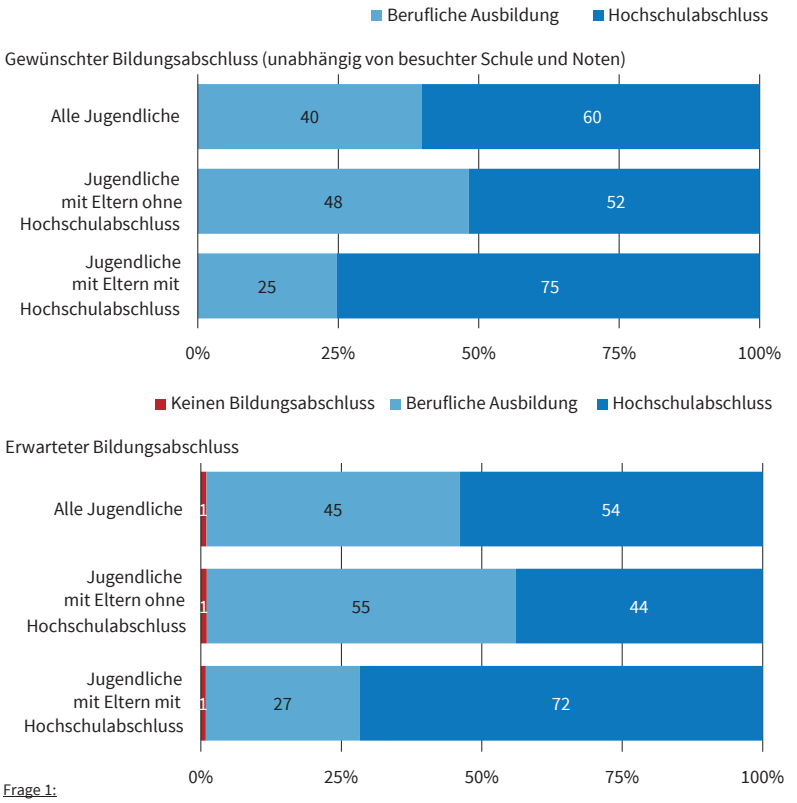
Als nächstes gehen wir der Frage nach, welche Aspekte die Bildungsentscheidungen von Jugendlichen beeinflussen. Um zu erfassen, inwiefern der Elternwille die Bildungsentscheidungen beeinflusst, haben wir gefragt, welchen Einfluss die Eltern und die Jugendlichen selbst auf die Entscheidung darüber haben, ob die Jugendlichen eine berufliche Ausbildung (Lehre), ein Studium oder etwas anderes machen. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen (56%) gibt an, dass diese Bildungsentscheidung (vor allem oder eher) von ihnen selbst getroffen wird, nur 7% geben an, dass (vor allem oder eher) die Eltern entscheiden (vgl. Abb. 18). 38% der Jugendlichen geben an, dass die Eltern und sie selbst gleichermaßen diese Entscheidung treffen.

Im Gegensatz dazu messen sich die Eltern selbst einen deutlich größeren Einfluss auf die Bildungsentscheidung ihrer Kinder bei: Die Mehrheit (55%) der Eltern in der Erwachsenenstichprobe ist der Meinung, dass sie die Bildungsentscheidung mit den Jugendlichen gleichermaßen treffen. 19% der Eltern sind sogar der Meinung, dass sie die Bildungsentscheidung ihrer Kinder (vor allem oder eher) treffen. Nur 27% der Eltern denken, dass die Kinder selbst die Bildungsentscheidung (vor allem oder eher) treffen.

Neben der Bedeutung des Elternwillens haben wir

Abb. 17

Welchen Bildungsabschluss wünschen sich Jugendliche, und welchen erwarten sie?
Mehrheit wünscht sich Hochschulabschluss, Diskrepanz zwischen gewünschtem und erwartetem Bildungsabschluss unter Nicht-Akademikerkindern

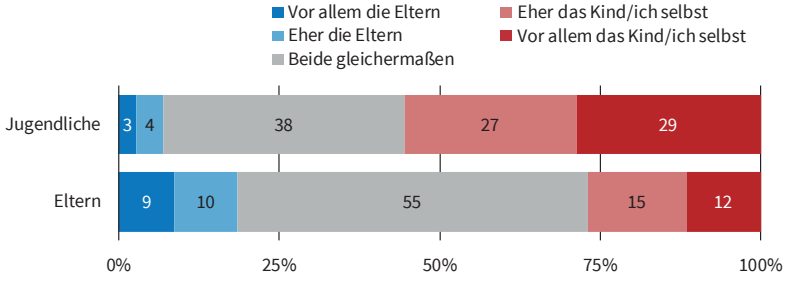


Frage 1:
Gewünschter Bildungsabschluss (unabhängig von besuchter Schule und Noten) Egal, welche Schule du gerade besuchst und wie gut deine Noten sind: Welchen Bildungsabschluss würdest du am liebsten machen?
Frage 2:
Erwarteter Bildungsabschluss Was denkst du, welchen Bildungsabschluss wirst du tatsächlich machen?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.
© ifo Institut

die Jugendlichen auch gefragt, wie wichtig ihnen verschiedene Punkte bei ihrer Entscheidung zwischen beruflicher Ausbildung (Lehre) und Studium sind. Den meisten Jugendlichen (90%) ist es wichtig, dass sie sich sicher sind, den gewählten Bildungsgang zu schaffen, 49% erachten diesen Aspekt sogar als sehr wichtig (vgl. Abb. 19). Zu wissen, was sie im gewählten Bildungsgang erwartet, ist für 89% wichtig. Auch finanzielle Aspekte spielen eine zentrale Rolle: Die Möglichkeit, bald eigenes Geld zu verdienen, später ein hohes Einkommen zu erzielen und sich den Bildungsgang leisten zu können, finden zwischen 81% und 86% der Jugendlichen wichtig. Die Aspekte, dass sie für den Bildungsgang nicht weit wegziehen müssen (63%) und dass die Eltern den Bildungsgang gut finden (56%), sind zwar von geringerer Bedeutung, werden aber auch von einer Mehrheit der Jugendlichen für wichtig erachtet. Deutlich geringer fällt nach Angaben der Jugendlichen die Bedeutung des sozialen Umfeldes aus: Dass ihre Freunde auch den Bildungsgang machen, finden nur 29% wichtig, und dass viele in ihrem Umfeld den Bildungsabschluss haben, ist nur 31% der Jugendlichen wichtig.

Abb. 18

Wer hat Einfluss auf die Bildungsentscheidung?
Mehrheit der Jugendlichen sieht Entscheidung bei sich selbst, Eltern sehen gemeinsamen Einfluss



Frage [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Eltern können einen Einfluss auf die Bildungsentscheidungen ihrer Kinder haben. Was denkst du [Was denken Sie], wer entscheidet bei dir [Ihnen] vor allem, ob du [Ihr Kind] eine berufliche Ausbildung (Lehre), ein Studium oder etwas anderes machst [macht]?
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.
© ifo Institut

Was denken Jugendliche über Studiengebühren?

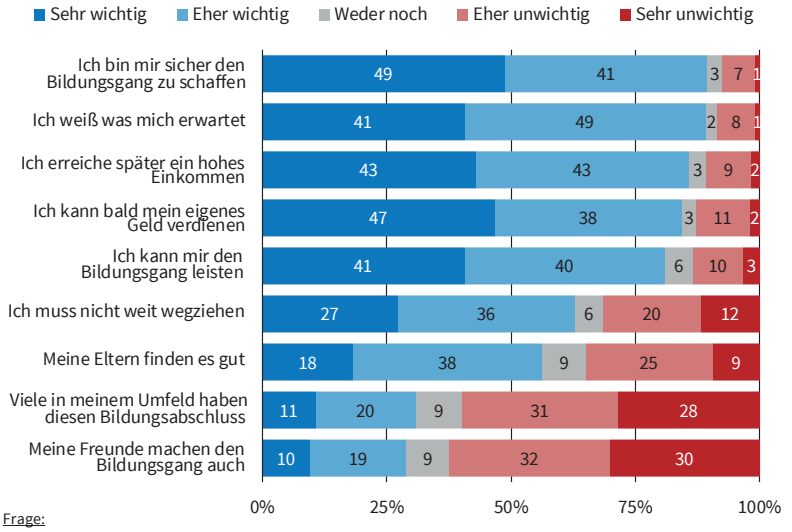
Studiengebühren werden oft als großes Bildungshindernis angesehen, obwohl die kontrovers diskutierte Einführung von Studiengebühren in den vergangenen Jahren keine wesentlichen Effekte auf die Studienbeteiligung in Deutschland hatte (vgl. Bruckmeier und Wigger 2014). Die Jugendlichen sprechen sich deutlich gegen Studiengebühren aus: Eine absolute Mehrheit von 63% ist (sehr oder eher) gegen den Vorschlag, dass Studierende einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen, nur 27% sind dafür (vgl. Abb. 20). Dass die Ablehnung von Studiengebühren unter den Jugendlichen deutlich stärker ausfällt als unter den Erwachsenen (47% sind dafür, 45% sind dagegen), dürfte damit zusammenhängen, dass viele Jugendliche von der Einführung von Studiengebühren direkt betroffen wären.

Eine alternative Form von Studiengebühren sind nachgelagerte Studiengebühren, die erst nach Abschluss des Studiums bezahlt werden und nur dann, wenn das Einkommen der AbsolventInnen einen gewissen Schwellen-

Abb. 19

Was ist Jugendlichen bei ihrer Bildungsentscheidung wichtig?

Wahrscheinlichkeit den Bildungsgang zu schaffen und finanzielle Aspekte besonders wichtig



Frage:
Jetzt geht es uns noch mal um deine Entscheidung über den Bildungsgang, den du machen wirst. Wie wichtig sind dir folgende Punkte bei der Entscheidung, ob du eine berufliche Ausbildung (Lehre) oder ein Studium machen wirst?
…dass ich mir sicher bin, den Bildungsabschluss zu schaffen. /…dass ich weiß, was mich in dem Bildungsgang erwartet. /…dass ich mit dem Bildungsabschluss später ein hohes Einkommen erreichen kann. /…dass ich mit dem Bildungsgang bald mein eigenes Geld verdienen kann. /...dass ich mir den Bildungsgang finanziell leisten kann. / …dass ich für den Bildungsgang nicht weit wegziehen muss. /…dass meine Eltern es gut finden, wenn ich den Bildungsgang mache. /…dass viele in meinem Umfeld den Bildungsabschluss haben. /…dass meine Freunde auch den Bildungsgang machen.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

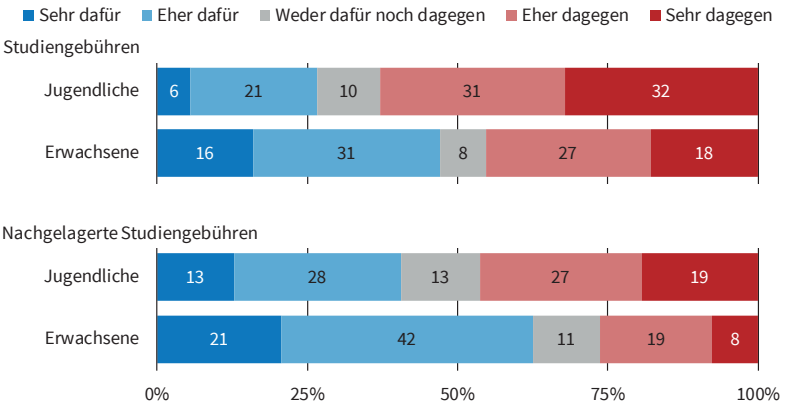
© ifo Institut

wert übersteigt. Diesem Modell stehen die Jugendlichen deutlich positiver gegenüber: 41% sind sehr oder eher dafür, 46% sind sehr oder eher dagegen. Wie in den vorjährigen Befragungen findet sich unter den Erwachsenen für diese Alternative, die etwa in Australien und England üblich ist, sogar eine absolute Mehrheit von 63%, nur 26% der Erwachsenen sind dagegen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Akzeptanz von Reformen der Hochschulfinanzierung stark von der konkreten Ausgestaltung des Studiengebührenmodells abhängt.

Abb. 20

Sollten Studierende Studiengebühren zahlen?

Jugendliche mehrheitlich gegen Studiengebühren, unentschieden bei nachgelagerten Studiengebühren



Frage [einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt]:
Studiengebühren Nun kommen wir zum Studium. Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen?
Nachgelagerte Studiengebühren Nun kommen wir zum Studium. In anderen Ländern gibt es Studiengebühren, die erst nach dem Abschluss des Studiums erhoben werden, wenn die ehemaligen Studierenden Einkommen erzielen. Die Gebühren müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn ihr Jahreseinkommen über einem gewissen Schwellenwert liegt. {*Jugendliche*: In anderen Ländern gibt es Studiengebühren, die erst nach dem Abschluss des Studiums gezahlt werden müssen – und das nur, wenn die ehemaligen Studierenden selbst genug Geld verdienen.} Bist du [Sind Sie] dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch diese alternative Form von Studiengebühren tragen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

Welche Aspekte sind Jugendlichen bei der Berufswahl wichtig?

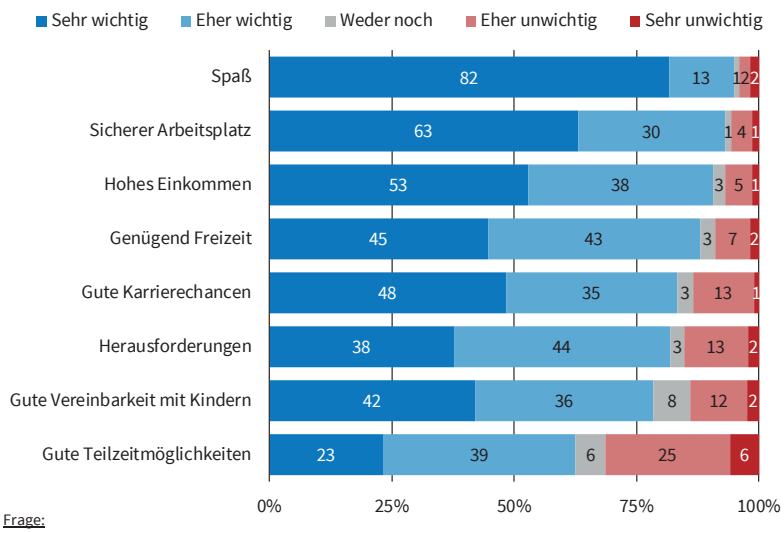
Eine zentrale Aufgabe des Bildungssystems besteht darin, SchülerInnen auf ihr späteres Berufsleben vorzubereiten. Daher haben wir im ifo Bildungsbarometer 2018 auch erfragt, welche Aspekte den Jugendlichen bei ihrer Berufswahl wichtig sind. Während alle abgefragten Aspekte mehrheitlich als (sehr oder eher) wichtig angesehen werden, kommt dem Spaß am Beruf die größte Bedeutung zu: Für 95% der Jugendlichen ist dieser Aspekt wichtig, für 82% sogar sehr wichtig (vgl. Abb. 21). Arbeitsplatzsicherheit (93%) und gute Einkommens- (91%) und Karrierechancen (83%) sind ebenfalls einem Großteil der Jugendlichen wichtig. Auch zeitliche Aspekte spielen eine wesentliche Rolle: Dass der Beruf genügend Freizeit lässt, ist 88% der Jugendlichen wichtig, dass er sich gut mit Kindern vereinbaren lässt, ist 78% wichtig. Dass der Beruf Herausforderungen und die Möglichkeit auf Teilzeit bietet, ist für 82% bzw. 63% wichtig.

Wie zuvor bei der Frage nach der gewünschten Arbeitsmarktbeteiligung der Jugendlichen haben wir auch bei dieser Frage dieselbe zufällig ausgewählte Teilgruppe der Jugendlichen nochmals darauf hingewiesen, dass 91% der Erwachsenen in Deutschland der Meinung sind, dass die Mutter die Berufstätigkeit reduzieren sollte, solange die Kinder noch klein sind, während 41% der Erwachsenen der Meinung sind, dass der Vater seine Berufstätigkeit reduzieren sollte. Dabei ist von besonderem Interesse, wie

Abb. 21

Was ist Jugendlichen bei ihrer Berufswahl wichtig?

Viele Aspekte als wichtig erachtet, besonders Spaß, sicherer Arbeitsplatz und hohes Einkommen



Frage:
Jetzt geht es um den Beruf, den du später einmal machen möchtest. Für die Wahl des Berufes können verschiedene Dinge eine Rolle spielen. Wie wichtig sind dir die folgenden Dinge für deine Berufswahl?
Der Beruf macht mir Spaß./ Der Beruf bietet einen sicheren Arbeitsplatz (keine Arbeitslosigkeit)./ Der Beruf ermöglicht ein hohes Einkommen./ Der Beruf lässt mir genügend Freizeit./ Der Beruf eröffnet gute Karrierechancen./ Der Beruf bietet Herausforderungen für mich./ Der Beruf lässt sich gut damit vereinbaren, Kinder zu haben./ Der Beruf bietet gute Möglichkeiten, auch Teilzeit zu arbeiten.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018.

© ifo Institut

die Information über die bestehenden Geschlechternormen die Bedeutung von Aspekten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ändert. In der uninformierten Teilgruppe geben 83% der Mädchen und 74% der Jungen an, dass es ihnen wichtig ist, dass sich der Beruf gut mit Kindern vereinbaren lässt. Die Information über die Normen verringert den Anteil der Mädchen signifikant um 6 Prozentpunkte, während die Einstufung der Jungen unverändert bleibt. Gute Möglichkeiten Teilzeit zu arbeiten sind 74% der Mädchen und 51% der Jungen wichtig.

ZUSAMMENFASSUNG

Das ifo Bildungsbarometer hat in diesem Jahr erstmals die Meinungen von 14- bis 17-jährigen Jugendlichen zu Bildungsthemen erhoben. Da Jugendliche zum einen die direkten Nutzer des Bildungssystems sind und zum anderen das Bildungssystem aktiv mitbestimmen, ist ihre Meinung von besonderer bildungspolitischer Relevanz.

Der Vergleich zwischen Jugendlichen und Erwachsenen zeigt interessante Übereinstimmungen und Unterschiede auf. Deutliche Mehrheiten der Jugendlichen und Erwachsenen sprechen sich für Leistungsorientierung und Vergleichbarkeit im deutschen Schulsystem aus, z.B. für Schulnoten, standardisierte Vergleichstests, zentrale Abschlussprüfungen und Sitzenbleiben bei schlechten Leistungen. Unterschiede ergeben sich hingegen bei Themen wie Ausgaben für kleinere Klassen statt neue Lehrmittel, Ganztagsschulen und Studiengebühren. Diesen Reformvorschlägen stehen Jugendliche deutlich skeptischer gegenüber als Erwachsene.

Im Bereich der Digitalisierung sprechen sich überwältigende Mehrheiten der Jugendlichen und Erwachsenen für die Vermittlung digitaler Kompetenzen an den Schulen aus. Die Jugendlichen sind aber der Meinung, dass ein größerer Anteil der Unterrichtszeit am Computer verbracht werden sollte, als es die Erwachsenen meinen. Auch der Nutzung digitaler Kommunikationswege zwischen Schulen, SchülerInnen und Eltern stehen beide Gruppen offen gegenüber.

Für die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung finden sich knappe Mehrheiten bei Jugendlichen und Erwachsenen. Auch sind deutliche Mehrheiten beider Gruppen dafür, dass Flüchtlingskinder an Grundschulen schnell in existierende Klassen integriert werden sollten. Beide Gruppen sind der Meinung, dass Chancengleichheit ein Problem im deutschen Bildungssystem darstellt.

Sowohl Jungen als auch Mädchen sind deutlich gegen einen getrenntgeschlechtlichen Unterricht in Mathematik oder Sprachen. Im Sportunterricht befürwortet jedoch eine knappe absolute Mehrheit der Mädchen und eine knappe relative Mehrheit der Jungen einen getrenntgeschlechtlichen Unterricht. Außerdem ist nur ein geringer Teil der Jugendlichen der Meinung, dass Mädchen oder Jungen aufgrund ihres Geschlechtes in verschiedenen Fächern bevorzugt behandelt werden. Klare Mehrheiten der Jugendlichen sprechen sich für die Behandlung geschlechtersensibler Themen im Unterricht aus. Eine Mehrheit der Mädchen gibt an, maximal 20 Stunden pro Woche arbeiten zu wollen, wenn sie einmal kleine Kinder haben, bei den Jungen ist dies nur in einer Minderheit der Fall.

60% der Jugendlichen würde am liebsten ein Studium machen, 40% eine berufliche Ausbildung. Der Studienwunsch ist bei Jugendlichen aus Akademikerfamilien stärker ausgeprägt. Bei Jugendlichen aus Nicht-Akademikerfamilien besteht eine höhere Diskrepanz zwischen gewünschtem und erwartetem Bildungsabschluss. Insgesamt sind den Jugendlichen bei der Wahl ihres Bildungsabschlusses und Berufs wirtschaftliche Aspekte wichtig, aber auch andere Aspekte spielen eine wichtige Rolle.

LITERATUR

Aktionsrat Bildung (2009), *Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem,* VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Aktionsrat Bildung (2018), *Digitale Souveränität und Bildung*, Waxmann, Münster.

Angrist, J.D., V. Lavy, J. Leder-Luis und A. Shany (2017), »Maimonides rule redux«, NBER Working Paper No. 23486. National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

Bruckmeier, K. und B.U. Wigger (2014), »The effects of tuition fees on transition from high school to university in Germany«, *Economics of Education Review* 41, 14–23.

Bulman, G. und R.W. Fairlie (2016), »Technology and education: Computers, software, and the internet«, in: E.A. Hanushek, S. Machin und L. Wößmann (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education,* Vol. 5, North Holland, Amsterdam, 239–280.

Falck, O., C. Mang und L. Wößmann (2018), »Virtually no effect? Different uses of classroom computers and their effect on student achievement«, *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 80(1), 1–38.

Halpern, D.F., L. Eliot, R.S. Bigler, R.A. Fabes, L.D. Hanish, J. Hyde, L.S. Liben, C. Lynn Martin (2011), »The pseudoscience of single-sex schooling«, *Science* 333(6050), 1706–1707.

Kracke, N., D. Buck und E. Middendorff (2018), »Beteiligung an Hochschulbildung: Chancen(un)gleichheit in Deutschland«, DZHW Brief 3/2018, Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Hannover.

OECD (2016), *OECD.Stat* (*Social Protection and Well-being*). OECD, Paris.

Wippermann, C. (2015), *Transparenz für mehr Entgeltgleichheit: Einflüsse auf den Gender Pay Gap (Berufswahl, Arbeitsmarkt, Partnerschaft, Rollenstereotype) und Perspektiven der Bevölkerung für Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern*, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

Wößmann, L., P. Lergetporer, E. Grewenig, S. Kersten und K. Werner (2018), »Was denken die Deutschen zu Geschlechterthemen und Gleichstellung in der Bildung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2018«, *ifo Schnelldienst* 71 (17), 15–30.

Wößmann, L., P. Lergetporer, E. Grewenig, F. Kugler und K. Werner (2017), »Fürchten sich die Deutschen vor der Digitalisierung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2017«, *ifo Schnelldienst* 70(17), 17–38.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler, L. Oestreich und K. Werner (2015), »Deutsche sind zu grundlegenden Bildungsreformen bereit – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2015«, *ifo Schnelldienst* 68(17), 29–50.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2016), »Denken Lehrkräfte anders über die Bildungspolitik als die Gesamtbevölkerung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2016«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 19–34.

Manuela Krause, Johannes Blum und Niklas Potrafke

Volkswirte blicken auf ihre Profession

Zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise wurden in der Juli-Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten befragt, wie sich ihrer Meinung nach die Bedeutung der VWL gewandelt hat und inwieweit die Disziplin seit dem Ausbruch der Finanzkrise selbst einen Wandel erfahren hat.

Die Finanzkrise ab 2008 wurde von den wenigsten Volkswirten vorausgesehen. Infolgedessen gab es viel öffentliche Kritik an der Volkswirtschaftslehre und ihrer Aussagekraft. Sogar Forderungen nach der Auflösung volkswirtschaftlicher Beratungsgremien wurden in dem Kontext laut. Die Juli-Umfrage des Ökonomenpanels wurde in zwei Teile untergliedert: Der erste Teil widmete sich der Frage, wie sich Lehre und Forschung seit Ausbruch der Finanzkrise verändert haben. Der zweite Teil ging im Anschluss darauf ein, inwieweit sich der Einfluss von Ökonomen auf die Politik und die öffentliche Meinung verändert hat. Neben der positiven Fragestellung wurden die Fragen auch jeweils normativ formuliert, um eine mögliche Diskrepanz zwischen Ist- und Soll-Zustand in der Volkswirtschaftslehre abzubilden.

Ökonomenpanel von ifo und FAZ

Im Ökonomenpanel von ifo und FAZ wird regelmäßig eine repräsentative Gruppe von Professoren der Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen befragt. Das Ziel des Ökonomenpanels ist, der Öffentlichkeit eine differenziertere Sichtweise der Ansichten von Ökonomen zu gegenwärtigen Herausforderungen in Deutschland und der Welt zu präsentieren. An der Umfrage im Juli 2018 beteiligten sich rund 150 Ökonomen.

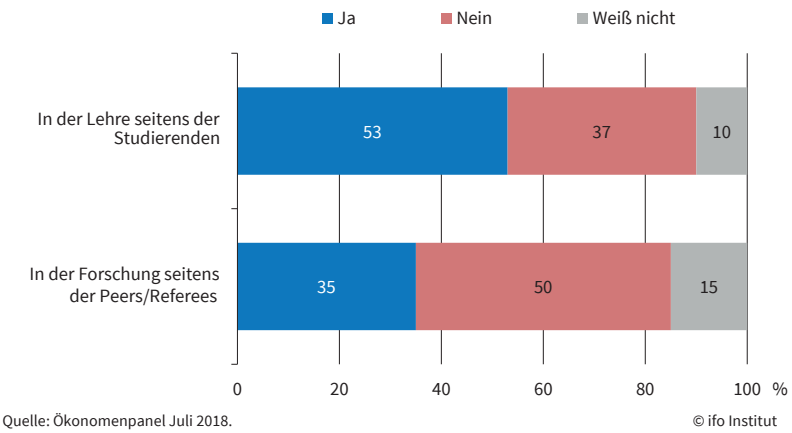
VERÄNDERUNGEN INNERHALB DER VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE SEIT AUSBRUCH DER FINANZKRISE 2008

Die öffentliche Kritik an der Volkswirtschaftslehre bezog sich in der Vergangenheit oftmals auf die starke Modellfokussierung in wirtschaftswissenschaftlicher Forschung und Lehre – verbunden mit Modellannahmen, die die Wirklichkeit möglicherweise nicht zutreffend abbilden. Eine Mehrheit der befragten Ökonomen gab in der Umfrage an, ein zunehmendes Hinterfragen der Modelle und der Modellannahmen in der Lehre seitens ihrer Studierenden wahrzunehmen, nicht aber in der Forschung seitens der Peers bzw. Referees. 53% der Befragten beobachten demzufolge eine zunehmende Skepsis seitens der Studierenden, während 37% dies nicht feststellen (10% geben an, es nicht zu wissen). In der Forschung aber wird nur von 35% der teilnehmenden Ökonomen eine stärke Hinterfragung seitens der Peers bzw. Referees wahrgenommen; 50% der Teilnehmer teilen diese Beobachtung nicht (15% geben an, es nicht zu wissen) (vgl. Abb. 1).

Abb. 1

Bedeutung von Modellen und Modellannahmen

Sind Sie der Meinung, dass seit der Finanzkrise Modelle und Modellannahmen stärker hinterfragt werden?



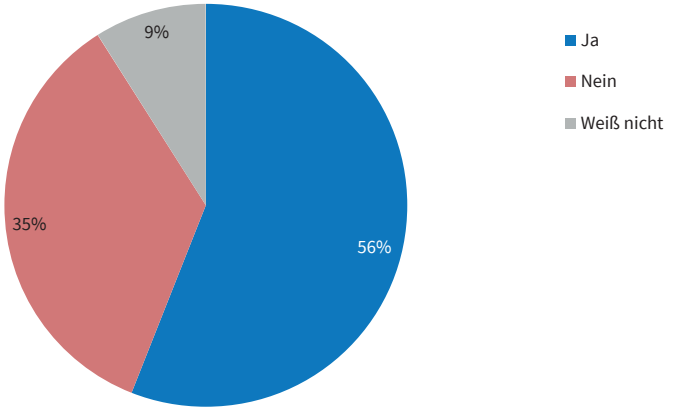
Quelle: Ökonomenpanel Juli 2018.

© ifo Institut

Abb. 2

Bedeutung der Verhaltensökonomik

Sind Sie der Meinung, dass durch die Finanzkrise die Verhaltensökonomik an Bedeutung gewonnen hat?



Quelle: Ökonomenpanel Juli 2018.

© ifo Institut

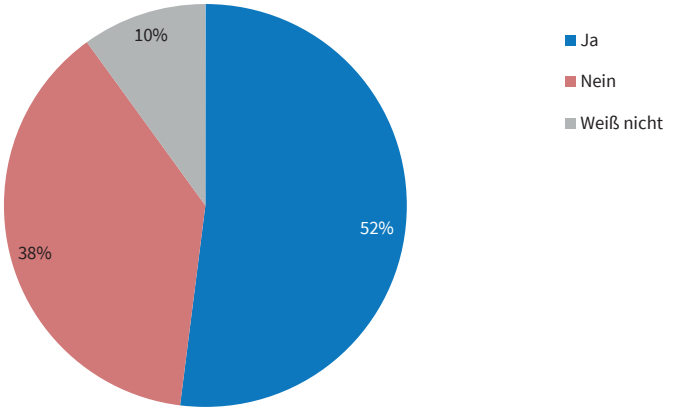
Auch wurden die Professoren nach der Bedeutung der Verhaltensökonomie seit Ausbruch der Finanzkrise befragt. Die Verhaltensökonomie versucht, Marktversagen zu erklären, indem sie die implizierte Rationalität der Akteure im Sinne des »Homo oeconomicus« infrage stellt und sich mit menschlichem Verhalten auseinandersetzt. Aus Sicht von 56% der befragten Ökonomen hat dieser Zweig der VWL durch die Finanzkrise an Bedeutung gewonnen, wohingegen 35% der Befragten diesen Bedeutungszuwachs durch die Krise nicht wahrnehmen (vgl. Abb. 2).

Neben dem Einfluss der Finanzkrise auf die Bedeutung von theoretischen Modellen stellt sich folglich auch die Frage, ob empirische Evidenz gegenüber theoretischen Modellen seitdem an Bedeutung gewonnen hat. So geben 52% der Befragten an, dass durch die Finanzkrise die empirische Wirtschaftsforschung gegenüber theoretischen Modellen an Bedeutung gewonnen habe, während 38% diese Auffassung nicht teilen (vgl. Abb. 3).

Abb. 3

Bedeutung von empirischer Evidenz

Sind Sie der Meinung, dass durch die Finanzkrise empirische Evidenz gegenüber theoretischen Modellen an Bedeutung gewonnen hat?



Quelle: Ökonomenpanel Juli 2018.

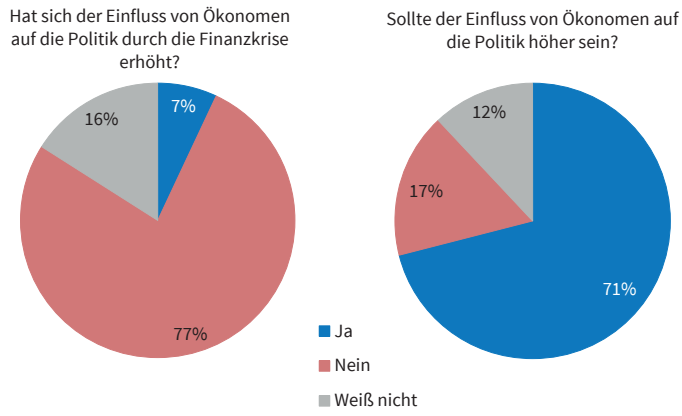
© ifo Institut

Der Volkswirtschaftslehre ist es damals nicht gelungen, die Finanzkrise vorherzusehen. Dies war der Anlass für Forderungen, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre zu überdenken. Von den befragten Ökonomen geben 47% an, ihre Forschung und Lehre aufgrund der Finanzkrise daher verändert zu haben. 51% haben dagegen keine Veränderung vorgenommen. Die befragten Ökonomen, die ihre Forschung und Lehre geändert haben, geben an, Änderungen u.a. deshalb vorgenommen zu haben, weil die Finanzkrise in ihrem Forschungsgebiet liegt und um auf Lehren aus der Krise hinzuweisen. Befragte Ökonomen, deren Forschungs- und Lehrgebiete nicht von der Finanzkrise betroffen sind, sahen dagegen keinen Anlass, Forschung und Lehre zu verändern. Ebenso gaben die Befragten, die ihre Forschung und Lehre im Zuge der Finanzkrise nicht verändert haben, an, auch schon vor der Krise auf Modelllimitationen hingewiesen zu haben; zugleich nehmen sie die Finanzkrise vornehmlich als politische Krise wahr und sehen keine Alternativen zu klassischen Modellen.

Während der Anteil der befragten Ökonomen, die ihre Forschung und Lehre aufgrund der Krise verändert haben, und der Anteil der befragten Ökonomen, die diese nicht verändert haben, in etwa gleich groß ist, befürwortet dennoch eine Mehrheit der befragten Ökonomen den Wunsch nach einer Veränderung der VWL infolge der Finanzkrise. Diese Diskrepanz ergibt sich möglicherweise daraus, dass die Finanzkrise nicht zum Forschungsgebiet einiger Ökonomen gehört, diese Ökonomen aber dennoch eine Veränderung bei ihren Kollegen befürworten. Die Umfrageergebnisse scheinen dies zu bestätigen: Von den Teilnehmern, die ihre Forschung und Lehre nicht verändert haben, befürwortet eine Mehrheit von 46% die Aussage, dass es zu Veränderungen in der VWL kommen sollte. Insgesamt gesehen, stimmen 64% der Teilnehmer dieser Aussage zu. 26% lehnen diese Forderung ab. Als Gründe für eine Befürwortung wurden u.a. die Realitätsferne und die mangelnde Glaubwürdigkeit der VWL genannt, die besser adressiert werden müssen. Veränderungen durch die Finanzkrise werden von den befragten Ökonomen dagegen u.a.

Abb. 4

Einfluss von Ökonomen auf die Politik

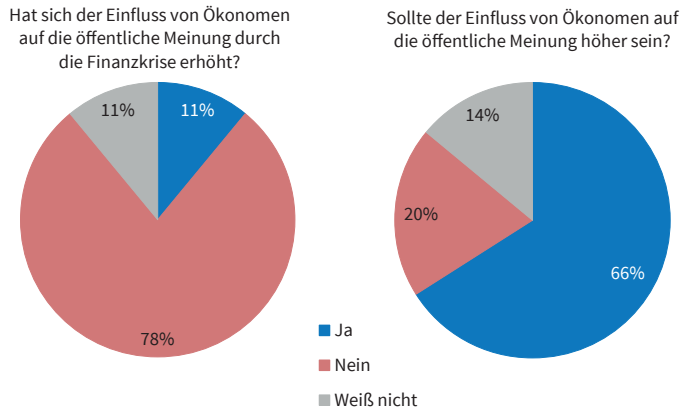


Quelle: Ökonomenpanel Juli 2018.

© ifo Institut

Abb. 5

Einfluss von Ökonomen auf die öffentliche Meinung



Quelle: Ökonomenpanel Juli 2018.

© ifo Institut

deshalb abgelehnt, weil die Methoden, mit denen die Finanzkrise erklärt werden kann, bereits bekannt waren, Grundsätzliches nicht notwendigerweise verändert werden muss und die Finanzkrise nur Teile der VWL betrifft.

EINFLUSS AUF POLITIK UND ÖFFENTLICHE MEINUNG DURCH DIE FINANZKRISE

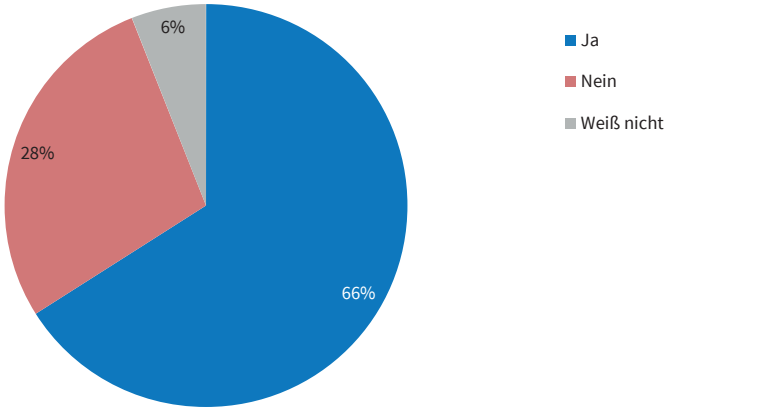
Neben dem Einfluss auf Forschung und Lehre durch die Finanzkrise stellt sich auch die Frage, wie sich nach Sicht der Ökonomen deren Einfluss auf Politik und öffentliche Meinung im Zuge der Finanzkrise verändert hat. Nach Meinung von 77% der Befragten hat sich der Einfluss der Volkswirte auf die Politik durch die Finanzkrise nicht erhöht. Lediglich 7% nehmen das Gegenteil an. Von diesen 7% sehen 33% die Einflusszunahme ausschließlich bei unmittelbar wirtschaftlichen Themen (bspw. Arbeitslosigkeit), während 67% diese Erhöhung des Einflusses auch bei mittelbar wirtschaftlichen Themen (bspw. Flüchtlingskrise) wahrnehmen. Dementsprechend geben auch 71% der befragten Ökonomen an, dass Ökonomen einen höheren Einfluss auf die Politik haben sollten. Nur 17% der Befragten lehnen dies ab. Von denen, die mehr Einfluss der Ökonomen auf die Politik als erstrebenswert erachten, würden sich 43% diesen verstärkten Einfluss vornehmlich bei unmittelbar wirtschaftlichen Themen wünschen, 56% dagegen auch bei mittelbar wirtschaftlichen Themen (vgl. Abb. 4).

Ein vergleichbares Bild zeichnet sich bei der Frage nach dem Einfluss von Ökonomen auf die öffentliche Meinung ab. Abermals glaubt eine deutliche Mehrheit von 78% der befragten Ökonomen nicht, dass sich der Einfluss von Ökonomen auf die öffentliche Meinung durch die Finanzkrise erhöht hat, während nur 11% davon überzeugt sind. Von diesen 11% sehen 40% die Einflusszunahme ausschließlich bei unmittelbar wirtschaftlichen Themen, während 53% die Erhöhung auch bei mittelbar wirtschaftlichen Themen feststellen.

Abb. 6

Ansehensverlust von Ökonomen

Stimmen Sie der Aussage zu, dass es durch die Krise zu einem Ansehensverlust der Ökonomen gekommen ist?



Quelle: Ökonomenpanel Juli 2018.

© ifo Institut

Auch im Fall der öffentlichen Meinung würde eine deutliche Mehrheit der teilnehmenden Ökonomen (66%) einen weitreichenderen Einfluss begrüßen, während 20% der Befragten diesen ablehnen. Von denen, die mehr Einfluss der Ökonomen auf die öffentliche Meinung als erstrebenswert erachten, würden sich 41% diesen Einfluss bei unmittelbar wirtschaftlichen Themen wünschen, 59% auch bei mittelbar wirtschaftlichen Themen (vgl. Abb. 5).

Zwei Drittel der befragten Ökonomen (66%) empfinden sogar einen Ansehensverlust durch die Krise, vor allem in den Subdisziplinen Makroökonomik, Finanzmarktökonomik und der Konjunkturtheorie. 28% nehmen dagegen keinen Ansehensverlust wahr (vgl. Abb. 6).

*Timo Wollmershäuser**

ifo Konjunkturprognose Herbst 2018:

Überauslastung hält an bei zunehmenden weltwirtschaftlichen Risiken

Der weltwirtschaftliche Aufschwung setzt sich fort. Nach einem leichten Dämpfer im ersten Quartal 2018 expandierte die Weltwirtschaft im zweiten Quartal wieder kräftig. Im Verlauf dieses Jahres werden die meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften wohl in eine Überauslastung kommen. Damit dürfte es diesen Ländern zunehmend schwerer fallen, die gesamtwirtschaftliche Produktion weiterhin in hohem Tempo auszuweiten. In vielen Schwellenländern haben sich zudem die Finanzierungsbedingungen etwas verschlechtert, so dass mit einem Dämpfer bei der Investitionstätigkeit gerechnet werden muss. Insgesamt dürfte sich die Weltkonjunktur im Prognosezeitraum allmählich abschwächen, wenngleich die Expansionsraten weiterhin über dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre bleiben. Für das laufende Jahr rechnet das ifo Institut mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts der Welt um 3,3%, bevor das Tempo in den kommenden beiden Jahren mit Raten von jeweils 3,1% und 2,9% etwas abnimmt (vgl. Tab. 1 und 2). Die weltwirtschaftlichen Risiken nehmen im Vergleich zur Sommerprognose zu. Hierfür ist im Wesentlichen die Verschärfung der handelspolitischen Konflikte verantwortlich, aber auch die wirtschaftlichen Krisen in einigen Schwellenländern sowie das nur zögerliche Voranschreiten der Brexit-Verhandlungen tragen dazu bei.

Nach einer kurzen Verschnaufpause zu Jahresbeginn hat die deutsche Wirtschaft wieder an Schwung gewonnen, der voraussichtlich bis ins kommende Jahr anhalten wird. Allerdings dürfte die hohe Zuwachsrate des Boomjahres 2017 nicht wieder erreicht werden. Für das laufende und das kommende Jahr rechnet das ifo Institut mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von jeweils 1,9%, bevor sich die Konjunktur im Jahr 2020 allmählich abschwächen dürfte (vgl. Tab. 3 und 4). Damit wird die Überauslastung der deutschen Wirtschaft anhalten und sich der Lohn- und Preisanstieg weiter beschleunigen. Getragen wird die konjunkturelle Entwicklung in 2018 und 2019 vom privaten Konsum, der von einer steigenden Beschäftigung und kräftigen Einkommenszuwächsen profitiert. Die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen fördern Investitionsentscheidungen, und der hohe Auslastungsgrad vieler Unternehmen legt eine Erweiterung der Produktionskapazitäten nahe. Durch die Ausweitung staatlicher Transferleistungen und Ausgabenprogramme sowie Entlastungen der Arbeitnehmer im nächsten Jahr wirkt zudem die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung stimulierend. Schließlich dürfte auch die Exportwirtschaft von der weiterhin guten Weltkonjunktur profitieren, auch wenn dieser Impuls im Prognosezeitraum allmählich nachlassen wird. Bei alledem ist unterstellt, dass der Waffenstillstand im Handelskrieg zwischen der EU und den USA hält und sich der Brexit geordnet vollzieht.

Abgeschlossen am 5. September 2018.

*-Für das Projektteam.

Tab. 1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in %[a]	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
		2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	**69,3**	**2,3**	**2,3**	**2,1**	**1,9**	**1,8**	**2,1**	**2,0**	**1,9**
USA	29,9	2,2	2,9	2,7	2,3	2,1	2,6	2,4	2,1
Euroraum	19,2	2,5	2,1	1,9	1,7	1,5	1,8	1,7	1,8
Japan	7,9	1,7	0,8	1,0	0,7	0,5	1,0	1,3	1,5
Vereinigtes Königreich	4,3	1,7	1,2	1,3	1,4	2,7	2,7	2,1	2,0
Kanada	2,5	3,0	2,1	2,0	2,0	1,6	2,2	2,2	2,1
Südkorea	2,3	3,1	2,7	2,7	2,6	1,9	1,6	2,0	2,0
Schweiz	1,1	1,1	2,3	2,0	1,8	0,5	0,8	0,9	1,0
Schweden	0,8	2,5	3,0	2,0	2,0	1,8	1,9	1,9	1,9
Norwegen	0,6	2,4	1,6	1,9	1,7	1,9	2,6	2,2	2,0
Dänemark	0,5	2,3	0,8	1,7	1,5	1,1	1,1	1,4	1,8
Tschechien	0,3	4,5	2,9	2,8	2,8	2,4	2,4	2,0	2,0
Schwellenländer	**30,7**	**5,6**	**5,5**	**5,3**	**5,2**	**2,8**	**3,2**	**3,4**	**3,3**
China	18,0	6,9	6,7	6,3	6,0	1,6	2,1	2,3	2,4
Indien	3,7	6,3	7,4	7,3	7,4	3,3	4,8	4,7	4,8
Brasilien	2,9	1,0	1,3	2,6	2,2	3,4	3,4	4,1	4,2
Russland	2,1	1,1	1,9	1,5	1,5	3,7	3,3	4,5	4,0
Mexiko	1,7	2,3	2,1	2,5	2,6	6,0	4,4	3,3	3,0
Türkei	1,4	7,4	4,8	3,0	4,9	11,1	13,5	11,4	9,0
Polen	0,8	4,7	4,7	3,5	3,6	1,6	1,6	2,4	2,7
Ungarn	0,2	4,2	4,2	3,2	3,2	2,4	2,4	3,3	3,1
Welt	**100,0**	**3,3**	**3,3**	**3,1**	**2,9**	**2,1**	**2,5**	**2,4**	**2,4**
nachrichtlich:									
Welthandel, real[b]		4,6	3,7	3,6	3,3				
Annahmen									
Ölpreis $/Barrel (Brent)		54,2	71,9	74,3	75,8				
Wechselkurs $/€		1,13	1,19	1,17	1,17				

[a] Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2017 in US-Dollar. [b] Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2018 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

Tab. 2

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote im Euroraum

	Gewicht in %	Bruttoinlandsprodukt[a]				Verbraucherpreise[b]				Arbeitslosenquote[c]			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in %			
		2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Deutschland[a]	29,2	2,5	1,9	2,0	1,4	1,7	1,8	2,0	2,0	3,8	3,6	3,3	3,1
Frankreich	20,5	2,3	1,6	1,5	1,6	1,2	2,1	1,7	1,7	9,4	9,0	8,7	8,3
Italien	15,4	1,6	1,1	1,1	1,2	1,3	1,2	1,2	1,3	11,3	10,9	10,7	10,5
Spanien	10,4	3,1	2,7	2,4	2,2	2,0	1,9	1,7	1,9	17,2	15,3	13,9	12,6
Niederlande	6,6	3,0	3,0	2,7	2,2	1,3	1,8	2,1	2,2	4,9	3,9	3,7	3,7
Euroraum	**100,0**	**2,5**	**2,1**	**1,9**	**1,7**	**1,5**	**1,8**	**1,7**	**1,8**	**9,1**	**8,4**	**8,1**	**7,7**

[a] Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). [c] Standardisiert.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; 2018 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

Tab. 3

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2018	2019	2020	2018	2019	2020
	Veränderung ggü. Vorjahr in %[a]			Differenz zur ifo Konjunktur-prognose Sommer 2018		
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,9	1,7	+ 0,1	+ 0,1	·
Private Konsumausgaben	1,5	1,7	1,4	+ 0,1	– 0,1	·
Konsumausgaben des Staates	1,1	1,9	1,3	+ 0,2	0,0	·
Bruttoanlageinvestitionen	3,0	2,9	3,7	– 0,6	0,0	·
Ausrüstungen	4,3	3,0	4,4	+ 0,7	+ 0,1	·
Bauten	2,9	2,6	3,3	– 0,7	0,0	·
Sonstige Anlagen	0,9	3,5	3,6	– 2,6	– 0,2	·
Inländische Verwendung	2,0	1,9	1,7	+ 0,3	0,0	·
Exporte	3,3	4,5	4,2	+ 0,3	+ 0,4	·
Importe	3,7	4,9	4,6	+ 0,7	+ 0,1	·
Erwerbstätige[b] (1 000 Personen)	44 872	45 361	45 771	+ 39	+ 135	·
Arbeitslose (1 000 Personen)	2.347	2.235	2.133	+ 6	+ 31	·
Arbeitslosenquote BA[c] (in %)	5,2	4,9	4,7	+ 0,0	+ 0,0	·
Verbraucherpreise[d] (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	1,8	2,1	2,0	– 0,2	+ 0,0	·
Lohnstückkosten[e] (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	2,1	2,3	1,9	+ 0,1	+ 0,0	·
Finanzierungssaldo des Staates[f]						
– in Mrd. EUR	45,5	37,2	36,0	+ 7,5	– 0,4	·
– in % des Bruttoinlandsprodukts	1,3	1,1	1,0	+ 0,2	– 0,0	·
Leistungsbilanzsaldo						
– in Mrd. EUR	268,5	277,5	288,0	+ 1,3	+ 9,1	·
– in % des Bruttoinlandsprodukts	7,9	7,8	7,8	+ 0,0	+ 0,2	·

[a] Preisbereinigte Angaben. [b] Inlandskonzept. [c] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). [d] Verbraucherpreisindex (2010=100). [e] Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. [f] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2018 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

Tab. 4

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts[a]

Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Private Konsumausgaben	0,5	0,3	0,4	0,4	0,6	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Konsumausgaben des Staates	– 0,3	0,6	0,6	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	2,3	0,3	0,2	0,6	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7
Bauten	1,6	0,6	0,7	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	– 0,5	0,3	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Vorratsinvestitionen[b]	– 0,1	0,4	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	0,9	0,3	0,4	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Außenbeitrag[b]	– 0,1	-0,4	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	– 0,3	0,7	1,4	1,4	1,1	1,1	1,0	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8
Importe	– 0,2	1,7	1,1	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	0,9	0,9	0,9	0,9

[a] Saison- und kalenderbereinigte Werte. [b] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab III/2018: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2017				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	= Bruttowertschöpfung	2 954,7	2 011,7	315,0	628,0	–
2	– Abschreibungen	573,1	329,2	71,4	172,5	–
3	= Nettowertschöpfung 1)	2 381,6	1 682,4	243,7	455,5	– 247,8
4	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 667,6	1 194,7	246,7	226,2	14,3
5	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,0	12,4	0,2	9,4	–
6	+ Empfangene sonstige Subventionen	26,3	24,5	0,2	1,5	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	718,3	499,9	– 3,0	221,4	– 262,1
8	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 668,8	–	–	1 668,8	13,2
9	– Geleistete Subventionen	28,4	–	28,4	–	5,2
10	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	345,1	–	345,1	–	6,8
11	– Geleistete Vermögenseinkommen	705,1	646,5	33,8	24,8	179,2
12	+ Empfangene Vermögenseinkommen	774,4	354,0	15,9	404,5	109,9
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 773,1	207,4	295,8	2 269,9	– 316,7
14	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	410,8	88,7	–	322,2	10,9
15	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	421,3	–	421,3	–	0,4
16	– Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	674,8	–	–	674,8	4,4
17	+ Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	676,4	126,9	548,6	0,8	2,9
18	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	572,2	65,3	506,1	0,8	0,5
19	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	565,2	–	–	565,2	7,5
20	– Geleistete sonstige laufende Transfers	331,4	178,0	75,2	78,2	52,2
21	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	278,7	146,9	21,8	110,0	104,9
22	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 725,3	149,3	706,1	1 869,9	– 268,9
23	– Konsumausgaben	2 371,1	–	638,9	1 732,2	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 52,1	–	52,1	–
25	= Sparen	354,3	97,2	67,2	189,8	– 268,9
26	– Geleistete Vermögenstransfers	70,1	16,3	43,9	9,8	3,6
27	+ Empfangene Vermögenstransfers	60,6	31,2	10,2	19,2	13,1
28	– Bruttoinvestitionen	658,5	381,3	72,4	204,8	–
29	+ Abschreibungen	573,1	329,2	71,4	172,5	–
30	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 3,0	– 2,5	– 1,6	1,0	3,0
31	= Finanzierungssaldo	262,5	62,6	34,0	165,9	– 262,5
	Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 725,3	149,3	706,1	1 869,9	– 268,9
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	415,6	–	415,6	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	415,6	–	–	415,6	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 725,3	149,3	290,6	2 285,5	– 268,9
38	– Konsum 3)	2 371,1	–	223,3	2 147,7	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 52,1	–	52,1	–
40	= Sparen	354,3	97,2	67,2	189,8	– 268,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2018				
			Gesamte Volks-wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 067,9	2 087,1	327,8	653,0	–
2	–	Abschreibungen	598,8	345,0	73,0	180,8	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 469,0	1 742,0	254,8	472,2	– 246,6
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 744,8	1 250,5	256,6	237,8	14,7
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,8	13,1	0,2	9,6	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	27,0	25,2	0,2	1,6	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	728,3	503,6	– 1,7	226,4	– 261,2
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 746,0	–	–	1 746,0	13,4
9	–	Geleistete Subventionen	28,8	–	28,8	–	5,4
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	353,7	–	353,7	–	7,2
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	717,2	662,4	31,7	23,1	180,0
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	788,5	355,8	18,1	414,6	108,7
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 870,6	197,0	309,5	2 364,0	– 317,3
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	433,7	94,5	–	339,2	11,1
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	444,3	–	444,3	–	0,4
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	698,9	–	–	698,9	4,8
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	700,7	129,0	570,9	0,8	3,0
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	586,6	65,7	520,0	0,8	0,4
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	579,2	–	–	579,2	7,9
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	349,1	181,5	86,3	81,3	53,5
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	306,3	171,7	23,3	111,4	96,2
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 832,9	156,0	741,7	1 935,1	– 279,6
23	–	Konsumausgaben	2 448,4	–	661,6	1 786,7	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 53,0	–	53,0	–
25	=	Sparen	384,5	103,0	80,1	201,4	– 279,6
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	68,3	17,0	41,2	10,2	3,9
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	58,2	27,7	11,5	19,0	14,1
28	–	Bruttoinvestitionen	703,7	404,5	79,5	219,7	–
29	+	Abschreibungen	598,8	345,0	73,0	180,8	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 3,2	– 2,6	– 1,6	1,0	3,2
31	=	Finanzierungssaldo	272,6	56,8	45,5	170,3	– 272,6
		Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 832,9	156,0	741,7	1 935,1	– 279,6
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	427,7	–	427,7	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	427,7	–	–	427,7	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 832,9	156,0	314,0	2 362,8	– 279,6
38	–	Konsum 3)	2 448,4	–	233,9	2 214,4	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 53,0	–	53,0	–
40	=	Sparen	384,5	103,0	80,1	201,4	– 279,6

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2019				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 199,8	2 181,0	340,6	678,3	–
2	–	Abschreibungen	625,7	358,8	77,9	188,9	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 574,2	1 822,1	262,7	489,3	– 255,1
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 826,8	1 309,1	266,8	250,8	15,0
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,0	13,0	0,2	9,8	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	27,3	25,5	0,2	1,6	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	751,6	525,5	– 4,1	230,3	– 270,1
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 828,3	–	–	1 828,3	13,5
9	–	Geleistete Subventionen	29,3	–	29,3	–	5,4
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	364,6	–	364,6	–	7,3
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	722,1	668,9	31,0	22,1	182,5
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	796,2	359,3	18,1	418,8	108,4
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 989,4	215,9	318,2	2 455,3	– 328,9
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	449,8	97,0	–	352,8	11,4
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	460,7	–	460,7	–	0,4
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	727,0	–	–	727,0	5,1
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	729,0	131,4	596,8	0,9	3,1
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	611,7	66,1	544,7	0,9	0,5
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	604,2	–	–	604,2	8,0
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	363,4	187,0	93,6	82,7	55,0
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	318,0	180,8	23,6	113,5	100,4
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 949,4	177,9	761,1	2 010,4	– 288,9
23	–	Konsumausgaben	2 548,3	–	692,6	1 855,7	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 54,1	–	54,1	–
25	=	Sparen	401,1	123,9	68,5	208,7	– 288,9
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	63,0	17,0	36,0	10,0	4,2
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	52,2	22,6	10,1	19,5	15,0
28	–	Bruttoinvestitionen	737,9	418,1	84,9	234,9	–
29	+	Abschreibungen	625,7	358,8	77,9	188,9	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 3,3	– 2,7	– 1,6	1,0	3,3
31	=	Finanzierungssaldo	281,4	72,9	37,2	171,2	– 281,4
		Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 949,4	177,9	761,1	2 010,4	– 288,9
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	448,0	–	448,0	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	448,0	–	–	448,0	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 949,4	177,9	313,0	2 458,4	– 288,9
38	–	Konsum 3)	2 548,3	–	244,5	2 303,7	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 54,1	–	54,1	–
40	=	Sparen	401,1	123,9	68,5	208,7	– 288,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2020				
			Gesamte Volks-wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 332,2	2 271,6	353,3	707,2	–
2	–	Abschreibungen	654,0	375,5	81,0	197,5	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 678,2	1 896,1	272,3	509,8	– 264,3
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 900,5	1 360,3	276,8	263,4	15,4
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,3	13,0	0,2	10,1	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	27,8	26,0	0,2	1,6	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	782,2	548,8	– 4,5	238,0	– 279,7
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 902,2	–	–	1 902,2	13,8
9	–	Geleistete Subventionen	30,1	–	30,1	–	5,4
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	374,3	–	374,3	–	7,4
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	731,8	679,9	30,2	21,7	185,0
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	808,9	366,5	17,3	425,1	107,9
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 105,6	235,5	326,7	2 543,5	– 341,0
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	467,4	100,4	–	367,1	11,8
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	478,8	–	478,8	–	0,4
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	752,8	–	–	752,8	5,4
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	755,0	134,2	620,0	0,9	3,2
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	630,7	66,5	563,3	0,9	0,5
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	622,9	–	–	622,9	8,2
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	371,8	194,5	95,2	82,1	56,5
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	324,0	184,3	24,0	115,7	104,3
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 063,6	192,6	790,8	2 080,2	– 299,0
23	–	Konsumausgaben	2 639,6	–	720,2	1 919,4	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 55,3	–	55,3	–
25	=	Sparen	424,1	137,3	70,6	216,1	– 299,0
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	63,8	17,0	36,8	10,0	4,4
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	52,4	22,2	10,2	20,0	15,8
28	–	Bruttoinvestitionen	779,0	435,1	90,7	253,2	–
29	+	Abschreibungen	654,0	375,5	81,0	197,5	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 3,4	– 2,8	– 1,6	1,0	3,4
31	=	Finanzierungssaldo	291,0	85,7	36,0	169,3	– 291,0
		Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 063,6	192,6	790,8	2 080,2	– 299,0
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	467,4	–	467,4	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	467,4	–	–	467,4	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 063,6	192,6	323,4	2 547,6	– 299,0
38	–	Konsum 3)	2 639,6	–	252,8	2 386,8	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 55,3	–	55,3	–
40	=	Sparen	424,1	137,3	70,6	216,1	– 299,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 bis 2020: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 2018 bis 2020

	2018 (2)	2019 (2)	2020 (2)	2018		2019 (2)		2020 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	1,4	1,1	0,9	1,4	1,3	1,1	1,1	1,0	0,8
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	0,3	-0,1	0,2	0,1	0,6	-0,1	0,0	-0,1	0,5
Arbeitsvolumen	1,7	1,0	1,1	1,5	1,9	1,0	1,0	0,9	1,4
Produktivität (4)	0,2	0,9	0,6	0,3	0,1	0,8	1,0	0,8	0,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,9	1,9	1,7	1,9	2,0	1,8	2,1	1,7	1,8
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2448,4	2548,3	2639,6	1193,1	1255,3	1241,3	1307,0	1287,6	1352,0
Private Konsumausgaben 5)	1786,7	1855,7	1919,4	872,8	913,9	905,4	950,3	937,9	981,4
Konsumausgaben des Staates	661,6	692,6	720,2	320,3	341,4	335,8	356,7	349,7	370,6
Bruttoanlageinvestitionen	704,2	742,0	787,8	339,1	365,1	355,2	386,9	376,1	411,7
Ausrüstungen	225,4	233,6	245,1	107,9	117,4	110,6	123,0	115,6	129,4
Bauten	351,3	374,4	401,9	169,2	182,1	179,5	194,9	192,1	209,8
Sonstige Anlagen	127,5	134,0	140,9	62,0	65,6	65,1	68,9	68,4	72,5
Vorratsveränderungen 6)	-0,5	-4,1	-8,8	10,5	-10,9	9,7	-13,9	7,4	-16,2
Inländische Verwendung	3152,1	3286,2	3418,6	1542,7	1609,4	1606,1	1680,0	1671,1	1747,5
Außenbeitrag	246,6	255,1	264,3	129,2	117,4	132,8	122,3	136,4	127,8
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	7,3	7,2	7,2	7,7	6,8	7,6	6,8	7,5	6,8
Exporte	1608,3	1694,0	1773,6	792,0	816,3	834,8	859,3	871,4	902,2
Importe	1361,8	1438,9	1509,4	662,8	698,9	702,0	737,0	735,0	774,4
Bruttoinlandsprodukt	3398,6	3541,3	3682,9	1671,8	1726,8	1738,9	1802,3	1807,6	1875,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	3,3	4,1	3,6	3,0	3,5	4,0	4,1	3,7	3,4
Private Konsumausgaben 5)	3,1	3,9	3,4	2,8	3,5	3,7	4,0	3,6	3,3
Konsumausgaben des Staates	3,6	4,7	4,0	3,4	3,7	4,9	4,5	4,1	3,9
Bruttoanlageinvestitionen	5,8	5,4	6,2	5,6	5,9	4,7	6,0	5,9	6,4
Ausrüstungen	4,7	3,7	4,9	5,5	4,0	2,5	4,8	4,6	5,2
Bauten	7,6	6,6	7,4	6,8	8,2	6,1	7,0	7,0	7,7
Sonstige Anlagen	3,0	5,1	5,1	2,6	3,3	5,0	5,1	5,1	5,1
Inländische Verwendung	4,0	4,3	4,0	3,8	4,2	4,1	4,4	4,0	4,0
Exporte	4,3	5,3	4,7	3,8	4,8	5,4	5,3	4,4	5,0
Importe	5,2	5,7	4,9	4,2	6,3	5,9	5,4	4,7	5,1
Bruttoinlandsprodukt	3,7	4,2	4,0	3,7	3,7	4,0	4,4	3,9	4,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2187,9	2227,1	2257,0	1074,9	1113,0	1093,1	1134,0	1109,5	1147,6
Private Konsumausgaben 5)	1618,2	1646,3	1668,6	794,1	824,1	806,5	839,8	818,7	849,8
Konsumausgaben des Staates	569,4	580,4	588,1	280,6	288,8	286,3	294,1	290,5	297,6
Bruttoanlageinvestitionen	610,3	628,0	651,4	295,2	315,1	302,0	326,0	312,4	339,0
Ausrüstungen	216,4	222,9	232,8	103,4	113,1	105,2	117,7	109,5	123,3
Bauten	282,0	289,5	299,1	137,2	144,8	140,3	149,2	144,5	154,6
Sonstige Anlagen	112,7	116,6	120,9	54,9	57,8	56,7	59,9	58,8	62,1
Inländische Verwendung	2786,1	2839,5	2888,6	1376,9	1409,2	1401,2	1438,2	1425,9	1462,7
Exporte	1505,3	1573,1	1639,3	744,0	761,3	775,8	797,3	806,1	833,2
Importe	1304,3	1368,1	1431,3	637,1	667,2	667,0	701,0	696,6	734,7
Bruttoinlandsprodukt	2988,4	3046,7	3099,7	1483,8	1504,7	1510,4	1536,2	1536,2	1563,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	1,4	1,8	1,3	1,2	1,6	1,7	1,9	1,5	1,2
Private Konsumausgaben 5)	1,5	1,7	1,4	1,3	1,6	1,6	1,9	1,5	1,2
Konsumausgaben des Staates	1,1	1,9	1,3	0,9	1,4	2,0	1,8	1,5	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	3,0	2,9	3,7	2,9	3,0	2,3	3,5	3,5	4,0
Ausrüstungen	4,3	3,0	4,4	5,1	3,5	1,8	4,1	4,1	4,8
Bauten	2,9	2,6	3,3	2,4	3,4	2,2	3,0	3,0	3,6
Sonstige Anlagen	0,9	3,5	3,6	0,4	1,4	3,3	3,7	3,6	3,7
Inländische Verwendung	2,0	1,9	1,7	1,8	2,1	1,8	2,1	1,8	1,7
Exporte	3,3	4,5	4,2	3,2	3,4	4,3	4,7	3,9	4,5
Importe	3,7	4,9	4,6	3,4	3,9	4,7	5,1	4,4	4,8
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,9	1,7	1,9	2,0	1,8	2,1	1,7	1,8

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2018 (2)	2019 (2)	2020 (2)	2018		2019 (2)		2020 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	1,8	2,3	2,2	1,8	1,9	2,3	2,2	2,2	2,2
Private Konsumausgaben 5)	1,6	2,1	2,0	1,5	1,8	2,1	2,0	2,0	2,0
Konsumausgaben des Staates	2,4	2,7	2,6	2,5	2,3	2,8	2,6	2,6	2,7
Bruttoanlageinvestitionen	2,7	2,4	2,4	2,7	2,8	2,4	2,4	2,4	2,4
Ausrüstungen	0,4	0,7	0,5	0,4	0,4	0,7	0,6	0,5	0,4
Bauten	4,5	3,8	3,9	4,4	4,7	3,8	3,9	3,9	3,9
Sonstige Anlagen	2,0	1,5	1,4	2,2	1,9	1,6	1,4	1,4	1,4
Inländische Verwendung	2,0	2,3	2,3	2,0	2,1	2,3	2,3	2,2	2,3
Exporte	1,0	0,8	0,5	0,6	1,4	1,1	0,5	0,5	0,5
Importe	1,5	0,7	0,3	0,7	2,3	1,2	0,3	0,3	0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,8	2,2	2,2	1,8	1,7	2,2	2,2	2,2	2,2
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2364,0	2455,3	2543,5	1166,6	1197,4	1213,2	1242,1	1257,2	1286,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	313,1	329,7	342,0	151,7	161,4	160,4	169,4	166,1	175,9
Bruttolöhne und -gehälter	1432,9	1498,6	1560,2	683,2	749,7	716,4	782,1	745,3	814,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	618,0	627,0	641,3	331,6	286,3	336,4	290,5	345,8	295,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	506,6	534,1	562,1	233,5	273,1	241,7	292,4	253,4	308,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2870,6	2989,4	3105,6	1400,0	1470,5	1454,9	1534,5	1510,6	1595,0
Abschreibungen	598,8	625,7	654,0	296,8	302,0	310,1	315,6	324,0	330,0
Bruttonationaleinkommen	3469,4	3615,1	3759,6	1696,9	1772,6	1765,0	1850,1	1834,6	1925,0
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2545,7	2654,1	2761,5	1236,5	1309,2	1286,5	1367,6	1337,4	1424,1
Arbeitnehmerentgelte	1746,0	1828,3	1902,2	834,9	911,1	876,8	951,5	911,4	990,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	799,7	825,8	859,3	401,6	398,1	409,7	416,0	425,9	433,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	4,1	3,9	3,6	4,3	4,0	4,0	3,7	3,6	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,6	5,3	3,7	3,7	3,6	5,7	4,9	3,6	3,8
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,6	4,1	4,9	4,8	4,9	4,3	4,0	4,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,1	3,2	3,0	3,1	3,2	3,5	3,0	2,8	3,1
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,1	3,5	3,0	3,1	3,2	3,7	3,3	2,9	3,1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	2,8	1,4	2,3	3,4	2,1	1,4	1,5	2,8	1,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	0,7	5,4	5,2	-0,3	1,5	3,5	7,1	4,8	5,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,5	4,1	3,9	3,5	3,5	3,9	4,3	3,8	3,9
Abschreibungen	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Bruttonationaleinkommen	3,7	4,2	4,0	3,7	3,7	4,0	4,4	3,9	4,0
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,6	4,3	4,0	3,5	3,7	4,0	4,5	4,0	4,1
Arbeitnehmerentgelte	4,6	4,7	4,0	4,6	4,6	5,0	4,4	4,0	4,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,5	3,3	4,1	1,3	1,7	2,0	4,5	4,0	4,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1401,5	1467,9	1523,6	673,9	727,7	705,5	762,4	732,5	791,1
Nettolöhne und -gehälter	946,7	992,9	1033,6	446,5	500,1	469,4	523,5	488,5	545,1
Monetäre Sozialleistungen	579,2	604,2	622,9	288,9	290,3	300,7	303,5	310,4	312,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	124,3	129,2	132,9	61,6	62,8	64,6	64,6	66,5	66,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	618,0	627,0	641,3	331,6	286,3	336,4	290,5	345,8	295,5
Sonstige Transfers (Saldo)	-84,4	-84,5	-84,7	-43,1	-41,3	-43,5	-41,0	-43,5	-41,2
Verfügbares Einkommen	1935,1	2010,4	2080,2	962,4	972,7	998,4	1011,9	1034,8	1045,4
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	53,0	54,1	55,3	26,1	26,9	26,7	27,4	27,3	28,0
Private Konsumausgaben 5)	1786,7	1855,7	1919,4	872,8	913,9	905,4	950,3	937,9	981,4
Sparen	201,4	208,7	216,1	115,7	85,7	119,7	89,1	124,1	92,0
Sparquote 7)	10,1	10,1	10,1	11,7	8,6	11,7	8,6	11,7	8,6
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	4,0	4,7	3,8	3,9	4,1	4,7	4,8	3,8	3,8
Nettolöhne und -gehälter	4,8	4,9	4,1	4,8	4,9	5,1	4,7	4,1	4,1
Monetäre Sozialleistungen	2,5	4,3	3,1	2,2	2,8	4,1	4,5	3,2	3,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,3	3,9	2,9	2,8	3,7	4,9	2,9	2,9	2,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	2,8	1,4	2,3	3,4	2,1	1,4	1,5	2,8	1,7
Verfügbares Einkommen	3,5	3,9	3,5	3,4	3,6	3,7	4,0	3,6	3,3
Private Konsumausgaben 5)	3,1	3,9	3,4	2,8	3,5	3,7	4,0	3,6	3,3
Sparen	6,1	3,6	3,5	7,3	4,6	3,4	4,0	3,7	3,3

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2018 (2)	2019 (2)	2020 (2)	2018		2019 (2)		2020 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	798,0	825,4	853,0	403,5	394,5	416,3	409,0	429,9	423,1
Nettosozialbeiträge	570,9	596,8	620,0	277,0	293,9	290,3	306,5	301,4	318,6
Vermögenseinkünfte	18,1	18,1	17,3	11,2	6,9	11,5	6,5	11,1	6,2
Sonstige Übertragungen	23,3	23,6	24,0	11,2	12,1	11,3	12,3	11,5	12,5
Vermögensübertragungen	11,5	10,1	10,2	5,5	6,0	5,1	5,0	5,1	5,1
Verkäufe	112,4	115,9	119,6	53,3	59,1	55,0	60,9	56,7	62,8
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Einnahmen insgesamt	1534,4	1590,2	1644,2	761,8	772,6	789,7	800,5	815,8	828,4
Ausgaben									
Vorleistungen	159,7	167,7	173,3	72,9	86,8	77,1	90,6	79,9	93,4
Arbeitnehmerentgelte	256,6	266,8	276,8	123,0	133,5	128,0	138,8	132,7	144,1
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	31,7	31,0	30,2	16,1	15,6	15,8	15,2	15,4	14,8
Subventionen	28,8	29,3	30,1	13,6	15,2	14,0	15,4	14,3	15,8
Monetäre Sozialleistungen	520,0	544,7	563,3	259,2	260,8	270,8	273,9	280,5	282,8
Soziale Sachleistungen	286,5	300,1	313,1	141,9	144,6	148,7	151,4	155,4	157,8
Sonstige Transfers	86,3	93,6	95,2	39,4	46,9	42,5	51,1	43,2	52,0
Vermögenstransfers	41,2	36,0	36,8	13,1	28,1	13,3	22,7	13,6	23,2
Bruttoanlageinvestitionen	79,5	84,9	90,7	34,9	44,5	37,5	47,4	40,0	50,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,6	-1,6	-1,6	-0,6	-1,0	-0,6	-1,0	-0,6	-1,0
Ausgaben insgesamt	1488,9	1552,9	1608,2	713,7	775,2	747,2	805,7	774,6	833,7
Finanzierungssaldo	45,5	37,2	36,0	48,1	-2,6	42,5	-5,2	41,3	-5,3
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,1	3,4	3,4	5,2	3,0	3,2	3,7	3,3	3,4
Nettosozialbeiträge	4,1	4,5	3,9	4,2	3,9	4,8	4,3	3,8	4,0
Vermögenseinkünfte	14,1	-0,2	-4,5	29,3	-4,2	3,1	-5,5	-3,7	-5,8
Sonstige Übertragungen	6,9	1,4	1,4	13,8	1,3	1,4	1,3	1,5	1,4
Vermögensübertragungen	13,2	-12,1	1,0	14,7	11,9	-7,7	-16,2	1,1	0,9
Verkäufe	1,5	3,1	3,1	1,7	1,3	3,1	3,1	3,1	3,1
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	4,1	3,6	3,4	5,0	3,2	3,7	3,6	3,3	3,5
Ausgaben									
Vorleistungen	2,2	5,0	3,3	1,7	2,7	5,8	4,3	3,6	3,1
Arbeitnehmerentgelt	4,0	4,0	3,7	4,0	4,0	4,0	3,9	3,7	3,8
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-6,1	-2,3	-2,5	-8,7	-3,3	-2,1	-2,5	-2,5	-2,5
Subventionen	1,4	1,9	2,6	-2,3	5,0	3,0	1,0	2,6	2,6
Monetäre Sozialleistungen	2,8	4,7	3,4	2,4	3,2	4,5	5,0	3,6	3,2
Soziale Sachleistungen	2,9	4,8	4,3	2,8	3,1	4,8	4,8	4,5	4,2
Sonstige Transfers	14,7	8,6	1,7	-1,0	32,3	7,8	9,2	1,7	1,7
Vermögenstransfers	-6,3	-12,5	2,2	-41,2	29,3	2,1	-19,2	2,1	2,2
Bruttoanlageinvestitionen	9,7	6,8	6,8	12,3	7,8	7,4	6,3	6,6	7,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	3,4	4,3	3,6	1,2	5,6	4,7	3,9	3,7	3,5
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	1,3	1,1	1,0	2,9	-0,2	2,4	-0,3	2,3	-0,3

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
3) Geleistete Arbeitsstunden.
4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

Klaus Wohlrabe

ifo Konjunkturumfragen August 2018 auf einen Blick:

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Sommerhoch[1]

Die Stimmung in den deutschen Unternehmen hat sich deutlich verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex ist im August auf 103,8 Punkte gestiegen, nach 101,7 Punkten im Juli. Die Unternehmer waren erneut etwas zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage, und sie korrigierten auch ihre Erwartungen merklich nach oben. Neben einer starken Binnenkonjunktur trägt der Waffenstillstand beim Handelskonflikt mit den USA zur besseren Stimmung bei. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Sommerhoch. Die aktuellen Zahlen deuten auf ein Wirtschaftswachstum von 0,5% im dritten Quartal hin.

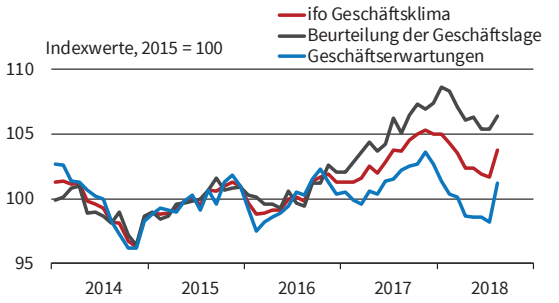
[1] Die ausführlichen Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,– EUR/Jahr abonniert werden.

Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Index, nach zuletzt sechs Rückgängen in Folge, gestiegen. Dies ist auf deutlich optimistischere Erwartungen der Industriefirmen vor allem in der Automobilbranche zurückzuführen. Mehr Unternehmen planen, die Produktion anzuheben. Die aktuelle Lage schätzten die Unternehmen hingegen etwas weniger gut ein. Im Dienstleistungssektor hat sich das Geschäftsklima merklich verbessert. Die Dienstleister waren mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufriedener, und auch ihre Erwartungen fielen optimistischer aus. Sie stiegen so stark wie zuletzt im Juni 2009. Im Handel ging der Index leicht nach oben. Zwar waren die Händler mit ihrer aktuellen Lage etwas weniger zufrieden als im Vormonat, jedoch nahm die Skepsis bezüglich der Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten etwas

Abb. 1

ifo Geschäftsklima Deutschland[a]

Saisonbereinigt



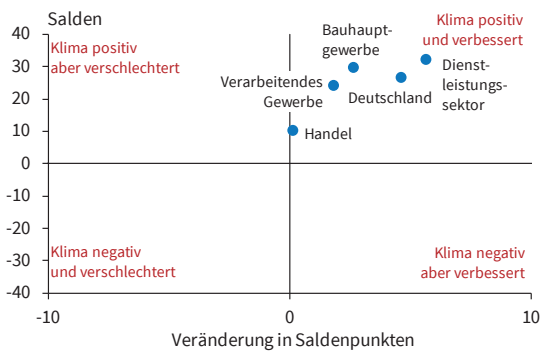
[a] Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2018. © ifo Institut

Abb. 2

ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereich

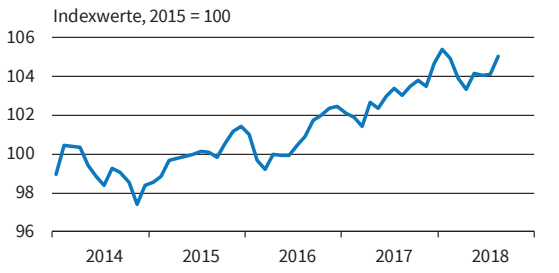
Saisonbereinigt



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2018. © ifo Institut

Abb. 3

ifo Beschäftigungsbarometer[a]

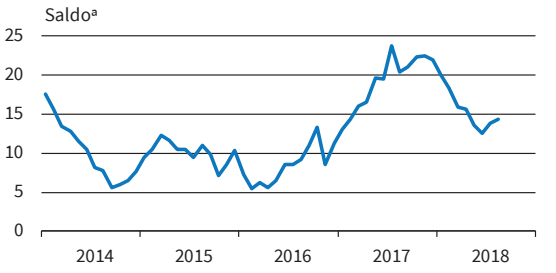


[a] Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2018. © ifo Institut

Abb. 4

Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe



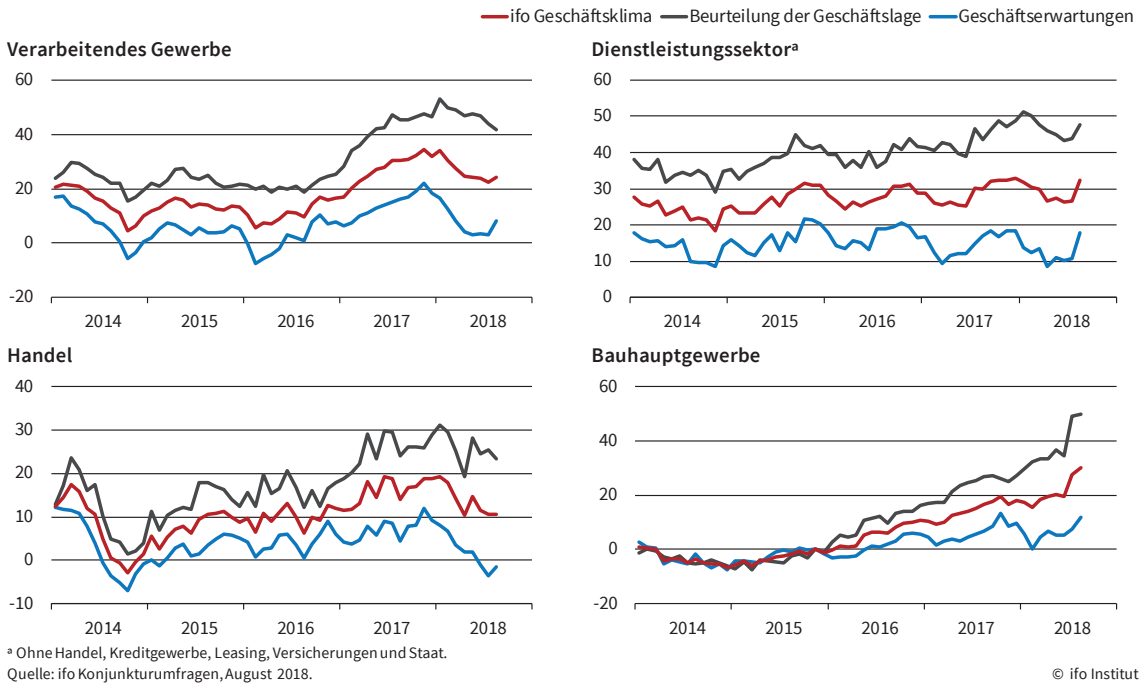
[a] Aus den Prozentsätzen der Meldungen über zu- und abnehmende Exportgeschäfte.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2018. © ifo Institut

Abb. 5

ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereich

Salden, saisonbereinigt



[a] Ohne Handel, Kreditgewerbe, Leasing, Versicherungen und Staat.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2018.

© ifo Institut

ab. Im Bauhauptgewerbe setzte der Geschäftsklimaindex seine Rekordjagd fort. Die Bauunternehmer waren etwas zufriedener mit ihrer aktuellen Lage. Zudem sind sie deutlich optimistischer für das kommende halbe Jahr.

Die deutschen Unternehmen suchen ständig neues Personal. Das ifo Beschäftigungsbarometer ist im August, nach 104,1 Punkte im Juli, auf 105,1 Punkte gestiegen. Der Boom auf dem deutschen Arbeitsmarkt geht weiter. Der wichtigste Treiber der Beschäftigungsdynamik ist der Dienstleistungssektor. Das Barometer stieg dort auf den höchsten jemals gemessenen Wert. Auch Transport und Logistik waren zuletzt wichtige Wachstumstreiber. In der Industrie normalisierte sich nach einem zweijährigen Boom nach und nach die Einstellungsbereitschaft. Der Maschinenbau und die Elektrobranche bleiben dort die treibende Kraft. Im Handel ist die Mitarbeitersuche leicht expansiv ausgerichtet. Trotz Arbeitskräftemangel versucht das Bauhauptgewerbe, seinen Personalstamm weiter ausweiten.

Die Stimmung unter den deutschen Exporteuren bessert sich. Die Exporterwartungen der Industrie sind von 13,8 Saldenpunkten im Juli auf 14,4 Saldenpunkte im August gestiegen Das verbale Abrüsten im Zoll- und Handelsstreit führte bei den deutschen Exporteuren zu einer Stimmungsaufhellung. Nach dem deutlichen Einbruch im Juli erholten sich die Exporterwartungen insbesondere in der deutschen Autoindustrie deutlich. Nach vorerst abgewendeten Zöllen planen die Autobauer, wieder mehr zu exportieren. Mehr Exporte erwarten auch die Unternehmen der Pharmabranche und die Hersteller von Druckerzeugnissen. Eine gedämpftere Stimmung zeigte sich hingegen in der Metallbranche, der Elektroindustrie sowie im Maschinenbau. Gleiches gilt auch für die Textil- und Bekleidungsindustrie.

Kommende Veranstaltung: ifo Branchen-Dialog

Mittwoch, 7. November 2018
IHK Akademie München | Orleansstraße 10–12

Der ifo Branchen-Dialog ist eine Plattform zur Diskussion aktueller Entwicklungen aus branchenspezifischer Perspektive. In den vier Branchenforen Industrie, Handel, Bauwirtschaft und Dienstleistungen diskutieren Experten aus Unternehmen, Verbänden, Politik und Forschung aktuelle Branchenentwicklungen, Trends und Herausforderungen.

Neben Branchenprognosen zu den einzelnen Wirtschaftssektoren stehen die Themen (digitale) Transformation von Herstellern zu Dienstleistern, die Rolle von Dienstleistungen im globalen Wettbewerb, die Herausforderungen der Handelslogistik in einem digitalen Umfeld sowie Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft im Blickpunkt des diesjährigen Branchen-Dialogs.

9:15 Uhr	**Begrüßung** **Dr. Eberhard Sasse** Präsident der IHK für München und Oberbayern
9:30 Uhr	**Grußwort** **Franz Josef Pschierer** Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Energie und Technologie
9:45 Uhr	**Die deutsche Wirtschaft: Konjunkturelle Lage und wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf** **Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest** Präsident des ifo Instituts
10:30 Uhr	Kaffeepause
11:00 Uhr	**Forum 1 Industrie** **Forum 2 Handel**
12:30 Uhr	Mittagessen
13:30 Uhr	**Arbeitsmarktwirkungen der Automatisierung** **Prof. Dr. Jens Südekum** Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE)
14:30 Uhr	Kaffeepause
15:00 Uhr	**Forum 3 Bauwirtschaft** **Forum 4 Dienstleistungen**
16:30 Uhr	Ausklang

gefördert durch

IHK München und Oberbayern

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie

FORUM 1 INDUSTRIE

Transformation zum Dienstleister und neue Anforderungsprofile in der Industrie

Das Verarbeitende Gewerbe trägt seit zwei Jahrzehnten relativ stabil knapp ein Viertel zur gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung bei. Dennoch vollziehen Industrieunternehmen einen Wandel hin zu servicebasierten und interaktiven Geschäftsmodellen. Die digitale Transformation beschleunigt diesen Prozess und stellt neue Ansprüche an die Ingenieursausbildung: Welche Qualifikationen sind künftig gefragt?

Diskussionsleitung	**Harald Schultz** ifo Institut
Branchenentwicklung	**Dr. Klaus Wohlrabe** ifo Institut
Expertenbeiträge	**Prof. Dr. Oliver Falck** ifo Institut **Prof. Dr.-Ing. Gerhard Müller** Verein Deutscher Ingenieure (VDI)/ TU München **Dr. Hans J. Langer** EOS Group

FORUM 2 HANDEL

Handelslogistik – Herausforderungen auf der letzten Meile

Der Online-Handel wächst rasant und mit ihm die Menge an Warensendungen. Jährlich sind es mehr als 3 Milliarden Zustellungen an Kunden, die eine immer schnellere und termingenaue Lieferung fordern. Die Komplexität auf der letzten Meile wächst und stellt Händler, Logistiker und Kommunen vor weitreichende Herausforderungen. Doch wie organisiert der Online-Handel seine Vertriebsprozesse, um rentabel und kundenorientiert zu sein? Wie funktioniert eine zukunftsfähige Logistikabwicklung im E-Commerce? Welche urbanen Handelslogistik-Konzepte entlasten den Verkehr?

Diskussionsleitung	**Wolfgang Fischer** CityPartnerMünchen e.V.
Branchenentwicklung	**Sabine Rumscheidt** ifo Institut
Expertenbeiträge	**Dr. Caroline Vogel** ifo Institut **Rolf Meyer** Meyer & Meyer Gruppe, CityWOW **Frank Gallus** otto.de

FORUM 3 BAUWIRTSCHAFT

Kapazitätsengpässe nehmen zu – was ist zu tun?

Vor allem die starke Belebung des Wohnungsneubaus sowie die erhöhten Anstrengungen zur Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur haben die Kapazitätsauslastung des Baugewerbes in ungeahnte Höhen getrieben. Während schon seit einiger Zeit über Handwerkermangel geklagt wird, hat sich im vergangenen Jahr auch die Situation im Bauhauptgewerbe beträchtlich zugespitzt. Hinzu kommen die ausgeprägten Kapazitätsengpässe in der öffentlichen Verwaltung. Je schwieriger sich die Rekrutierung qualifizierter Arbeitskräfte gestaltet, desto wichtiger werden zukünftig Maßnahmen zur effizienteren Projektabwicklung.

Diskussionsleitung	**Dr. Josef Wallner** Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
Branchenentwicklung	**Ludwig Dorffmeister** ifo Institut
Expertenbeiträge	**René Rimpler** Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. **Prof. Dr. Peter Racky** Universität Kassel

FORUM 4 DIENSTLEISTUNGEN

Dienstleistungen im globalen Wettbewerb

Rasante Entwicklungen in Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die zunehmende Verflechtung von Unternehmen entlang globaler, digitaler Prozessketten machen Dienstleistungen immer besser über Grenzen hinweg handelbar. Aber wie gut sind deutsche Dienstleister in globale Wertschöpfungsketten integriert? Ist Deutschland als Standort attraktiv für Dienstleister aus unterschiedlichen Ländern? Und wo bestehen Handlungsoptionen für Politik und Wirtschaft, um den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel zu fördern?

Diskussionsleitung	**Dr. Robert Obermeier** IHK für München und Oberbayern
Branchenentwicklung	**Przemyslaw Brandt** ifo Institut
Expertenbeiträge	**Anita Wölfl** ifo Institut **Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.** ifo Institut **Dr. Indre Pohl** NTT DATA Deutschland

ZULETZT ERSCHIENEN

THEMA DES NÄCHSTEN SCHNELLDIENSTS:

SD 18/2018 erscheint am 27. September 2018

Chiemsee-Konferenz:
Die Bundesrepublik nach 70 Jahren – aktuelle und mittelfristige Herausforderungen der Ordnungspolitik

Chiemsee-Dialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft anlässlich des 70. Geburtstags von Hans-Werner Sinn